

# ao

aktuelle  
ostinformationen



## GESW - Ort der Begegnung



## Impressum

### **Liebe Leserinnen und Leser,**

je stärker sich die Unterschiede und Gegensätze im Europa der 27 auftun, desto wichtiger scheint es, den Gedanken der europäischen Partnerschaft, des gut nachbarschaftlichen Dialogs sowie der freundschaftlichen Begegnung hoch zu halten. Diese Maxime spiegelt sich auch in der vorliegenden Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ wider. Dabei geht es uns um unaufgeregte Analyse und Berichterstattung, gerade im Hinblick auf die angespannten deutsch-polnischen Beziehungen.

Neben einer Darstellung der innenpolitischen Situation in Polen, die vor allem auf polnischen Quellen fußt, werden die Themen Umweltschutzpolitik in Polen sowie das inhaltlich wie didaktisch immer spannend bleibende Thema deutsch-polnischer Jugendbegegnungen mittels zweier Beiträge intensiver behandelt; beide Texte gehen auf zwei im Februar und April 2007 gemeinsam mit dem DPJW durchgeführte Seminare mit deutschen und polnischen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zurück.

Der politischen Kultur in Ungarn und Polen sowie einem Porträt der Republik Moldau sind zwei weitere Beiträge gewidmet.

Ungarische Studentinnen und Studenten, die an einem von der Ludwig-Erhard-Stiftung geförderten Seminar im GESW teilnahmen, fragen in einem gemeinsam verfassten Artikel nach der Zukunft der EU.

Schließlich informiert der kurze Seminarbericht unter dem Titel „Wohin strebt die Russische Föderation“ über eine Tagung, die Ende Mai dieses Jahres zur aktuellen Situation in Russland durchgeführt wurde.

Zbigniew Wilkiewicz

*Titelbild:*

*Nachbarschaft in Mitteleuropa neu erlebt – unsere vier Elemente/ Sąsiedztwo w Europie – nasze cztery żywioły/ Deutsch-polnische Begegnung junger Menschen mit geistigen Behinderungen*

.....  
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)  
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:  
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.

Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.  
.....

## Inhalt

### Beiträge

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i>	
Gibt es eine IV. Republik Polen? .....	4
<i>Małgorzata Burchard-Dziubińska</i>	
Der Umweltschutz in Polen im Zeitraum der Systemtransformation .....	17
<i>Hubert Luszczynski / Dorota Michalska-Niedenthal</i>	
„Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder: Wie aus Fremden Freunde werden“ ....	26
<i>Michael Wiersing Sudau</i>	
Das unbekannteste Land Europas .....	32
Die vergessenen Krieger von Moldau.....	36
<i>Anna Lena Kersting</i>	
Die politische Kultur in Ungarn und Polen. Analyse und Vergleich .....	41
<i>Katalin Falusi, Alexandra Pleier, Zsolt Simon, Rita Werle</i>	
Quo vadis Europa? .....	55

### Berichte

<i>Andrzej Szplit</i>	
XV. Wissenschaftliches Seminar in Vlotho .....	68
<i>Beate Nieke / Zbigniew Wilkiewicz</i>	
Praxis und Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare .....	73
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i>	
Wohin strebt die Russische Föderation? .....	84

### Rezensionen

György Dalos: 1956. Der Aufstand in Ungarn. ....	89
Ulrich Grochtmann: Ereignisse und Entwicklungen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg .....	92
Amelie Kutter, Vera Trappmann (Hg.): Das Erbe des Beitritts – Europäisierung in Mittel- und Osteuropa .....	94

## Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

### Gibt es eine IV. Republik Polen?

#### Einleitung

Im Polen betreffenden politischen Diskurs taucht in den letzten beiden Jahren immer wieder die Bezeichnung der IV. Republik auf. Was die Rechenart der polnischen Republiken angeht, gibt es spätestens seit der Wende des Jahres 1989 bekanntlich eine Leerstelle, denn auf die II. Republik Polen, das heißt auf das Polen der Zwischenkriegszeit, folgte die Volksrepublik Polen, die aber niemals als III. Republik bezeichnet wurde. Nach der Wende des Jahres 1989 und der Systemtransformation erhielt das neue polnische Staatswesen die ganz offizielle Bezeichnung III. Republik. Hier wurde also unter Auslassung der quasi illegitimen kommunistischen Volksrepublik Polen alleine schon durch die Zählweise der Republiken eine legitime Kontinuität suggeriert. Den Hintergrund hierfür bildet der Umstand, dass es sich sowohl bei der II. als auch bei der III. Republik um souveräne Staatswesen handelte, die in keinem eindeutigen Abhängigkeitsverhältnis zu einer Großmacht standen, wie dies im Falle der Volksrepublik Polen eindeutig der Fall war. Unterstrichen wurde dieser Umstand zusätzlich dadurch, dass es bis in die Zeit der Präsidentschaft von LECH WAŁĘSA eine polnische Exilregierung in London gegeben hatte. Durch die feierliche Übergabe der in London verwahrten Staatsinsignien der II. Republik an den damaligen Präsidenten der III. Republik wurde die Volksrepublik Polen zumindest symbolisch aus der polnischen staatlichen Tradition herausgenommen. Diese Vorgehensweise und Haltung der seit der Wende in Polen regierenden Eliten ignorierte zwar die staatsrechtliche Realität, denn immerhin war die Volksrepublik Polen in der Zeit ihres Bestehens ein international anerkannter Staat, andererseits dokumentierte sie die Haltung eines Teils der polnischen Gesellschaft, die mit der Legalität und Legitimität der Volksrepublik Polen Probleme hatte.

Als außenstehender Beobachter kann man diese aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg erwachsene Problematik noch nachvollziehen, zumal in Deutschland, wo es mit der Anerkennung der DDR und ihrer Legalität ebenfalls erhebliche Probleme gab. Allerdings stellt sich für Polen doch die Frage, ob und wann es denn zum Übergang von der III. zur sog. IV. Republik kam und wie dieser Übergang begründet wurde.

#### Der Begriff IV. Republik – Definitionsansätze und Kontroversen

Der Begriff der IV. Republik stellt bislang eine propagandistisch aufgeladene Losung dar und symbolisiert grundsätzliche Veränderungen in der polnischen Staatsordnung, die sich an der V. Republik in Frankreich orientieren sollen und von Parteien postuliert werden, die die rechtlichen Grundlagen der III. Republik kritisieren. Die Konzeption der IV. Republik formulierte als erster der Politologe und Publizist RAFAŁ MATYJA 1998 in

seinem Artikel „Obóz IV Rzeczypospolitej“ [Das Lager der IV. Republik] in der Zeitschrift „Debata“.<sup>1</sup> Unabhängig davon wurde eine ähnliche Losung von dem Soziologen und Publizisten PAWEŁ ŚPIEWAK in seinem am 23. Januar 2003 in der „Rzeczpospolita“ veröffentlichten Artikel „Koniec złudzeń“ [Das Ende der Illusionen] verwendet. MATYJA fasste seine Kernthesen in einem im April 2004 veröffentlichten Beitrag noch einmal zusammen und legte dar, dass der Übergang von der III. zur IV. Republik darin bestehe, dass neue Leitideen formuliert werden. Erste Ziele der IV. Republik seien der Schutz der Unabhängigkeit und der elementaren Interessen Polens, die Garantie von Rechtssicherheit und allgemeiner Sicherheit sowie der Schutz des Eigentums und der politischen Rechte der Bürger. Dabei konstatiert der Autor unter Berufung auf die Analysen der Soziologen ANDRZEJ ZYBERTOWICZ und JADWIGA STANISZKIS ein partielles Staatsversagen und betont, dass wichtigste Entscheidungen nicht in den Institutionen mit politischem Mandat getroffen würden. Somit stehe das Parlament für eine Art Scheinwelt. In der IV. Republik müsse es deshalb um den Wiederaufbau des Politischen gehen, was ohne entsprechende fachliche und moralische Qualitäten allerdings nicht zu erreichen sei. Grundlegende Veränderungen müssten deshalb im Gerichtswesen, in der öffentlichen Verwaltung und bei meinungsbildenden und erzieherischen Institutionen eingeleitet werden. Ohne elementare Veränderungen in diesen Bereichen, werde es auch keine Erneuerung des polnischen Staatswesens geben.<sup>2</sup> Überdies erschien im Juni 2005 im Verlag Super NOWA der Sensationsroman „IV Rzeczpospolita“ von GRZEGORZ MATHEA, in dem der Autor die Konzeption einer neuen Verfassung vorstellte.

Während des Wahlkampfs im Jahre 2005 wurde die Losung der IV. Republik in erster Linie von der jetzt regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ [Prawo i Sprawiedliwość, PiS] benutzt. Damals stellte PiS ihre Konzeption der Veränderung mit Hilfe von zwölf Verfassungsthesen vor.<sup>3</sup>

Die PiS sowie die mit ihr verbundenen Parteien kritisierten alle polnischen Regierungen der Jahre 1989 bis 2005, mit Ausnahme der Regierung von JAN OLSZEWSKI, die ihrer Auffassung nach von dem Polen beherrschenden „układ“ (Netzwerk) gestürzt wurde. Nach Meinung der Politiker von PiS habe das Netzwerk mit Hilfe der Geheimdienstes (WSI) die Lustration und Dekommunisierung des Landes verhindert und die Korruption kontinuierlich gefördert. Eine Antwort hierauf sollte deshalb die IV. Republik samt einer veränderten Verfassung sein.

Die Ansichten zum Begriff der IV. Republik sind kontrovers. Nach Auffassung eines Teils der Politiker von PiS sowie einiger Journalisten, die sich dieser Losung bedienen, gibt es die IV. Republik bereits. Ihren Beginn datieren sie auf den Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen 2005, den Sieg LECH KACZYŃSKIS bei den Präsidentschaftswahlen sowie die Bildung der Regierungskoalition aus PiS, Samoobrona [Selbstverteidigung] und LPR [Liga Polskich Rodzin – Liga Polnischer Familien]. Nach Auffassung

<sup>1</sup> [http://pl.wikipedia.org/wiki/uklad\\_\(IV\\_RP\)](http://pl.wikipedia.org/wiki/uklad_(IV_RP))

<sup>2</sup> RAFAŁ MATYJA: Druga..., trzecia..., czwarta..., czyli o państwie... In: <http://efakt.pl/artykuly/artukul.aspx/Artykul/30956>

<sup>3</sup> ZBIGNIEW WILKIEWICZ: Polen nach den Wahlen des Jahres 2005. In: *aktuelle ostinformationen* (2006), 1-2, S. 4-20, S. 5-6.

zahlreicher Kommentatoren ist freilich das, was gegenwärtig als IV. Republik bezeichnet wird, lediglich eine Karikatur dieser Idee. Man hebt hervor, dass die IV. Republik, die nach Meinung der Gebrüder KACZYŃSKI zu einer vollkommenen moralischen Erneuerung der Gesellschaft führen sollte, in Wirklichkeit nur eine politische Losung darstellt, die für den Kampf zwischen den Parteien genutzt wird. Vergleiche mit den Verhältnissen in der Volksrepublik Polen werden angestellt, wobei man die Befürchtung äußert, dass die Demokratie durch einen katholischen Staat des „Rechts und der Gerechtigkeit“ ersetzt werden soll.<sup>4</sup>

Kritik an der IV. Republik wird auch von linken und liberalen Kreisen geübt. In ihren Aussagen assoziieren sie diese Losung mit dem Verstoß gegen die demokratischen und säkularen Prinzipien des Staates, mit Xenophobie, Homophobie und Intoleranz. Nach Meinung von JANINA PARADOWSKA bewegt sich PiS in einer surrealen Sphäre, wenn sie zur Geschichte der III. Republik oder zu aktuellen politischen Ereignissen Stellung bezieht.

Die Kritik an der Vision der von der PiS propagierten IV. Republik nahm zu, als Filmaufnahmen der der Samoobrona angehörenden Abgeordneten RENATA BEGER vom Sender TVN ausgestrahlt wurden. Die Abgeordnete veröffentlichte darin ihre privaten Gespräche mit den Abgeordneten ADAM LIPIŃSKI und WOJCIECH MOJZESOWICZ (beide PiS), bei denen es um ihren eventuellen Übertritt zur PiS ging. Während des Gesprächs wurden konkrete Angebote gemacht: der Posten einer Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft und Dorfentwicklung und eine hohe Platzierung auf der Wahlliste für die Abgeordnete sowie ein Mitglied ihrer Familie. Diese Affäre rief ein breites Echo in den polnischen Medien hervor und hatte einen enormen Einfluss auf die polnische Parlamentskrise des Jahres 2006.<sup>5</sup>

### Die III. Republik in der Auslegung der PiS

In Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation zeichnet der polnische Ministerpräsident JAROSŁAW KACZYŃSKI entweder ein hässliches, von Geheimdiensten verseuchtes Polen (III. Republik) oder aber ein attraktives und sauberes Polen als IV. Republik, in dem die reine Harmonie zu herrschen scheint. Diese Zweigleisigkeit ist typisch, denn, um die seit der Regierungsübernahme durch die PiS gültige Strategie des „neuen Anfangs“ fortsetzen zu können, muss sich die Regierung aus Sicht der KACZYŃSKI-Zwillinge ein für allemal von der kompromittierenden Vergangenheit der III. Republik lösen.

Der historische Pfad der IV. Republik beginnt dabei mit den nationalen Aufständen des 19. Jahrhunderts, führt über die II. Republik der Zwischenkriegszeit inklusive Warschauer Aufstand und über die Arbeiteraufstände von 1956 und 1976 bis hin zur „Solidarność“. Nur dieser Pfad sei für Polen und die Polen moralisch legitim und vertretbar. Und nur diejenigen Menschen, die ihn konsequent gegangen sind, dienten Polen wirklich. Leider seien etliche Oppositionelle und Dissidenten von diesem Pfad abgekommen. Erwarb sich ADAM MICHIK noch vor 1989 große Verdienste, so habe er

<sup>4</sup> PRZEMYSŁAW ŁUCYAN: Polska IV Rzeczpospolita Ludowa? In: <http://www.racjonalista.pl/kk.php/s,4589>  
<sup>5</sup> [http://pl.wikipedia.org/wiki/IV\\_Rzeczpospolita](http://pl.wikipedia.org/wiki/IV_Rzeczpospolita)

später nur noch Schaden gebracht, indem er zum „literarischen Repräsentanten“ der III. Republik geworden sei. Die massive Kritik an MICHNIK nimmt dabei geradezu pathologische Züge an, indem man ihn für alle Fehler und Versäumnisse der III. Republik verantwortlich macht.<sup>6</sup> Der legendäre „Runde Tisch“ wird laut dieser Lesart als Sündenfall betrachtet, da er die Kooperation der kommunistischen Nomenklatura mit einigen Vertretern der einstigen Opposition einleitete. Damit waren diese aktiv am Aufbau des sich später entwickelnden postkommunistischen Systems der III. Republik beteiligt. Dies führt man bei der PiS darauf zurück, dass einige Oppositionelle aufgrund ihrer einstigen politischen Biographie und ihrer ideologischen Haltung zumindest zeitweise mit dem Kommunismus eine Liaison eingegangen waren.<sup>7</sup>

Nach Auffassung des Regierungslagers verbündete sich in den Jahren 1989 bis 1993 ein Teil der einstigen Oppositionellen, der zur neuen Elite der III. Republik geworden war, mit Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura sowie mit „liberalen Kräften“, die zuvor der Opposition angehört hatten, gegen die traditionalistischen Strömungen. So sei das postkommunistisch-liberale Bündnis entstanden, durch dessen destruktive Politik alle Bereiche des öffentlichen Lebens korrumpiert wurden.

Damit blieb sowohl eine neue Staatsgründung als auch ein echter Elitenwechsel ausgeschlossen, und damit geriet die III. Republik zu einer Farce. Das postkommunistisch-liberale Bündnis schuf einen schwachen Staat und eine Herrschaftselite der III. Republik, die aufgrund der Beziehungen zur alten Nomenklatura und mittels der allseits herrschenden Korruption immer mächtiger wurde.

1993 übernahmen die Postkommunisten die Macht, verloren sie dann aber zwischen 1997 und 2001, was sich aber nicht als gravierend erwies, da sich die damals in Polen herrschende Rechte nicht profilieren konnte.

2001 kamen die Postkommunisten erneut an die Macht, die sie dann aber wieder verloren, weil ihre „antidemokratische Natur“ sowie ihr „oligarchisches und korruptes Wesen“ zum Vorschein gekommen seien. Aufgrund der RYWIN-Affäre und dem damit verbundenen Skandal um die von ADAM MICHNIK geleitete „Gazeta Wyborcza“ gewannen die gegen die Postkommunisten gerichteten Kräfte – mit PiS an der Spitze – die Oberhand und konnten sich ihrem Konzept, dem Aufbau der IV. Republik, widmen. Dabei wurden sie von der traditionalistisch eingestellten Wählerschaft unterstützt. Zwar sei damit die Ära der III. Republik beendet, aber der Aufbau der IV. Republik müsse weiterhin energisch fortgesetzt werden. Es wird deutlich, dass wir es hier mit einer manichäischen Interpretation zu tun haben, die nur schwarz und weiß kennt und auf jedwede Zwischentöne verzichtet. Dies findet auch in der Rhetorik der Kaczyńskis seinen Niederschlag, die Verfahren nutzt, durch die polarisiert, diskreditiert und ausgegrenzt wird.<sup>8</sup> Wie drastisch die Wortwahl hier ausfällt, belegt zum Beispiel „Słownik IV RP“ [Wörterbuch der IV Republik], das von MICHAŁ PIETNICZKA ins Internet gestellt wurde.<sup>9</sup> In der Tat haben wir es aktuell mit einer Regierung zu tun, der

<sup>6</sup> TOMASZ WOŁEK: Wydrzeć Michnikowi polską duszę. In: Polityka, 20. 01. 2007, S. 28-29, S. 28.

<sup>7</sup> MARIUSZ JANICKI, WIESŁAW WŁADYKA: Czarna Legenda III RP. In: Polityka, 14. 10. 2006, S. 28-31.

<sup>8</sup> ANDREA HUTERER: Kampf der Rechten und Gerechten. Die politische Rhetorik der Kaczyńskis. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 53-67, S. 53.

<sup>9</sup> Słownik IV RP. In: <http://wiadomości.gazeta.pl/wiadomosci/2029020,55670,3226296.html>.

das Regieren an sich nicht genügt. Vielmehr möchte diese Regierung auch über die Seelen der BürgerInnen herrschen. Sie möchte die Gesellschaft erziehen, die Wertehierarchie festlegen sowie die eigenen Kriterien von Gut und Böse oktroyieren; sie möchte den Polen das „richtige Verständnis“ für die Geschichte, ihr Verhältnis zur Welt und zur Religion vermitteln.<sup>10</sup>

### **Schwache Verteidiger der III. Republik**

Die Verteidiger der III. Republik erweisen sich als schwach, denn die III. Republik hat sich die Semantik der KACZYŃSKIS aufdrängen lassen. Sie wird von zahlreichen konservativen Publizisten als ein fataler Abschnitt in der polnischen Geschichte interpretiert. Dabei bleiben die politischen Erfolge der III. Republik – wie der NATO- und EU-Beitritt Polens - unberücksichtigt. Ähnlich wie die immensen wirtschaftlichen Erfolge, die Polen in diesem Zeitraum erreichte. Es gilt zu bedenken, dass die III. Republik für den Zeitraum der Transformation steht, in der es sicherlich zu Fehlentwicklungen kam, die das Land aber grundsätzlich veränderte. Polen wurde zu einem normalen, wenn auch nicht wohlhabenden Mitglied der EU, mit einem funktionierenden Markt, demokratischen Institutionen, einer Bürgergesellschaft und freien Medien, deren Freiheit eigentlich erst durch die Politik der PiS in Frage gestellt wird.

Allerdings machen die jüngsten Skandale im Hinblick auf die umstrittene Lustration, besonders auch in der Hierarchie der katholischen Kirche – man denke nur an den „freiwilligen“ Amtsverzicht des einst mit dem kommunistischen Geheimdienst kooperierenden Erzbischofs STANISŁAW WIELGUS - und die jüngst aufgedeckten zahlreichen Fälle der Kooperation von Geistlichen mit den sozialistischen Machthabern, deutlich, dass es ganz offenbar problematisch war, dem deutschen Beispiel einer GAUCK-Behörde nicht zu folgen und anstatt einer systematischen Aufarbeitung der Vergangenheit eine Politik des „Schlussstrichs“ (gruba kreska) zu betreiben. Die Vergangenheit holt die Betroffenen ein, der politischen Instrumentalisierung und dem gezielten Einsatz von Dokumenten, die vor ihrer sensationsheischenden Veröffentlichung keiner quellenkritischen Prozedur unterworfen werden, sind Tür und Tor geöffnet.<sup>11</sup>

Ungeachtet dessen stellen einige kritische Beobachter die durchaus berechtigte Frage nach den Gründungsmythen der IV. Republik. So sei die IV. als Negation der III. Republik nach Auffassung von ANDRZEJ ANDRYSIAK durch vier fundamentale Mythen (erster Mythos: Die III. RP war total korrupt; zweiter Mythos: In der III. RP herrschte soziale Ungerechtigkeit; dritter Mythos: Die III. RP war Ergebnis eines faulen Kompromisses mit den Kommunisten; vierter Mythos: Die III. RP wurde vom „układ“ regiert) gekennzeichnet, die man zu Fakten erkläre, während sich bei genauerem Hinsehen feststellen lasse, dass es sich hierbei nicht einmal um Halbwahrheiten handele. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass es kontraproduktiv sei, etwas Neues aufbauen zu wollen und den BürgerInnen dabei ihre eigene Geschichte zum Vorwurf zu machen. Die

<sup>10</sup> TOMASZ WOŁEK: IV RP szturmuję salon. In: Polityka, 03. 02. 2007, S. 28-29, S. 28.

<sup>11</sup> MAREK ZAJĄC: Abp Wielgus zrezygnował z urzędu arcybiskupa warszawskiego. Inne poważne przyczyny. In: Tygodnik Powszechny, 14. 01. 2007, S. 2.

III. Republik habe – trotz aller Schwächen – einer großen Gruppe von Menschen Chancen eröffnet, die diese auch nutzten. Man habe in der III. Republik einen zivilisatorischen Sprung nach vorne gemacht, und darauf könne man stolz ein. Insofern gebe es auch die Sehnsucht nach einer objektiven Bewertung der Zeitspanne von 1989 bis 2005.<sup>12</sup>

### Die Dominanz der PiS

Es ist in erster Linie die PiS, die bemüht ist, die sog. IV. Republik aufzubauen und eine entsprechende Ideologie und Symbolpolitik zu entwickeln. Die umstrittenen Koalitionäre der Samoobrona und der LPR spielen dabei eine nur untergeordnete Rolle. Dies zeigte zum Beispiel die plötzliche und kurzfristige Abberufung und Wiedereinsetzung von ANDRZEJ LEPPER in die Regierungsverantwortung im Herbst 2006. PiS, die über ein Drittel der Abgeordneten im Sejm verfügt, spielt die übrigen Partner bisher problemlos gegeneinander aus.<sup>13</sup> Die Politiker der PiS inszenieren sehr medienwirksam immer wieder „neue politische Aufbrüche“: zunächst die Übernahme der Regierung durch KAZIMIERZ MARCINKIEWICZ, danach die Unterzeichnung des Stabilitätspakts, anschließend das Zustandekommen der Koalition mit Samoobrona und LPR, schließlich der Austausch des Ministerpräsidenten und die Besetzung dieses Postens mit JAROSŁAW KACZYŃSKI. Immer wieder geht es um „Neuanfänge“ unter nunmehr adäquate(re)n Bedingungen, was PiS die Möglichkeit bietet, sich „verfrühten“ Bewertungen ihrer Politik zu entziehen.

Das Programm der PiS ist eindeutig auf die Schaffung eines institutionell starken Staates orientiert, wirtschaftliche Ziele spielen hingegen eine sekundäre Rolle. Ihre Kernwählerschaft schätzt an PiS gerade die These von einem starken Staat und die ideologische Härte der Partei, die ihren Ausdruck darin findet, dass man das Netzwerk (układ)<sup>14</sup> der „verlogenen Eliten der III. Republik“ liquidieren will. Diesem Ziel diene und dient die Zerschlagung des Militärischen Geheimdienstes (WSI), die Schaffung des Zentralen Antikorruptionsbüros (CBA), die Beherrschung der öffentlichen Medien, die Besetzung des Instituts der Nationalen Erinnerung (IPN) mit einem genehmen Vorsitzenden sowie die Durchdringung des Staatsapparats, also der Beamten, der Polizei, der Gerichtsbarkeit sowie des Sicherheitsdienstes mit Vertretern der eigenen Partei.

Das Ziel der PiS ist dabei weit gesteckt, denn es geht ihr um die „Übernahme“ des Staates. Die Macht soll an die eigenen Leute verteilt und alle Aktivitäten sollen unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Hingegen spielen die im Wahlkampf gemachten sozialen Versprechungen, etwa der Bau von drei bis vier Millionen neuer Wohnungen in den nächsten acht Jahren oder der forcierte Ausbau der Autobahnen, nur noch eine sekundäre Rolle. Die Losung des Kampfes gegen das „Netzwerk“ stellt nach Auffassung der Anhänger von PiS den Versuch dar, den politischen Apparat von der allwaltenden

<sup>12</sup> ANDRZEJ ANDRYSIAK: Mity założycielskie nowej Polski. In: <http://wiadomosci.onet.pl/1382289,2677,4,kioskart.html>.

<sup>13</sup> MARIUSZ JANICKI, WIESŁAW WŁADYKA: Pierwszy Rok Czwartej. In: Polityka, 30. 09. 2006, S. 28-31.

<sup>14</sup> Der Begriff „układ“ kann je nach Kontext „Klüngel“, „Vetternwirtschaft“ oder auch „Seilschaft“ bedeuten. Vgl.: PETER OLIVER LOEW: Psychogramm eines Problems in Polen. Feinde, überall Feinde. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 33-51, S. 34.

Korruption zu säubern und sämtliche Aktivitäten, die Polen Schaden zufügen können, zu verhindern. Nach Auffassung der Gegner und Kritiker dieser Losung erinnere sie in fataler Weise an den kommunistischen Leitsatz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, sei eher ein Mittel, um die Unterstützung der Gesellschaft zu gewinnen, und eigne sich nicht als Instrument, um die politische und wirtschaftliche Situation in Polen zu verbessern. In einem Interview definierte LECH KACZYŃSKI „układ“ als „ein Netz von Interessen, das aus dem einstigen kommunistischen System entstand und einzelne Leute aus dem Lager der ‘Solidarność’ kooptiert hat.“<sup>15</sup> Am 27. Januar 2007 betonte der Ministerpräsident, dass der Kampf gegen das „Netzwerk“ weiterhin wichtig sei, und zwar auf Wojewodschaftsebene, aber auch darunter. Er stellte fest, dass dort noch alte Netzwerke bestünden, die auf wesentliche Elemente des gesellschaftlichen Lebens einen großen Einfluss hätten. Die Kritiker von PiS betonten hingegen, dass anstelle des alten Netzwerks mit Hilfe der regierenden Koalition ein neues gebildet worden sei. Man verweist dabei auf die politisch motivierten Nominierungen für hohe Posten in der Staatsverwaltung und in staatlich kontrollierten Unternehmen, auf die steigende Zahl von Funktionären ohne adäquate Kompetenzen, die verdächtigt werden, unsaubere Geschäfte zu tätigen sowie auf gravierende Veränderungen in der Wahlordnung, die der PiS nutzen.

### **Kompromisslose Machtsicherung**

Die „Übernahme“ des Staates bildet die Voraussetzung für den weiteren Kampf mit dem alten System der III. Republik, der im zweiten Jahr der Regierung KACZYŃSKI noch stärker vollzogen werden soll. Allerdings kann man konstatieren, dass bisher weder das CBA seine Arbeit nachvollziehbar aufgenommen hat noch große Affären aufgeklärt werden konnten. PiS verharrt vielmehr in einer beobachtenden Haltung und demaskiert immer wieder die „großen Ungerechtigkeiten“. Der Begriff der „Ungerechtigkeit“ ist zu einem Schlüsselwort der Regierung geworden und oszilliert dabei zwischen Rechtslücke und Verbrechen. Ungerechtigkeit ist etwas, was man anprangern darf, ohne dabei eine konzise rechtliche Anklage formulieren zu müssen. So haben Verdächtigung und Verleumdung eine hohe Konjunktur. Dieses Verfahren wird sicherlich fortgesetzt werden, denn ohne die endgültige Auflösung des Netzwerks der III. Republik – so die Unterstellung der Regierung – kann Polen nicht wirklich verändert werden. Wichtige wirtschaftliche Entscheidungen wie die Reform der öffentlichen Finanzen oder des Steuersystems werden erst dann erfolgen können, wenn zuvor geklärt wird, welche Rolle bestimmte Institutionen, Milieus und Personen gespielt haben. Bevor dies nicht geschieht, können keine bindenden Verpflichtungen eingegangen werden. Es handele sich hierbei durchaus nicht um die Unfähigkeit sich zu entscheiden, sondern um das Bewusstsein, dass jede wirtschaftliche Entscheidung, jede Ausschreibung oder Investition jemandem dienen könnte, den man zu wenig kennt und der sich als Repräsentant des alten Systems entpuppen könnte. Dabei werde, so die politischen Kommentatoren der „Polityka“, eine tiefreichende Durchdringung des gesamten politischen und administrativen Raumes angestrebt: „Ohne eingehende Säuberung des

<sup>15</sup> [http://pl.wikipedia.org/wiki/Uklad\\_\(IV\\_RP\)](http://pl.wikipedia.org/wiki/Uklad_(IV_RP))

Feldes, ohne Beherrschung der Wirtschaftssphäre, ohne die Einsetzung der eigenen Leute nicht nur an exponierten Stellen, sondern auch in der tieferliegenden Infrastruktur, im Zellgewebe der Selbstverwaltungen, vom Landvermesser bis hin zum Stadtarchitekten, wird es nicht möglich sein, die IV. Republik aufzubauen.“<sup>16</sup>

Der Partei ist es mittlerweile ganz offensichtlich gelungen, dem Land ihre Sprache und ihre Vision der Vergangenheit aufzudrängen. Dabei besteht die Stärke der PiS darin, dass man nicht zurückweicht, sich nicht entschuldigt und nichts bedauert. Für die Erklärungen JAROSŁAW KACZYŃSKIS ist eine gleichsam postmoderne „situative Plausibilität“ charakteristisch, sind sie doch nur für den Moment, in dem sie ausgesprochen werden, verpflichtend. Dies ist im übrigen nicht nur in Polen ein wichtiger Wesenszug populistischen Manövrierens. In diesem Kontext hat die PiS allerdings im ersten Jahr ihrer Regierung einen außerordentlich kaltblütigen Pragmatismus an den Tag gelegt. Zweifel und Skrupel wurden beiseite geschoben, als kindisches und unpolitisches Verhalten diffamiert. Die größte „Errungenschaft“ von PiS bestand dabei darin, ihrer Umgebung eine neue Betrachtungsweise des Politischen oktroyiert zu haben. Überaus kontroverse Entscheidungen der PiS, die in deutlichem Widerspruch zu ihrem deklarierten Programm einer Sanierung des Staates standen, wurden sehr bald als „normal“ hingenommen: etwa die Koalition mit derart kompromittierten Politikern wie ANDRZEJ LEPPER und ROMAN GIERTYCH oder die Abberufung des überaus beliebten, aber eigenständig denkenden Ministerpräsidenten KAZIMIERZ MARCINKIEWICZ.

### **Der unfehlbare Ministerpräsident**

So ist einer ganzen Reihe kritischer Kommentatoren der polnischen Politikszene beizupflichten, wenn sie konstatieren, dass es JAROSŁAW KACZYŃSKI gelungen ist, seine Anhänger, aber auch einen großen Teil der politikverdrossenen polnischen Bevölkerung, davon zu überzeugen, dass er immer recht habe: „Er handelte also richtig, als er MARCINKIEWICZ zum Ministerpräsidenten auf vier Jahre oder länger ernannte und irrte sich nicht, als er ihn einige Monate später entließ; er erwies sich als scharfsinnig, als er der Samoobrona einst ihre Herkunft aus dem Milieu des Sicherheitsdienstes vorwarf, und zeichnete sich später durch politischen Instinkt aus, als er sie in die Regierung nahm. Er hatte recht, als er zuließ, dass ZYTA GIŁOWSKA vor das Lustrations-Gericht geschleift wurde, und er hatte auch recht, als er die einstige stellvertretende Ministerpräsidentin wieder auf die alten Funktionen zurückberief. Er lag richtig, als er mit LEPPER anfing und auch, als er mit ihm Schluss machte. KACZYŃSKI gibt immer zu verstehen, dass es in jedem dieser Fälle keinen Widerspruch gibt, da das erhabene Ziel am wichtigsten sei. Diese ideologische Mission des Aufbaus der IV. Republik imprägniert die PiS auf spezifische Weise und bedingt, dass sich diese Partei leicht aller Zweifel entledigt.“<sup>17</sup>

Zudem ist es dem Ministerpräsidenten gelungen, das Personalkarussell in Schwung zu halten, indem er sämtliche Stellen in seinem Machbereich mit eigenen Kadern besetzt

<sup>16</sup> Wie Fußnote 13, S. 29.

<sup>17</sup> *Ibid.*, S. 30.

hat. Allerdings wird auch hier permanent kontrolliert, korrigiert und verändert. Man muss nämlich dauernd unter Beweis stellen, dass man bereit ist, sich der Führung bedingungslos unterzuordnen. Die PR-Erfolge der PiS ergeben sich in erster Linie daraus, dass ein ständiger Wahlkampf geführt wird, der sich gegen vermeintliche Gegner und Feinde richtet, die daran interessiert seien, PiS zu vernichten. Außerdem gibt es ein seltsam anmutendes Handicap, das auf dem Grundsatz zu beruhen scheint, dass die Regierenden ja gar nicht so schlecht seien wie sie es sein könnten. So wird jeder Auslandsbesuch der KACZYŃSKIS, bei dem zu keinem Fauxpas kommt, bereits als Erfolg gefeiert. Zwar wird PiS von einigen Medien scharf attackiert, aber es gibt auch eine ganze Reihe von Publizisten, die den Regierenden überaus positiv gegenüber stehen und sie mit dem größten Respekt behandeln.

Das Negative an diesen Entwicklungen besteht darin, dass durch den permanenten Prozess der Eroberung des Staates andere wichtige Vorhaben – wie die Wirtschafts- und Gesundheitsreform – vernachlässigt werden.

„In der Politik kann man siegreiche Abrechnungen gemäß eigener Vorgaben und mit Hilfe eigener Kriterien vornehmen, was PiS als geschickte Kunstfertigkeit vorgeführt hat; dies kann aber in der Realität nicht über einen längeren Zeitraum funktionieren. (...) PiS hat eine komplizierte und mysteriöse Konstruktion der Macht aufgebaut. Solche Konstruktionen zeichnen sich durch einen hohen Grad an Destruktivität aus. Aber auch, was PiS schon häufiger erlebt hat, durch ein hohes Maß an Selbstzerstörung.“<sup>18</sup>

### **Feindselige Konfrontation als Überlebensstrategie**

Die IV. Republik kann nicht in Abstimmung mit der Opposition oder gar im Rahmen einer normalen politischen Polemik erschaffen werden. Vielmehr soll sie durch feindselige Konfrontation entstehen. PiS stellt nämlich als erste Partei seit 1989 ein grundsätzliches demokratisches Prinzip, die Gewaltenteilung im Staat, in Frage. Die Partei besetzt nicht nur die Machtzentren mit ihren Leuten, sondern ist auch bestrebt, die Gewaltenteilung durch Gesetzesänderung zu beschädigen. Der bekannte Verfassungsexperte Prof. PIOTR WINCZOREK schreibt über die Staatskonzeption, wie sie sich aus den gesetzgeberischen Vorhaben der PiS ergibt, folgendes: „Dies ist nicht nur eine Vision mit etatistischer Einfärbung, es ist vielmehr eine Konzeption, die den Staat im Grunde genommen auf ein einziges Element reduziert. Auf die Organe der Exekutive mitsamt dem ihnen untergeordneten Verwaltungsapparat.“<sup>19</sup>

Das Verfassungsprojekt der PiS beinhaltet die Vision eines Staates, der zu einer Präsidialdiktatur führen kann. Dieses Projekt kann somit nicht Gegenstand der öffentlichen Debatte und eines Kompromisses sein, es muss vielmehr als „feindseliger Umbau des Staates“ verstanden und bekämpft werden. Hier liegt auch die Hauptquelle für die sich seit einem Jahr verschärfende Debatte. Die Brüder KACZYŃSKI und ihr Umfeld werden die IV. Republik nur dann aufbauen können, wenn sie den um sie geführten Krieg gewinnen.

<sup>18</sup> *Ibd.*, S. 31.

<sup>19</sup> WALDEMAR KUCZYŃSKI: Ile warta jest Czwarta? In: *Polityka*, 28. 10. 2006, S. 25-26, S. 26.

Um diesen Krieg zu gewinnen, müssen sie sich die Unterstützung jener Wähler sichern, die erwarten, dass ihre sozialen Probleme angepackt werden. Auch angesichts hoher ökonomischer Kosten muss PiS versuchen, diese Wählerschaft zu behalten. Die Partei darf in der Wirtschaft nichts tun, was diese Wähler dazu bringen könnte, sich von ihr abzuwenden. So darf man sich nicht für die Reform der öffentlichen Finanzen stark machen, denn das würde naturgemäß Ausgabenkürzungen, vor allen Dingen im Sozialbereich nach sich ziehen.

### Realitätsverlust der Politik

Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Skandal, der dadurch verursacht wurde, dass Abgeordnete der PiS versuchten, eine Abgeordnete der „Samoobrona“ zu kaufen, und dieser Vorgang mit einer versteckten Kamera gefilmt wurde, führt der politische Kommentator des „Tygodnik Powszechny“ TADEUSZ SŁAWEK aus, dass die regierende Machtelite die politische Wirklichkeit in Polen sehr eigensinnig interpretiere und modelliere: Während die Polen sich bestürzt zeigten und 60 Prozent meinten, dass die Regierung zurücktreten sollte, bagatellierte die Machtelite diesen Vorgang. Der Abgeordnete JUREK KURSKI verstieg sich sogar zu der These, dass man es mit einer medialen „Megakreation“ zu tun gehabt hätte.

Politik stelle sich – so die Kritik SŁAWEKS - als ein System gegenseitiger Angriffe dar, in dem Posten und Geld eine erstrangige Rolle spielen. Ziel dieses Systems sei nicht das Allgemeinwohl, sondern die Erledigung persönlicher, familiärer und die eigene Partei betreffender Angelegenheiten.

Dies sei deshalb besonders schmerzlich, weil der Diskurs der Machthaber mit moralischen Losungen gespickt sei. Das, was die Menschen sagen, denken und schreiben, schein für den Politiker aber keine Rolle zu spielen, denn seine Aufgabe bestehe einzig und allein darin, anderen Konkurrenten die Welt der Mächtigen vorzuenthalten. Die Grenzen zwischen Politik und Ideologie sowie der Außenwelt würden immer stärker abgeschirmt und dadurch hermetisch. Hieraus ergebe sich, dass die Politik eigenen Gesetzmäßigkeiten folge und mit den moralischen und rechtlichen Grundsätzen der äußeren Welt nichts mehr gemein habe. Die Politik sei effektiv, so lange sie am Grad der Unwissenheit des Bürgers gemessen werden könne, der im übrigen nichts von ihren Mechanismen wisse. Und gerade hierauf beruhe die Doktrin der PiS.<sup>20</sup>

Für die Machthaber sei eine besondere Form der Blindheit charakteristisch, da sie nicht in der Lage seien zu erkennen, dass sie das Ende ihrer Möglichkeiten erreicht haben und dass jede weitere Bewegung nur noch kompromittierend sei. In der Konsequenz heiße dies, dass man unfähig sei, sich selbst zu bewerten, und dazu neige, den anderen die Schuld für das eigene Versagen und die eigenen Niederlagen zu geben: Jene anderen sind dann „układ“, „die Dienste“ oder „gewisse Medien“. Als mündiger Bürger dürfe man hingegen nicht akzeptieren, dass die Politik lediglich eine Sammlung soziotechnischer Probleme sei,

<sup>20</sup> TADEUSZ SŁAWEK: Nie dajmy się nabrać! In: Tygodnik Powszechny, 08. 10. 2006, S. 3.

dass eine effektive Politik nur zu betreiben sei, wenn man undurchsichtigen Interessen nachgehe, von denen nur die Politiker, deren Verwandte und Anhänger profitieren,  
dass der Kern des politischen Lebens darin bestehe, lukrative Posten zu besetzen, während jedwede inhaltlich Diskussion letztendlich nur einen Nebelvorhang für das „dumme Volk“ darstelle,  
dass eine Politik, die sich am Rande der Gesetze bewege oder diese gar breche, besonders effektiv sei,  
dass die polnische Variante des Verhaltens der politischen Klasse lediglich ein Symptom global herrschender Praktiken sei,  
dass in der Politik ungeschriebene moralische Prinzipien ignoriert werden können und Politik keine Sache der Ehre und des Anstands sei,  
dass in der Politik der Zynismus zur Norm werde,  
dass das Parteiinteresse der Machthaber mit dem allgemeinen Staatsinteresse gleichgesetzt werden könne,  
dass Politik eine Kette nicht näher beschriebener Verschwörungen und Konspirationen sei,  
dass die Politik ausschließlich eine Sache von Losungen und eines guten Selbstgefühls bei der Beurteilung der eigenen Person sei.

Dieser Zwischenruf aus dem skandalträchtigen Oktober 2006 präzisiert in klarer Weise das Verhalten der Machthaber und die sich daraus ergebenden Folgen für die Wahrnehmung von Politik durch die Gesellschaft. Der Kommentator verdeutlicht, dass Politik auf einem Wertesystem aufzubauen habe, das nicht an der Rhetorik der Regierenden, sondern an ihrem Tun zu bemessen sei. Geradezu grotesk mutet deshalb auch der Umstand an, dass die hier vorgebrachte Analyse und Kritik eine Partei betrifft, die „Recht und Gerechtigkeit“ zu ihrem Leitbild erklärt hat. Angesicht dieser nüchternen Bestandsaufnahme, die die politische Realität im Jahre eins der IV. Republik adäquat widerspiegelt, stellt sich allerdings die Frage, welcher Mittel sich die Regierenden bedienen, um ihre Art zu führen, zu koalieren und zu regieren, als Erfolg ausgehen zu können. Neben Konfrontation und kompromisslosem Machterhalt – von denen schon die Rede war - handelt es sich nach Auffassung zahlreicher Kommentatoren um eine Form der Erfolgspropaganda, bei der selbst Misserfolge, Passivität und Fehler zu umsichtigem politischem Agieren uminterpretiert und hochstilisiert werden.

### **Eigenlob und Erfolgspropaganda**

Die Propaganda der PiS zielt auf Eigenlob und auf Anschuldigungen gegenüber dem politischen Gegner. Dieser Technik bedient sich nicht nur der Ministerpräsident JAROSŁAW, sondern auch der Präsident LECH KACZYŃSKI. So werden die Konflikte mit der EU oder die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland als „Stärkung der Souveränität des Landes“ verkauft, da man sich davon gelöst habe, eine „Außenpolitik auf Knien“ zu betreiben. Diejenigen, die auf Pragmatismus, Effizienz und einzuhaltende Prozeduren bestehen, hält PiS dadurch in Schach, dass sie die Einhaltung höchster

Werte wie Freiheit, Souveränität und Ehre propagiert, während man dem Gegner die Position der langweiligen Technokraten ohne patriotische Gesinnung überlässt.<sup>21</sup>

Es wird eine intensive Erfolgspropaganda betrieben, die in gewisser Weise an die Verhältnisse in der Volksrepublik Polen erinnert. PiS argumentiert, dass die Wirtschaft wachse, die Arbeitslosigkeit abnehme und der Staat sich in einer guten Verfassung befinde. Dabei wird seitens der Regierenden ignoriert, dass die Cassandra-Rufe der Regierungskritiker in eine andere Richtung zielen: kritisiert wird – wie oben ausgeführt – die „Übernahme“ des Staates durch die PiS, die Durchdringung aller Institutionen mit Parteimitgliedern, die Infragestellung der Autorität der wichtigsten Verfassungsorgane, das Erzeugen einer Atmosphäre des Misstrauens, der Beschuldigungen und der Abrechnungen.

Während man seitens der PiS diese Kritik nicht wahrzunehmen scheint, als Kritik des „układ“ oder des „grauen Netzes“ (szara sieć) abtut<sup>22</sup>, stellt sich das Jahr 2006 für den Ministerpräsidenten als besonders erfolgreich dar: „Wir können ganz ehrlich sagen, dass dies das beste Jahr in den letzten 17 Jahren gewesen ist, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung, die Stabilität der Wirtschaft, die Stellung des Złoty, die Situation im Export, der ungewöhnlich schnell wächst, in Betracht zieht. Sozial betrachtet war dies ein ruhiges Jahr, es gab keine großen Streiks, es gab keine großen gewaltsamen Ereignisse dieser Art. Es war dies gleichzeitig ein politisch ungewöhnlich unruhiges Jahr.“<sup>23</sup>

Gerade in der Wirtschaftspolitik hat die Regierung aber wenig getan, vielmehr konnte man darauf aufbauen, was in der III. Republik unter anderen von dem allseits unbeliebten LESZEK BALCEROWICZ umgesetzt wurde. Auch sollte berücksichtigt werden, dass in dem einst streikfreudigen Polen alleine schon deshalb wenig gestreikt wird, weil es den von den KACZYŃSKIS so viel gescholtenen Politikern der III. Republik schließlich gelungen ist, den größten Teil der großen und immer wieder streikenden Staatsbetriebe zu privatisieren. Wirtschaftspolitisch besteht das „Verdienst“ der Regierung demnach vor allem darin, ihre unbezahlbaren populistischen Versprechen nicht realisiert zu haben.

Der wiederholt erhobene Vorwurf des Ministerpräsidenten, dass die Opposition das Ergebnis der Wahlen nicht anerkannt habe und die Regierung regelrecht bekriege, ist objektiv betrachtet kaum haltbar und klingt angesichts der zahlreichen politischen Affären und skandalträchtigen Aktionen der jetzigen Regierung geradezu absurd. Er stellt allerdings einen weiteren Versuch der KACZYŃSKIS dar, der öffentlichen Meinung ihre politische Vision zu oktroyieren. Die Erfolgspropaganda der PiS, in die ebenfalls die eher erfolglosen Mitglieder des polnischen Kabinetts einbezogen werden, ist zwar medienwirksam und trägt Früchte, ändert aber nichts an dem durch Umfragen belegten Umstand, dass ein Großteil der polnischen Bevölkerung anderen Überzeugungen huldigt als die polnische Regierung. Während die PiS die EU immer als Bedrohung für die

<sup>21</sup> MARIUSZ JANICKI, WIESŁAWA WŁADYKA: Postęp i Szczęście. In: Polityka, 13. 01. 2007, S. 27-29.

<sup>22</sup> In der Terminologie des Ministerpräsidenten wurde der Begriff „układ“ durch den wohl adäquateren, aber umso mysteriöseren Begriff „szara sieć“ (graues Netz) ersetzt. Vgl. hierzu Młodzi chcą galopować. Rozmowa z prof. JACKIEM KURCZEWSKIM. In: Polityka, 27. 01. 2007, S. 30-31, S. 30.

<sup>23</sup> Wie Fußnote 16, S. 28.

Souveränität Polens betrachtet hat, sind im Mai 2007 86 Prozent der Polen mit der EU-Mitgliedschaft ihres Landes zumindest zufrieden. Und während 70 Prozent der polnischen Bevölkerung die Lustration für ein zweitrangiges, unwesentliches Thema halten, macht PiS aus Lustration und Dekommunisierung einen Schwerpunkt ihrer „moralischen Revolution“. Und schließlich: während eine klare Mehrheit der Polen die Deutschen als sympathisch und den Polen zugeneigt empfindet, kämpft die PiS ständig gegen den „deutschen Revanchismus“ an.<sup>24</sup>

Einerseits wird die derzeitige Regierungstätigkeit von der polnischen Bevölkerung überwiegend negativ beurteilt, andererseits erwartet eine Mehrheit der Polen, dass die Regierung eher eine Verbesserung als eine Verschlechterung der allgemeinen Situation herbeiführen wird. Dieses offenkundige Paradoxon wird von den politischen Kommentatoren der „Polityka“ mittels folgender Hypothese aufgelöst: es sei PiS hervorragend gelungen, die lancierten Ziele von den angewendeten Methoden zu trennen. Die permanent wiederholten propagandistischen Losungen wie „ein solidarisches Polen“, „Sicherheit“, „Kampf gegen 'układ'“ bleiben für viele Polen weiterhin attraktiv, schon alleine deshalb, weil gegenwärtig keine der übrigen politischen Parteien konkurrenzfähig ist. Daher die im Vergleich mit den anderen Parteien weiterhin recht positiven Notierungen der PiS, der Optimismus der Polen und die Überzeugung, dass die Dinge in die richtige Richtung gehen. Andererseits bewirken die geradezu suspekten Methoden der Machthaber, dass die Notierungen des Präsidenten und der Regierung fallen. Man kommt deshalb zu folgendem Ergebnis: „Auf diesen Widersprüchen balanciert die Politik der Gebrüder Kaczyński und dieser Seiltanz gelingt ihr immer noch. Denn momentan gibt es niemanden, der in der Lage wäre, stärker am Seil zu rütteln. Nichtsdestoweniger zeigt die Geschichte, dass jedwede Erfolgspropaganda an der Wirklichkeit scheitert und die Rache der durch gauklerische Tricks enttäuschten Gesellschaft die Politiker von der Bühne fegt.“<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Wie Fußnote 16, S. 29. Vgl.: THOMAS URBAN: Es hitlert sehr. Das Deutschlandbild der polnischen Medien. In: osteuropa (2007), 1, S. 57-71.

<sup>25</sup> Wie Fußnote 16, S. 29.

*Małgorzata Burchard-Dziubińska<sup>1</sup>*

## **Der Umweltschutz in Polen im Zeitraum der Systemtransformation**

### **1. Einleitung**

Die siebzehn Jahre, die seit den Beratungen des Runden Tisches und des Beginns der Systemtransformation vergangen sind, stellen einen ausreichend langen Zeitraum dar, um eine Bewertung der Veränderungen zu wagen, die sich im Umweltschutz in Polen vollzogen haben. Gemessen an der Gesamtheit der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse ist der Umweltschutz nur ein Element unter vielen, sicherlich nicht das wichtigste, aber eines, das dem Vorbild der entwickelten Länder folgend einen immer höheren Rang einnimmt. Im vorliegenden Beitrag wird der Versuch unternommen, diejenigen Faktoren zu bestimmen, die in der polnischen Wirtschaft die Aktivitäten im Umweltbereich am stärksten bestimmt haben. Dies geht mit einer Bewertung der in diesem Bereich erzielten Fortschritte einher. In diesem Beitrag sind die Forschungsergebnisse der Autorin für die Jahre 1994 bis 1996 hinsichtlich großer und besonders belasteter Betriebe in der Wojewodschaft Łódź, Forschungen zur umweltgerechten Umstrukturierung sog. Problemsektoren, statistische Informationen sowie aktuelle Befunde eingegangen.

### **2. Die schwierigen Anfänge einer umweltgerechten Umstrukturierung der polnischen Wirtschaft**

In das Zeitalter der Systemtransformation trat Polen mit einem unrühmlichen Erbe in Form einer stark degradierten natürlichen Umwelt ein. Zu dieser Sachlage hatte in erster Linie die Industrie beigetragen, insbesondere der nach dem Zweiten Weltkrieg mächtig forcierte Bergbau und die Schwerindustrie. Die allgemein verbindliche Fetischisierung der Aufgaben des Plans verursachte das Streben, ihn um jeden Preis, auch um den Preis einer zerstörten Umwelt, zu erfüllen. In einer Wirtschaft des Mangels, mit der wir es damals zu tun hatten, fehlt es gewöhnlich an Mitteln, um geplante umweltgerechte Aktivitäten konsequent umzusetzen. Dies schließt auch diejenigen Investitionen ein, die dem Ausbau der Infrastruktur des Umweltschutzes dienen sollen. Regionen ökologischer Gefährdung, die aufgrund der Überschreitung der zulässigen Normen bei zumindest zwei Elementen der Umwelt oder aufgrund der Überschreitung der zulässigen Normen bei einem Element als besonders gefährdet (toxisch) eingestuft wurden, stellten damals 11,3 Prozent der Landesfläche dar und wurden von 35,4 Prozent der Bevölkerung bewohnt.<sup>2</sup>

In diesen Regionen war es zum vollkommenen Zusammenbruch des natürlichen Gleichgewichts gekommen, was in der Degradierung biologischer Systeme und in der Ausschaltung von Selbstreinigungsprozessen seinen Ausdruck fand; im Ergebnis bedeutete dies eine erhöhte Gesundheitsgefährdung für die Menschen. Um das Bild der

<sup>1</sup> Dr. MAŁGORZATA BURCHARD-DZIUBIŃSKA ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Ökonomischen Instituts an der Universität Lodz. Sie habilitiert sich gegenwärtig mit einer Arbeit über den Umweltschutz in Polen.

<sup>2</sup> Umweltschutz – Statistisches Jahrbuch GUS 1993.

damaligen Wirklichkeit zu komplettieren, muss zusätzlich das kaum entwickelte Umweltbewusstsein der Bevölkerung erwähnt werden, eingeschlossen die Regierungs- und Wirtschaftskreise, die allgemein vorherrschende Ignoranz hinsichtlich der Umweltschutzgesetze sowie die Schwäche derjenigen Institutionen, die für deren Umsetzung zuständig waren. Das Fehlen der für eine Demokratie charakteristischen Prozeduren des Regierens unterstützte diese Praktiken zusätzlich. Das damals existierende System ökologischer Geldbußen und Sanktionen war vollkommen ineffizient, da es sich nicht auf die ökonomische Rechnung der Betriebe, die keine selbstständigen Entscheidungen treffen konnten, auswirkte. Die Betriebe zeigten kein Interesse an umweltgerechten Investitionen, was wiederum bedeutete, dass die für den Umweltschutz produzierenden Industriebranchen unterentwickelt blieben. Dies wurde von einem fast vollständigen Versagen im Bereich der Entwicklung moderner umweltfreundlicher Technologien begleitet. Für diesen Zeitraum war eine fast durchgängige Ignoranz im Hinblick auf ökologische Probleme charakteristisch.

### 3. Die ökologische Erneuerung in den 1990er Jahren

Veränderungen im Umgang mit dem Umweltschutz in Polen wurden erst nach Einführung der Marktreformen spürbar. Sie gaben nicht nur den Wirtschaftssubjekten bei Entscheidungen größere Unabhängigkeit, sondern sie sensibilisierten sie für ökonomische Anreize und zwangen sie, eine Kostenkalkulation durchzuführen. Die zuvor verhängten Bußgelder und Sanktionen bekamen endlich ökonomische Bedeutung und konnten als Stimulus für die Beschränkung schädlicher Umwelteinflüsse eingesetzt werden. Man muss allerdings feststellen, dass die Systemtransformation die ökologischen Probleme nicht alleine löste. Der Markt ist der Umwelt gegenüber nämlich nicht freundlicher eingestellt als die zentrale Planwirtschaft. In beiden Systemen kommt es zu negativen ökologischen Außeneffekten und die Entscheider versuchen die Kosten für den Umweltschutz auf andere Institutionen oder auf die Umwelt abzuwälzen.

In den 1990er Jahren kam es in Polen zu Ereignissen, die zumindest für einige Zeit die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die Probleme des Umweltschutzes lenkten. Eine Ankündigung der Veränderungen war das Aufgreifen ökologischer Fragen während der Verhandlungen des Runden Tisches im Jahre 1989. Bereits im Jahre 1991 verabschiedete das polnische Parlament *Die Umweltschutzpolitik des Staates*. Beurteilt man sie aus heutiger Sicht, so kann man feststellen, dass es sich dabei um ein modernes Dokument handelte, das von seiner Konzeption her dem Prinzip der ausgeglichenen Entwicklung entsprach, das als eines der wichtigsten Verfassungsprinzipien anzusehen ist. Sowohl die Diagnose des Ausgangszustands als auch die Auswahl der Ziele, mit der Einteilung in kurz- mittel- und langfristige, riefen keine Einwände hervor. Die Autoren zweifelten nicht daran, dass der Zustand der Umwelt in Polen fatal sei und entschiedener Reformen bedürfe. Hinsichtlich einer ganzen Reihe überaus stark belasteter Industriebetriebe sah man sogar deren Auflösung nach drei bis vier Jahren vor, falls es in diesem Zeitraum nicht möglich sein sollte, sie umweltgerecht zu restrukturieren. Auf längere Sicht postulierte man eine Beschränkung der Emissionen, die zur Verunreinigung von Luft und Wasser führten, die Rekultivierung degradierteter Regionen und die Verringerung der Gesamtzahl von Industriebfällen, die der Lagerung bedürfen,

um mindestens 20 Prozent sowie die Entwicklung und den Einsatz umweltfreundlicher Technologien. Große Hoffnungen verband man in der Umweltpolitik mit einer breit angelegten Nutzung ökonomischer Instrumente, die die Instrumente direkter Regulierung ergänzen sollten. Man verwies auf die Notwendigkeit des Aufbaus eines kohärenten rechtlichen, ökonomischen, organisatorischen, finanziellen und die Bildung einbeziehenden Systems, das durch effektive Nutzung und Ersparnis von Energie, Wasser, Rohstoffen und Materialien zur Realisierung der Umweltpolitik beitragen sollte. Man betonte die Bedeutung von Marktkriterien, die nicht nur ökologisch effektive, sondern auch in ökonomischem Sinne effiziente Aktivitäten stimulieren sollten. Dieses Dokument spielte bei der Umsetzung umweltfreundlicher Aktivitäten in der vergangenen Dekade eine wichtige Rolle. Einen klaren Beweis für die sich vollziehenden Veränderungen stellte die Tatsache dar, dass im Jahre 1997 in der Verfassung der Republik Polen festgestellt wurde, dass der Staat den Umweltschutz garantiert, indem er sich am Prinzip der ausgeglichenen Entwicklung orientiert.<sup>3</sup>

Die Veränderungen im Verhältnis zum Umweltschutz in Polen wurden zusätzlich durch die Debatte stimuliert, die im Jahre 1992 während des Weltgipfels in Rio de Janeiro geführt wurde und an der Polen aktiv beteiligt war. Ein positives Ergebnis der damaligen Ereignisse bestand darin, dass die gesellschaftlichen und politischen Eliten auf das weltweite Ausmaß der ökologischen Gefährdungen und auf den Sinn einer Intensivierung internationaler Aktivitäten im Hinblick auf den Umweltschutz aufmerksam gemacht wurden. Die Demokratisierung des Lebens in Polen und das wachsende Ausmaß bürgerlicher Freiheiten in Verbindung mit einem besseren Zugang zu Informationen zur ökologischen Situation und der damit verbundenen Gefährdungen führten zu einer Belebung der Aktivitäten ökologisch engagierter Nichtregierungsorganisationen. Es stellte sich ein deutlich gestiegenes Interesse an Umweltschutzfragen ein. Immer seltener hatten wir es mit einer totalen Ignoranz der Entscheider und Manager zu tun und immer häufiger mit gut organisierten gesellschaftlichen Aktionen, bei denen man sich für die Umwelt einsetzte. Mit anderen Worten, in der polnischen Gesellschaft und Wirtschaft stellten sich wesentliche institutionelle Veränderungen ein, die sowohl einen formalen als auch informellen Charakter hatten. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bildete das Streben nach dem EU-Beitritt Polens eine weitere wichtige Stimulanz für diese Veränderungen.

#### **4. Organisatorische und rechtliche Grundlagen des Umweltschutzes in Polen**

Im analysierten Zeitraum hatten wir es mit einer sehr lebendigen gesetzgeberischen Aktivität im Rahmen des Umweltschutzrechts zu tun, für die auf Landesebene das Umweltministerium verantwortlich zeichnete. Zu den Aufgaben des Umweltministers gehört die Gesetzgebung und die Kontrolle über ihre Einhaltung, die Überwachung der Umwelt, die Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungen, gesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen sowie die internationale Kooperation. Auf Landesebene repräsentieren die Wojewoden die Verwaltung der Regierung. Zu den Aufgaben der Selbstverwaltungsorgane gehört die Kontrolle über die Einhaltung der

<sup>3</sup> Art. 5 der Verfassung der Republik Polen, 1997

Umweltschutzvorschriften auf dem eigenen Territorium, die Erstellung von Entwicklungsprogrammen unter Berücksichtigung von Umweltschutzfragen sowie der von den Gemeinden zu leistende Einsatz kommunaler Investitionen im Umweltbereich. In Polen gibt es darüber hinaus die Umweltschutzinspektion, die als Organ der Regierungsverwaltung in Form des Hauptinspektorats für Umweltschutz und seiner Pendanten in den einzelnen Wojewodschaften aktiv ist. Die Inspektion kontrolliert die Einhaltung der Umweltschutzgesetze, führt das Monitoring durch, beschließt die Höhe der Umweltafgaben und spricht Verwaltungssanktionen gegen diejenigen Rechtspersonen aus, die sich nicht an die Vorschriften halten. Ende der 1990er Jahre kam man zum Ergebnis, dass der geplante EU-Beitritt und die neuen entwicklungspolitischen Herausforderungen eine Veränderung der Grundsatzdokumente im Bereich des Umweltschutzes erfordern. So entstand im Jahre 2000 die *II. Umweltschutzpolitik des Staates*, die nunmehr realisiert werden sollte. Dieses Dokument beinhaltet unter anderem folgende strategische Ziele:

- Die Gestaltung einer makroökonomischen Politik sowie sektorieller Politiken, die dazu beitragen sollen, eine ausgeglichene Entwicklung zu erreichen;
- Die Verbesserung der Umweltqualität;
- Die Beschränkung des auf der Umwelt lastenden Konsumdrucks;
- Die Sicherung des Zugangs zu Informationen zur Umweltsituation und die Einbeziehung der Gesellschaft bei den Entscheidungsfindungen;
- Die Sicherstellung der Übereinstimmung der polnischen Umweltpolitik mit der Ausrichtung und dem Ausmaß der Aktivitäten, die für die Umweltpolitik der EU gelten.

Große Hoffnungen verband man auch im Jahre 2000 mit der Verabschiedung der *Langfristigen Strategie einer nachhaltigen und ausgeglichenen Entwicklung - Polen 2025*. Dieses Dokument fand jedoch keinen Widerhall und es scheint sich kaum noch jemand an dessen Existenz zu erinnern. Eine weitaus größere Bedeutung hatte dagegen das *Nationale Programm zur Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft* sowie die *Verhandlungsposition Polens im Bereich Umwelt*. In diesen Dokumenten wurden die wichtigsten Aktivitäten in den Jahren vor dem EU-Beitritt festgelegt. Im Januar und Februar 1999 fand die erste, technische Phase der Verhandlungen, das sog. screening statt. Die Übersicht erfasst 170 verschiedene Rechtsakte, die bis Ende 1998 umgesetzt wurden und deren Einführung für Polen verpflichtend war. Der grundsätzliche Umbau der polnischen Umweltschutzgesetzgebung erfolgte in den Jahren 2000 bis 2001. Es wurden damals über ein Dutzend neue Gesetze verabschiedet, die die Übereinstimmung der polnischen Regelungen mit dem rechtlichen Besitzstand der EU garantierten. In einigen Fällen einigte man sich auch auf Übergangsfristen, in denen Polen seine Versäumnisse im Hinblick auf den Aufbau einer Infrastruktur des Umweltschutzes und die Einführung einiger Vorschriften aufarbeiten sollte. Der Prozess der Veränderung des Umweltschutzrechts dauert bis heute an, da sich das Umweltschutzrecht der EU ständig entwickelt und gegenwärtig fast 300 Rechtsakte unterschiedlichen Ranges zählt. Ende 2002 wurden in Antwort auf das Gesetz vom 27. April 2001, in dem verpflichtend festgelegt worden war, die staatliche Umweltschutzpolitik alle vier Jahre zu aktualisieren, wiederholt angemessene Modifikationen in der Umweltschutzpolitik

vorgenommen. Die Gesamtheit wurde in dem Dokument *Die staatliche Umweltschutzpolitik für die Jahre 2003 bis 2006 unter Berücksichtigung der Perspektive für die Jahre 2007 bis 2013* zusammengefasst. Generell betrachtet stellt es eine detaillierte Darstellung der langfristigen *II. Umweltschutzpolitik des Staates* dar, die die Festlegung der ökologischen Ziele bis 2010 und 2025 enthält.<sup>4</sup>

## 5. Die Veränderung in der polnischen Wirtschaft in ihrem Verhältnis zum Umweltschutz

In der gesamten Dekade der 1990er Jahre wurde die bei der Wirtschaft relativ langsame Entwicklung des Interesses am Umweltschutz in der Mitte dieser Periode zusätzlich durch die Abnahme der gesellschaftlichen Unterstützung für die Systemreformen geschwächt. Die von der Gesellschaft schmerzlich empfundenen hohen Kosten der Systemtransformation brachten mit sich, dass die Umweltschutzbelange in den Hintergrund gerieten und aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der Probleme beim Erreichen der makroökonomischen Stabilisierung deutlich an Bedeutung verloren. Aus der Perspektive der Unternehmen riefen die veränderten Regeln im Funktionieren der Wirtschaft neue Schwierigkeiten hervor, von denen die folgenden zu den wichtigsten gezählt wurden:

- Das Fehlen ausreichender finanzieller Eigenmittel;
- Das Verharren in einem „institutionellen Vakuum“, das nicht selten mit dem sich verzögernden Prozess der Klärung der Eigentumsverhältnisse verbunden war;
- Drohender Bankrott;
- Eine zusammenhängende industrielle und kommunale Infrastruktur, die es erschwerte, die Eigentumsverhältnisse zu klären und die Verantwortung für Umweltschäden festzustellen (zum Beispiel gemeinsame kommunale und industrielle Heizwerke und Kläranlagen);
- Die technologische Rückständigkeit und ein hoher Verschleiß der Anlagen.

Aufgrund steigender Kosten im Zusammenhang mit umweltfreundlichen Investitionen befürchteten die Unternehmer die Verschlechterung der eigenen ökonomischen Situation sowie ihrer Marktposition. Deshalb erblickten sie im Umweltschutz hauptsächlich ein Risiko und keine Chance für die eigene Entwicklung. Nur wenige Unternehmen sahen gewisse Vorteile im Hinblick auf eine umweltfreundliche Orientierung ihrer Aktivitäten, insbesondere durch die Einschränkung einer material- und energieintensiven Produktion, die Einführung rückstandsloser Technologien, die Verringerung verunreinigender Emissionen mit dem Ziel, die mit den ökologischen Abgaben verbundenen Kosten zu senken. Der Umfang der von diesen Unternehmen begonnenen Aktivitäten war allerdings nicht groß, hauptsächlich wegen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten, die es nicht erlaubten systematische Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie eine Verbesserung der Produktion einzuführen.

<sup>4</sup> Die Umweltpolitik des Staates für die Jahre 2003-2006 unter Berücksichtigung der Perspektive für die Jahre 2007-2013, Ministerium für Umwelt, Warszawa 2002.

Hiervon getrennt sollte man die sog. Problembereiche behandeln, zu denen der Abbau von Stein- und Braunkohle sowie von Schwefel gehört, die Hütten- und metallurgische Industrie, die Rüstungsindustrie, die Energetik sowie die schwere Chemie. In der ersten Dekade der Systemtransformation waren für diese Bereiche große Disproportionen zwischen Nachfrage und Angebot (ein Übermaß an Produktion im Verhältnis zur Nachfrage) charakteristisch. Dies galt auch für die veralteten Produktionsanlagen, die beträchtlicher Investitionen zwecks ihrer Modernisierung bedurften, die schwache und sich verschlechternde Wettbewerbslage, das Auftreten und Anwachsen finanzieller Schwierigkeiten, die Nutzung großer Arbeitskapazitäten und den starken Einfluss dieser sich verändernden Kapazitäten auf die Arbeitsmarktsituation im Lande und in den Regionen. Aufgrund ihrer Produktionsweise übten diese Branchen einen starken Druck auf die Umweltschutzstrukturen aus. Die Notwendigkeit ihre Umstrukturierung mit umweltfreundlichen Aktivitäten abzustimmen wurde mehrfach in zahlreichen Regierungsdokumenten, die sich sowohl auf die einzelnen Branchen als auch auf die Gesamtwirtschaft bezogen, hervorgehoben. Man definierte eine ganze Reihe ehrgeiziger Aufgaben, die ein breites Spektrum an Veränderungen in den Bereichen Planung, Management, Organisation und Technologie vorsahen. Außer den Veränderungen, die diese Branchen an marktgerechtes Funktionieren anpassen sollten, war beabsichtigt, durch die Verbesserung ihrer energetischen Effektivität und die allgemeine Anwendung moderner umweltfreundlicher Technologien den Druck auf die Umwelt zu verringern. In allen analysierten Branchenprogrammen kann man Fragmente finden, die der Umwelt gewidmet sind. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit, umweltfreundlich zu handeln, setzte sich immer stärker durch. Am intensivsten wurden die Fragen in der Energiepolitik diskutiert. Betrachtet man allerdings die tatsächlichen Erfolge, so muss festgestellt werden, dass Umweltschutzfragen dann an Bedeutung einbüßten, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Schutz von unrentablen Unternehmen vor dem Bankrott ging.<sup>5</sup>

Die Überwindung der polnischen Wirtschaftskrise in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts, die durch den EU-Beitritt des Landes begünstigt wurde, stimulierte die Suche nach neuen Produktionsmethoden, die die Erfolgchancen auf dem Weltmarkt erhöhen sollten. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Produktion geht in vielen Fällen mit umweltfreundlichen Aktivitäten einher. Die Verringerung einer energie-, wasser- und materialintensiven Produktion passt hervorragend zu Unternehmen, die den Druck auf die natürliche Umwelt verringern wollen. Immer mehr polnische Firmen erarbeiten und realisieren solche Strategien und dokumentieren sie mittels der Zertifikate ISO 14001 und EMAS. Aufgrund der Anforderungen des Integrationsprozesses wäre es im Hinblick auf die Problembranchen notwendig, Restrukturierungsprogramme zu präzisieren, wobei auch die Lösung ökologischer Fragen berücksichtigt werden müsste. Ungeachtet dessen ist es zu einer deutlichen Steigerung einer dem Umweltschutz dienenden Produktion gekommen.

<sup>5</sup> M.BURCHARD-DZIUBIŃSKA: Branchenprogramme des Umweltschutzes in der polnischen Industrie. In: G. DOBRZYŃSKI (Hg.): Gegenwart und Zukunft der Ökoentwicklung in Polen, Białystok 2002.

Alle Veränderungen, sowohl die institutionell-rechtlichen als auch die sozioökonomischen, brachten spürbare Effekte im Hinblick auf die Verbesserung des Zustands der natürlichen Umwelt. Während in den ersten Jahren der Systemtransformation die Verringerung des Drucks auf die Umwelt hauptsächlich aus dem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und einer drastischen Beschränkung der Industrieproduktion resultierte, ist die gegenwärtig zu beobachtende Abnahme dieses Drucks bereits ein Ergebnis entsprechender Investitionen und einer Entwicklung des Umweltschutzrechts. Dies belegen die statistischen Daten. Im analysierten Zeitraum von 1990 bis 2004 kam es unter anderem zu folgenden Veränderungen:

Die gesetzlich geschützte Fläche von Regionen mit besonderen natürlichen Vorzügen vergrößerte sich von 19,9 auf 32,5 Prozent der Landesfläche. Dagegen verringerte sich die Fläche zerstörter und degradierter Regionen, die rekultiviert werden müssen, um 27,8 Prozent.

Die Anzahl der Städte, die über eine Kanalisierung verfügen, stieg von 720 auf 878, wobei 375 Städte mit Kläranlagen ausgestattet sind, in denen Biogene beseitigt werden. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde diese Klärung von Abwässern überhaupt noch nicht angewendet. Stark zugenommen hat auch der Prozentsatz an Bewohnern, die Kläranlagen nutzen: von 41,5 Prozent im Jahre 1995 auf 59 Prozent der Gesamtbevölkerung, wobei es in den Städten 84,5 Prozent der Bewohner sind. Die Zahl der Industriebetriebe ohne Kläranlage ist von 2.265 auf 1.321 gefallen.

Spürbare Veränderungen haben sich auch bei der Luftqualität ergeben. Die SO<sub>2</sub>-Emissionen sind von 3.210 auf 1.375 Tausend t. jährlich gesunken, bei CO<sub>2</sub> von 381.482 auf 319.082 t. und bei den Staubemissionen auf 476.000 t. Der Grad der Abnahme an erzeugten Verunreinigungen hat zugenommen. Im Falle von Stäuben beträgt er gegenwärtig 99,3, bei Gasen 49 Prozent.

Einer Verringerung unterlag auch die Masse der erzeugten Abfälle von 143,9 auf 124,0 Mio. t., während der Grad ihrer Wiederaufbereitung von 53,8 auf 78,5 Prozent anstieg.

Die Investitionen für den Umweltschutz bewegten sich im analysierten Zeitraum auf einem Niveau von 0,6 bis 0,7 Prozent des BIP, der Prozentsatz der Investitionen an der gesamten Volkswirtschaft betrug 1990 3,7, 1995 6,7 und 2004 4,4 Prozent.

## **6. Der Einfluss der EU auf die Ausgestaltung des Umweltschutzes in Polen**

Wenn man die Integration Polens mit der EU aus der Perspektive der Veränderungen im Bereich des Umweltschutzes betrachtet, so kann man sowohl auf Chancen als auch auf Gefährdungen verweisen. Die größten Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, ergaben sich nicht aus dem Fehlen einer Umweltschutzgesetzgebung in Polen, sondern aus den unterschiedlichen Wurzeln, aus denen sie erwachsen ist. Im Falle der EU wurden die rechtlichen Regulierungen hinsichtlich des Umweltschutzes, besonders die ältesten, die aus der Zeit der EWG stammten, hauptsächlich mit dem Gedanken an den Aufbau eines gemeinsamen Marktes und der Beseitigung der Schranken für einen freien Austausch von Waren und Dienstleistungen geschaffen. Das polnische Umweltrecht entstand hauptsächlich aus der konservativen Tradition des Umweltschutzes heraus. Die Epoche des real existierenden Sozialismus bremste allerdings die Entwicklung moderner Regulierungen, die der Marktwirtschaft entsprochen hätten. Viele Vorschriften der EU

haben einen „technischen“ Charakter und definieren Standards, die eingehalten werden müssen, damit die Erzeugnisse zu Objekten des Binnenmarkts werden können. Damit die Unternehmen aus den neu aufgenommenen Ländern ihre Erzeugnisse auf dem gemeinsamen Markt verkaufen können, müssen sie sich die an die Regelungen der EU anpassen, die nicht nur den Umweltschutz betreffen. Diese Aktivitäten sind aufgrund der in vielen Fällen auftretenden Unterschiede bei den ökologischen Standards, aber auch wegen der Notwendigkeit, Versäumnisse im Bereich der Entwicklung der Infrastruktur des Umweltschutzes aufzuholen, in der Regel kostenintensiv. Eine weitere Herausforderung stellt auch die Anpassung an eine andere Preisstruktur dar.<sup>6</sup>

Ein weiteres Beispiel für die Problematik, mit der polnische Wirtschaftssubjekte konfrontiert werden, ist die Frage, ob öffentliche Hilfe in Form von formalen oder informellen Subventionen zulässig ist. Die Akzeptanz oder die Delegalisierung jedweder Form einer solchen Hilfe bleibt der Europäischen Kommission vorbehalten, die die Anforderungen für den einheitlichen Markt bestimmt und Versuche eines unlauteren Wettbewerbs bekämpft. So betrachtet können die sich in Polen entwickelnden Aktivitäten der zu 50 Prozent aus öffentlichen Haushalten geförderten ökologischen Fonds zum Problem werden. Ähnliches gilt für die Stundung von Mitteln für die Nutzung und Degradierung der Umwelt, wie sie gelegentlich gegenüber Problembranchen Anwendung findet.<sup>7</sup>

Eine Analyse der Veränderungen, die sich im Bereich des Umweltschutzes in den letzten Jahren verändert haben, erlaubt es, die Schlussfolgerung zu formulieren, dass sich der Integrationsprozess sehr positiv gerade auf diese Sphäre ausgewirkt hat. Die Beitrittsverhandlungen und die Notwendigkeit, die Umweltschutzgesetzgebung an die Normen der Union anzupassen, erwiesen sich als wichtige Stimulanz für Veränderungen, was in einer Periode des Rückgangs des gesellschaftlichen Interesses am Umweltschutz, als Folge der schwindenden Unterstützung für die Systemtransformation, in der Tat einen heilsamen Einfluss hatte. Die prioritäre Behandlung des Umweltschutzes durch die EU spiegelt sich auch darin wider, dass bedeutende Finanzmittel gerade für dieses Ziel zur Verfügung gestellt werden. Die Unterstützung, die Polen zunächst aus den vor dem Beitritt bereitgestellten Fonds erhielt und gegenwärtig aus den Strukturfonds erhält, hat in erheblichem Ausmaß dazu beigetragen, dass Aktivitäten zugunsten des Umweltschutzes intensiviert wurden und sich die gesellschaftliche Unterstützung für umweltfreundliche Investitionen, wie sie von Selbstverwaltungen und Unternehmen getätigt werden, erhöht hat.

Im Falle der Unternehmen wirkt auch das Interesse der Europäischen Kommission für die Problematik der sozialen Verantwortung belebend. Die soziale Verantwortung der Wirtschaft ist eine Konzeption, mit deren Hilfe die Unternehmen ihren strategischen Marktaktivitäten nachkommen, aber auch im Verhältnis zu verschiedenen Interessengruppen freiwillig soziale und ökologische Interessen berücksichtigen. Im

<sup>6</sup> T. ŻYLICZ: Kosten und Nutzen aufgrund der EU-Mitgliedschaft Polens: der Umweltschutz. In: Nutzen und Kosten der EU-Mitgliedschaft Polens, Europäisches Zentrum Natolin 2003.

<sup>7</sup> Änderungen im System öffentlicher Hilfen für den Umweltschutz in Polen im Lichte der Rechtsvorschriften der EU sowie der neuen polnischen Rechtsakte im diesem Bereich, Ministerium für Umwelt, Warszawa 2003.

Jahre 2001 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Grünbuch, das der Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die soziale Verantwortung der Unternehmen gewidmet ist. Spezielle Projekte, die mit dem Aufbau sozial verantwortlicher Handlungsstrategien verbunden sind, richten sich an kleine und mittlere Unternehmen; diese können mit einer Förderung aus EU-Mitteln für Informationsveranstaltungen, Workshops und Schulungen rechnen. In Polen ist in den letzten Jahren das Interesse an freiwilligen Aktivitäten mit umweltfreundlichem Charakter gestiegen. Immer mehr Firmen berufen sich in ihrer Werbung, auf ihren Internetseiten sowie bei Kontakten mit ihren Kontrahenten auf ihr Engagement im Umweltschutz. Seitens polnischer Unternehmen ist dies eine neue Qualität im Umgang mit Umweltschutzfragen.<sup>8</sup>

## 7. Schlussfolgerungen

Die Periode der Systemtransformation fiel zeitlich mit der Änderung des Umgangs mit Fragen des Umweltschutzes in der polnischen Gesellschaft und Wirtschaft zusammen. Hierfür waren mehrere Faktoren verantwortlich. Der erste war die Demokratisierung des soziökonomischen Lebens und die damit verbundene Möglichkeit, eine offene Debatte zum Thema der ökologischen Gefährdungen, die sich aus der Ausbeutung der Umwelt ergaben, zu führen. Die Offenlegung der Berichte zur Umweltsituation in Polen und die Zunahme der Aktivitäten umweltfreundlicher Nichtregierungsorganisationen haben merklich zur Stärkung des Umweltbewusstseins der Polen beigetragen. Ein zweiter wesentlicher Faktor, der ein größeres Interesse der Industrieunternehmen an Umweltfragen stimulierte, war die Tatsache, dass man der Kostenrechnung eine ihr gebührende Bedeutung gegeben hat. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen wurde der Anreizcharakter ökologischer Abgaben und Sanktionen offenkundig, wodurch Unternehmen tatsächlich in vielen Fällen zu umweltfreundlichen Restrukturierungen stimuliert wurden. Leider muss man feststellen, dass die polnischen Behörden die Umweltvorschriften nicht immer durchsetzten. Besonders im Hinblick auf die Problembranchen neigten sie zu Konzessionen unterschiedlicher Art, die den Charakter formaler und informeller Subventionen annahmen.

Erst die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aufgenommenen Beitrittsverhandlungen mit der EU hemmten diese Praktiken ein wenig. In Laufe dieser Verhandlungen machten sich zahlreiche Entscheider und Manager in Polen bewusst, wie gewaltig die Versäumnisse waren, die Polen im Bereich des Umweltschutzes aufzuholen hatte. Um Mitglied der EU zu werden, musste Polen sich auch im Bereich des Umweltschutzes den rechtlichen Besitzstand der EU schnell aneignen. Der äußere Zwang wurde in diesem Fall zum Anreiz für die Beschleunigung einer umweltfreundlichen Transformation der polnischen Wirtschaft.

<sup>8</sup> Verordnung Nr. 1980/2000 des Europäischen Parlaments und Rates vom 17. Juli 2000 bezüglich des revidierten Programms der Zuerkennung ökologischer Kennzeichnung in der EU, Amtsblatt vom 29. 09. 2006.  
Verordnung Nr. 1980/2000 des Europäischen Parlaments und Rates vom 19. März 2001 hinsichtlich der Zulassung der freiwilligen Beteiligung von Organisationen im System des Umweltschutzes sowie des Audits der EU.

*Hubert Luszczynski / Dorota Michalska-Niedenthal*

## **„Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder: Wie aus Fremden Freunde werden.“**

Ein *kommunitarischer Projektansatz* in den deutsch-polnischen Schulpartnerschaften:

### **Eine Beobachtung am Anfang:**

Ob deutsche Schülergruppen im Rahmen eines Schüleraustauschs auf der Suche nach den Überresten deutscher Okkupationsgeschichte an der polnischen Gegenwart vorbei nach Polen reisen oder polnische Schüler in Deutschland von einer touristischen Sehenswürdigkeit zur anderen gefahren werden – stets wundern sich die Organisatoren, dass da Gemeinsamkeiten nicht aufkommen wollen oder das Minimalziel deutsch-polnischen Schüleraustauschs auf der Strecke bleibt: Völkerverständigung. Und wenn schließlich diese Schüler zurück an ihre Schulen kommen, dann wird es ihnen schwerfallen, sich ihren Mitschülern als „Botschafter“ deutsch-polnischer Verständigung zu präsentieren. Im Gegenteil: Wo – wie in Deutschland – die sprachliche Primärmotivation der Polen nicht erwartet werden kann, wird die Rekrutierung der nächsten Schülergruppe für den „Polenaustausch“ (sic !) zum Dauer- und damit zum Existenzproblem einer jeden Schulpartnerschaft. Nicht viel anders ist es in Polen: Man hat zwar sehr viele Sehenswürdigkeiten gesehen, aber Deutsche – zumal Gleichaltrige aus der so genannten Partnerschulen – hat man nur beobachtet, kaum aber mit ihnen ein ernsthaftes Thema besprochen, das von beiderseitigem Interesse ist.

Damit Schulpartnerschaften nicht so oder ähnlich vor sich hindümpeln müssen, haben wir mit verantwortlichen LehrerInnen aus Partnerschulen ein Seminar durchgeführt, das die Entdeckung von Gemeinsamkeiten als Grundlage von wirklichen Freundschaften, bewusst gesuchten Gesprächen und einem gewünschten Miteinander während der Begegnung zum Ziel hatte.

Den dafür gewählten Ansatz nannten wir einen „kommunitarischen Projektansatz“.

### **Vorbemerkungen**

Wenn wir unsere allgemeinen Erfahrungen mit Konzeptionen deutsch-polnischer Schülerbegegnungen bilanzieren, kommen wir zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Nehmen wir die Schnittmenge aller langjährigen Arbeit, so lassen sich aber alle diese Erfahrungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen - und dieser lautet.

Je stärker die Schülerinnen und Schüler aktiv an Schüleraustauschprogrammen partizipieren und je übereinstimmender sie für sich selbst den Sinn der Begegnungen erschlossen haben, desto erfolgreicher sind diese Programme.

**Die Idee der Partizipation ist die wesentliche Grundlage einer jeder Partnerschaft. Außerdem wissen wir aus der Soziologie, dass jedes gemeinsame Interesse gemeinsame Aktivitäten erzeugt. Darum ging es in unserem Seminar vor allen um die Beantwortung von vier entscheidenden Fragen:**

1. Wo gibt es zwischen den Beteiligten Gemeinsamkeiten?
2. Wo haben wir gemeinsame Interessen?

3. Wo gibt es gemeinsame Probleme?
4. Welche gemeinsamen Lösungen finden wir?

Wie oben bereits erwähnt, ging es im Anschluss an den amerikanischen Soziologen *Amitai Etzioni* bei diesem Seminar um die Verwirklichung eines *kommunitarischen Ansatzes* in den deutsch-polnischen Schulpartnerschaften, d.h. um partizipatorische Wege im Rahmen eines verantwortungsbereiten Handelns zum Wohle aller, dem Gemeinwohl bzw. dem „*bonum communis*“ – z.B. zum Wohle unserer Begegnungsgruppe, Schulen, Gemeinden oder Städte, Regionen, Nationen oder unserer einen gemeinsamen Welt.

### **Die Zielgruppe:**

Zielgruppe unseres Seminars waren Lehrerinnen und Lehrer mit langjährigen Erfahrungen aus Partnerschulen, die als Koordinatorinnen und Koordinatoren für den deutsch-polnischen Schüleraustausch verantwortlich sind. Da wir wissen, wie sehr man letztlich nur aus dem eigenen Handeln nachhaltig lernen kann, haben wir uns dazu entschlossen, unseren kommunitarischen Ansatz des Schüleraustauschs nicht länger in Form von Vorträgen, sondern durch gemeinsames Tun zu vermitteln. Dabei ging es aber nicht nur darum, dass die Lehrerinnen und Lehrer ganz persönlich erfahren, wie positiv dieser Ansatz ihre eigene Persönlichkeit in der Gruppe stärkt und gleichzeitig die Gruppe zusammenführt, sondern auch sozusagen „am eigenen Leib“ zu spüren, wie intensiv ihre subjektiven Erfahrungen ernst genommen werden. Das geschah von Anfang an auch durch die gemeinsame Mitgliedschaft in einer Redaktionsgruppe, die sich nach jeder Seminarphase kritisch und konstruktiv mit dem von uns vorgelegten Konzept auseinandersetzte und dort – wo es erforderlich schien - unsere Ideen weiterentwickelte. Damit gelang eine partizipatorische Doppelstrategie, in der die TeilnehmerInnen zugleich Betroffene und Beteiligte eines gesamten Seminkonzepts waren.

Ein letzter Aspekt sei hinzugefügt: Völkerfreundschaft gelingt nur, wenn sich die Menschen der Völker begegnen, Gemeinsamkeiten entdecken und sich so sehr anfreunden, dass ihre Freundschaft vielleicht ein Leben lang lebendig ist.

### **Auf Grund dieser Vorüberlegungen ergab sich unser Arbeitsthema:**

„Gemeinsame Zukunftsvisionen – Oder: Wie aus Fremden Freunde werden“

### 10 Schritte im Seminarprozess

#### **1. Schritt: Der emotionale Start:**

Im Vorfeld und zur Absicherung des Partizipationsprinzips musste das Seminar einen wirkungsvollen emotionalen Start haben. Weiß-rote Rosen für die Gäste sorgten ebenso für eine besondere Stimmung wie dekorativ angeordnete Nationalfahnen oder die Arbeitsmappe mit den Seminarunterlagen, daran befestigten Namenskärtchen oder die Tischkarten mit dem Namen.

## **2. Schritt: Der Sinnhorizont und seine motivationale Bedeutung:**

Während die Leitung vorab den Sinn und Zweck des Seminars formulierte, musste sich jede(r) Teilnehmende vor dem Hintergrund eigener, tabellarischer Aussagen zu ihrer/seiner Person vorstellen. Im Laufe des Seminars nahm dann Schritt für Schritt die Bedeutung des Leitungsanteils am Seminarfortgang ab, während die Bedeutung der Teilnehmenden im Hinblick auf den inhaltlichen Erfolg so sehr stieg, dass am Ende die gemeinsamen und inhaltlich gefüllten Forderungen nach einer besseren Zukunft im Sinne gemeinsamer Zukunftsvisionen in einem einigen Europa Sache der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war.

## **3. Schritt: Schülerbegegnungen brauchen einen guten Start – die Begrüßungsrede:**

Auf einer Metaebene wurde die Notwendigkeit einer stets sinnorientierten Motivation der Schüler erläutert sowie die Bedeutung passender Begrüßungen der Schülergruppe durch diverse Leiter (Schulleiter, Gruppenleiter etc.) einsichtig gemacht, um auf diese Weise misslingende Starts („Fehlstarts“) von Erstbegegnungen zu vermeiden. Denn: Gelingende Schülerbegegnungen brauchen einen guten Start!

## **4. Schritt: Die Metaplan-Technik als Partizipationsvehikel:**

Methodische Abwechslung sorgte für eine immanente Motivation. Als bedeutsam erwies sich eine kurze, aber systematische Einführung in die Meta-Plantchnik als Form der gleichberechtigten partizipatorischen Gruppenkommunikation. An dieser Stelle sei festgehalten, dass wir für Begegnungen von maximal 20 Schülerinnen und Schülern plädieren, da für die effektive Nutzung der Metaplan-Technik höhere Teilnehmerzahlen ineffizient sind.

## **5. Schritt: Kennenlernspiele sorgen für positive Atmosphäre und neue Impulse:**

Kennenlernspiele sorgten für eine entkrampfte Atmosphäre. Der Vortrag zum Thema „Warum brauchen wir polnisch-deutsche Schulpartnerschaften?“ (Dorota Michalska-Niedenthal<sup>1</sup>) fasste die Hauptgründe und Methoden überzeugend an richtiger Stelle zusammen.

## **6. Schritt: Entdeckung von Gemeinsamkeiten:**

Die Entdeckung bestehender Gemeinsamkeiten wurde auf drei Ebenen eingeübt: auf der Ebene des Alltags- und Freizeitverhaltens, auf der Ebene der Stadtkultur und schließlich - nachdem schon sehr viele Gemeinsamkeiten entdeckt worden waren – auf der europäischen Ebene.

<sup>1</sup> Publiziert als DOROTA MICHALSKA-NIEDENTHAL: Warum brauchen wir eigentlich noch polnisch-deutsche Schulpartnerschaften? Eine Bilanz mit Perspektiven nach 15 Jahren. In: aktuelle ostinformationen, 1/2/2006, S. 54-60; DOROTA MICHALSKA-NIEDENTHAL, HUBERT LUSZCZYNSKI: „Wozu noch deutsch-polnische Schulpartnerschaften. Eine zweistimmige Bilanz nach 15 Jahren. In: Informationsbulletin des Deutsch-polnischen Jugendwerkes, 3/2006, S. 21 - 24

### **7. Schritt: Die Rolle der „politischen Ausschüsse“:**

Der ernsthafte Charakter zeigte sich in den strukturierten Gruppenarbeiten an Einzelthemen, die sich aus der Metaplantchnik ergaben und aus denen heraus mehrheitsfähige Forderungen formuliert werden sollten. Auch die Präsentation der Themen und die von den verantwortlichen Leiterinnen und Leitern der „politischen Ausschüsse“ vorgetragenen Forderungen zeigten, wie intensiv und ernsthaft an diesen gemeinsamen „Produkten“ gearbeitet wurde.

### **8. Schritt: Bedeutung einer dialogischen Evaluation:**

Von besonderem Interesse war die Frage, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende dieser letzten Phase das Seminar einschätzten. Diese sehr positive, aber offene Evaluation in Form eines „Blitzlichts“ wurde darum in einer Power-Point-Präsentation für den II. Teil des Seminars dokumentiert.

### **9. Schritt: Fortsetzungswunsch der Teilnehmenden:**

Am Ende des Seminars waren sich alle einig, dass es fortgesetzt werden müsse. Dies geschah auch im März 2007 in der Wojewodschaft Oppeln.

### **10. Schritt: Eine Evaluation durch die SchülerInnen zum Grad der erreichten Gemeinsamkeiten ist unverzichtbar !**

Allen Seminarteilnehmer überreichten wir am Ende eine CD-ROM, auf der der Verlauf des gesamten Seminars zur eigenen Nutzung dokumentiert wurde – zum einen, um in den Schulen darüber kompetent zu berichten; zum anderen, um diese CD-ROM, besonders die PPP, beim eigenen Seminar für SchülerInnen einzusetzen. Schließlich wurde ein Auswertungsbogen entwickelt, in dem die Schüler am Anfang und am Ende eine Einschätzung darüber vornehmen sollen, wie sich ihre Beziehungen zueinander während der Zeit der Begegnung verändert haben. Zugleich sollen die Evaluationen aber auch den LehrerInnen mitteilen, durch welche Programmelemente das Erleben von Gemeinsamkeiten besonders gut gelang; andererseits werden die SchülerInnen auch aufgefordert, Wünsche zur Verbesserung zu äußern.

#### **10.1. Idee einer Schülerevaluation**

Wenn der kommunitarische Ansatz die aktiven Mitglieder einer Gruppe und ihre Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln in den Mittelpunkt stellt, ist am Ende die Frage danach berechtigt, wie intensiv sich eine solche Aktivgruppe als Partner in gemeinsamer Sache wahrgenommen hat. Dies fördert zum einen ihre Identität; zum anderen sind solche Ergebnisse dazu geeignet, dass das Thema Schüleraustausch sowohl unter LehrerInnen als auch unter SchülerInnen positiv kommuniziert wird und damit im Hinblick auf das europäische Profil einer Schule an Bedeutung und Schärfe gewinnt.

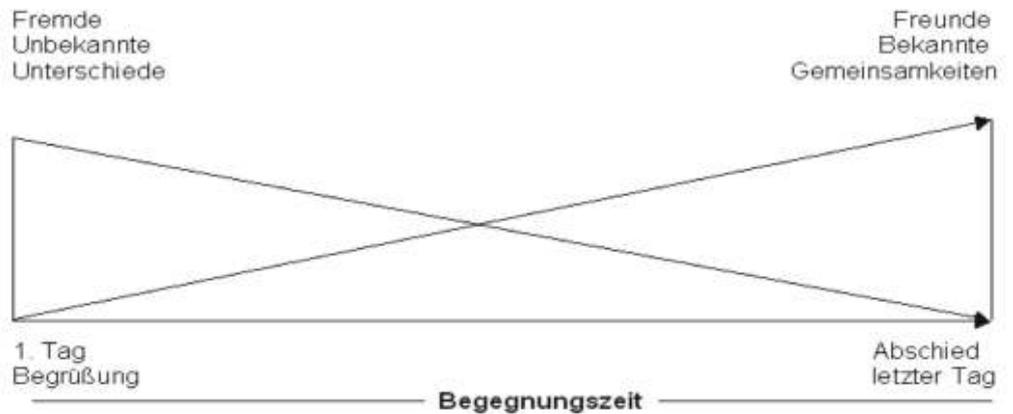
Gerade weil eine solche Schülerevaluation sowohl für die Gruppe als auch für die Leiter so wichtig ist, sei sie hier etwas ausführlicher dargestellt:

**Hauptziele:**

1. Gemeinsamkeiten entdecken
2. Vertrauen erleben
3. Gemeinsam Probleme besprechen und auch lösen
4. Gemeinsam Pläne für die Zukunft machen
5. Aktiv Toleranz üben (Heißt nicht nur hinzunehmen, was der andere sagt, sondern auch in der Lage sein, das, was er sagt, in eigenen Worten wiederzugeben.)

**Zur Verbesserung des Verständnisses:**

Basisabbildung:



(Namen der Schule)  
(Name d. Schülerin/s)

Schülerbegegnung vom...bis.....2007

**Evaluationsbogen** (Zutreffende Einschätzung bitte ankreuzen)

Intensitäts- grad	ü- schieffert	Kaum er- reicht	ein we- nig er- reicht	erreicht	stark er- reicht	sehr stark er- reicht
<b>Hauptziele</b>						
Gemeinsamkeiten entdecken						
Vertrauen erleben						
Gemeinsam Probleme be- sprechen und lö- sen						
Gemeinsam Plä- ne für die Zukunft machen						
Aktiv Toleranz üben						

**Verfahren:**

1. Jede(r) SchülerIn erhält einen solchen Bogen.
2. Er/sie kreuzt an, mit welchem Intensitätsgrad er/sie die genannten Ziele erreicht sah.
3. Er/sie teilt dann mit, bei welchen Programmelementen er/sie diesen Intensitätsgrad ganz besonders spüren konnte.
4. Sollte seine Einschätzung unter den Wert „erreicht“ liegen, gibt er/sie an, was für eine bessere Einschätzung hätte getan werden sollen bzw. was nach seiner/ihrer Meinung gefehlt hat. Für die Werte oberhalb des Intensitätsgrades „erreicht“ gilt ähnliches. Hier wird er/sie rückmelden, mit welchen Programmelementen er/sie besonders zufrieden war. Diese sollte er/sie dann möglichst anschaulich beschreiben können.
5. Alle Evaluationswerte werden schließlich von den Lehrerinnen und Lehrern der Partnerschulen auf einem gemeinsamen Auswertungsbogen zusammengeführt, den SchülerInnen gezeigt und mit ihnen besprochen. So könnte man daraus dann Konsequenzen für das Programm der nächsten Begegnung im Nachbarland ziehen und hätte erneut einen kommunikativen Projektansatz.

**Fazit:**

1. Die Hauptziele des Projekts bestanden darin, Fremdheit zu überwinden und freundschaftliche Vertrautheit aufzubauen. Dazu gehörte es, Gemeinsamkeiten im Alltag zu entdecken und Vertrauen wachsen zu lassen, so dass gemeinsame Zukunftsvisionen eine solide emotionale Basis hatten und vereinbart werden konnten. Damit war zweierlei gelungen: Es wurde ein gemeinsames politisches Bewusstsein entwickelt und zugleich die Integration der Gruppe erhöht.
2. Das breite Methodenrepertoire reichte vom Vortrag über die Metaplantchnik und PPP, die Visualisierung einzelner Gedanken, den Einsatz der Metaplantchnik, eine Plenumsdiskussion und Gruppenarbeit bis hin zur formalisierten Präsentation, Debatte und Abstimmung in einem simulierten parlamentarischen Prozess.
3. Auf Grund der starken Partizipation der TeilnehmerInnen sind Seminarplanung und –realisation weitestgehend kongruent.
4. Das Programm wurde von den TeilnehmerInnen in Planung und Realisation als sehr wertvoll und positiv für ihre weitere Arbeit bewertet.

Wir stimmen mit dieser Bewertung überein und werden auf der Grundlage der von den LehrerInnen zu nutzenden Auswertungsbögen für SchülerInnen das nächste Seminar vorbereiten. Es wird noch stärker dem kommunikativen Ansatz verpflichtet sein als dieses Einstiegsseminar<sup>2</sup>. Am Ende erfuhren wir den Dank und die Freude darüber, dass aus Fremden Freunde wurden.

<sup>2</sup> Das Seminar „Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder: Wie aus Fremden Freunde werden.“ Es war eine Veranstaltung im Rahmen der Regionalpartnerschaft Rheinland-Pfalz/ Wojewodschaft Oppeln und wurde gefördert durch das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, Mainz, das Kuratorium Oświaty w Opolu, das Lehrerfortbildungsinstitut der Diözese Mainz und das Deutsch-Polnischen Jugendwerk in Warschau: Idee und Konzeption: HUBERT LUSZCZYNSKI, DOROTA MICHALSKA-NIEDENTHAL, X. Lyzeum in Krakau. Leitung: HUBERT LUSZCZYNSKI, DOROTA MICHALSKA-NIEDENTHAL, ANDRZEJ POPIOŁEK, Kuratorium Oświaty w Opolu

Michael Wiersing Sudau<sup>1</sup>

## Das unbekannteste Land Europas

**Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, dass die Republik Moldau das am wenigsten bekannte Land Europas ist. Ähnlich wie im Falle der Republik Mazedonien gibt es auch in Rumänien an der Grenze zur Republik Moldau eine Region, die den gleichen rumänischen Namen „Moldova“ trägt. Denkt man dann noch an den Fluss Moldau in Tschechien, ist die Verwirrung perfekt.**

Gelegen zwischen Rumänien und der Ukraine ist die Republik etwas größer als Belgien und verfügt zum gegenwärtigen Zeitpunkt über mehr als vier Millionen Einwohner, Tendenz sinkend. Als Teil des historischen Moldawiens, einer der drei territorialen Einheiten, aus denen sich der Vorläufer des heutigen Rumäniens zusammensetzte, wurde es zum Besitz der Osmanen, bevor es 1812 dem russischen Imperium zugeschlagen wurde. Nicht ohne Druck wurde dieses Gebiet 1918 mit Rumänien wieder vereinigt, dann aber 1940 besetzt und endgültig ab 1944 von der Sowjetunion gewaltsam annektiert. Die Grundlage dafür war wie bei den baltischen Staaten das Geheimabkommen zwischen Hitler-Deutschland und der UdSSR mit den gleichen Konsequenzen, - Deportation nicht nur der rumänischsprachigen Elite nach Sibirien, künstlich hervorgerufene Hungersnöte, um den Bauern die Kollektivwirtschaft aufzuzwingen, etc., wobei das Schicksal Moldaus bis heute wesentlich weniger bekannt ist und dem bis jetzt international kaum Beachtung geschenkt wird. 1991 wurde das Land unabhängig; die historische Bezeichnung *Moldawien* wird seit dem aus Gründen der politischen Korrektheit nicht mehr gebraucht. Seine zu Zeiten der Sowjetunion von Stalin an die Ukraine verschenkten Regionen und damit auch seinen direkten Zugang zum Meer hat das Land - von einem ZEIT-Redakteur in diesem Zusammenhang netterweise einmal ein „Abfallprodukt“ genannt - dabei nicht zurück erhalten. Moldau, in dem zu 80 % Rumänisch als Muttersprache gesprochen wird, ist heute ein souveräner Staat, der, im Verbund mit anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, der seit ihrer Gründung überwiegend eher nutzlosen Gemeinschaft unabhängiger Staaten angehört und militärisch neutral ist. Dazu kommt noch die Mitgliedschaft in der bisher ebenso tatenlosen GUAM genannten Organisation, in der sich Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldau als zum unterschiedlichen Grad westlich interessierte Staaten zusammengeschlossen haben. Während die Visumpflicht für die Republik Moldau seit Beginn 2007 für Ausländer vollständig aufgehoben wurde, müssen die Moldauer aufgrund der Ungerechtigkeit der Geschichte nunmehr für jedes Land westlich ein Visum beantragen.

Die Gagausen, ein kleines Turkvolk (50.000 Menschen), das seit einigen hundert Jahren auf dem Gebiet der heutigen Republik Moldau wohnt, genießen in dem Land Autonomiestatus. Als Ergebnis der russischen Dominanz zu Sowjetzeiten spricht die Mehrheit von ihnen allerdings nicht mehr ihre eigene Sprache, sondern nur mehr

---

<sup>1</sup> Michael Wiersing Sudau ist freier Journalist und lebt seit Herbst 2005 in Chişinău (Republik Moldau).  
M.Wiersing@gmx.net

Russisch, und kennt kaum mehr ihre eigene Kultur. Ebenso überwiegend auf Russisch kommuniziert die Bevölkerung östlich des Flusses Dnjestr, die 1991 die „Moldauische Republik Transnistrien“ ausrief und deren Gründung 1992 zu einem fast fünfmonatigen Krieg zwischen dem moldauischen Zentralstaat und Russland führte, bei dem bis zu 1000 Menschen getötet wurden. Konkret geht es dabei um einen Landstrich, der von der Fläche her etwas kleiner als Luxemburg ist, und wo zu diesem Zeitpunkt bestenfalls noch vierhunderttausend Menschen leben. Bis heute wird das Regime in der Stadt Tiraspol offiziell international von niemandem anerkannt, aber gleichzeitig von Moskau bei einer Vielzahl illegaler Machenschaften gedeckt und unterstützt. Der von Russland 1999 offiziell angekündigte Abzug seiner Soldaten innerhalb von zwei Jahren aus der Region ist bis heute nicht erfolgt; eine demokratische Entwicklung wurde dort nie zugelassen. Russland besetzt damit völkerrechtlich illegal einen souveränen Staat, was so formuliert auch wiederholt von moldauischer Regierungsseite offiziell erklärt wurde. In Moldau existieren außerdem noch Minderheiten von Ukrainern, Bulgaren und Roma; die Deutschen sind so gut wie fast ganz verschwunden, die Verbliebenen sprechen kein Deutsch mehr, sondern in der Regel nur Russisch.

Anders als beim westlichen Nachbarn Rumänien, der zum Januar 2007 Mitglied der Europäischen Union wurde, ist die Situation in Moldova sicherlich deswegen so faszinierend, als dass hier der Umbauprozess von einem ehemals kommunistisch geführten Land - zumal einer ehemaligen Sowjetrepublik - hin zu einem unabhängigen, europäischen Staat noch relativ ziellos verläuft. Während Georgien etwas zu eifrig den USA huldigt, die Ukraine aus ihren innenpolitischen Querelen nicht herauskommt und sich Belarus trotz einiger Probleme politisch-kulturell vorerst noch ganz klar gegen Russland positioniert, befinden sich die Moldauer zu diesem Zeitpunkt wirklich zwischen allen Fronten: Einerseits auf nationaler Ebene zwischen einer mehrheitlich europafreundlichen Bevölkerung und einem pro-russischen, neu-russisch-orthodoxen (im Gegensatz zu rumänisch-orthodox, was näher liegen würde) und gleichzeitig kommunistischen Präsidenten, der diesen Widerspruch dadurch zu lösen sucht, dass er auf internationalem Parkett ständig abwechselnd positive und negative Zeichen in jede der beiden Richtungen aussendet.

Andererseits befindet sich Moldau international eingekeilt zwischen zwei wenig hilfreichen und zum Teil präventösen Nachbarn und dazu noch unter massivem Druck von Seiten Moskaus, das seinen Einfluss in dieser Region nicht verlieren möchte. Zwar dürfte klar sein, dass der deutlich europäische Charakter Moldaus letztlich das Land weiter in Richtung Europa treiben wird. Mit dem ersten Vorsitzenden der kommunistischen Partei Moldaus - zu Sowjetzeiten Polizeidirektor mit Ausbildung in Moskau - im Präsidentenamt sind für die nächsten zwei Jahre bis Frühjahr 2009 allerdings noch keinerlei politischen Veränderungen zu erwarten. Und selbst dann könnte die aktuelle Staatsführung wohl noch ein letztes Mal die Parlamentswahlen gewinnen, denn die Manipulation eines bedeutenden Segmentes der Wähler - eben jener alten Menschen, die geblieben sind, weil sie nicht auswandern können - ist einfach.

Obwohl von Seiten der Regierung demonstrativ von großen Anstrengungen in Richtung europäischer Integration des Landes die Rede ist, so sind doch die konkreten Ergebnisse des Abkommens zwischen der EU und der Republik Moldau bisher äußerst mager und

die europäischen Institutionen - mehr als ein Dutzend Botschaften, die OSZE und die Europäische Delegation - enttäuscht. Plakativ heißt die betreffende Behörde zwar offiziell „Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration“, in Wirklichkeit aber betreibt der staatliche Apparat eine Politik des Hinhaltens gegenüber der demokratischen Staatengemeinschaft. Die EU wiederum blockiert die Entwicklung der moldauischen Zivilgesellschaft dadurch, dass sie seltsamerweise nur vereinzelt Moldau als Teil Südosteuropas anerkennt und es damit im Vergleich mit den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken - die ebenso wenig EU-Mitglieder wie die Republik Moldau sind - deutlich bei der Vergabe von Förderung und insbesondere auch bei kulturell integrierenden Maßnahmen benachteiligt.

Die moldauische Regierung hat praktisch alle Prozesse (bereits mehr als 50) der eigenen Bevölkerung gegen sie vor dem europäischen Menschengerichtshof in Den Haag verloren und weigert sich trotzdem beharrlich, selbst verkündete, eigene Verpflichtungen umzusetzen. In den staatlichen audiovisuellen Medien (nicht aber in der Presse) wird indirekt, aber deutlich Zensur ausgeübt, das Recht auf freie Meinungsäußerung wird nicht respektiert. Transparenz ist für Regierungsinstitutionen ein Fremdwort. Vielleicht hat auch deshalb die Opposition es bisher nicht vermocht, auch nur einen einzigen intelligenten, Vertrauen erweckenden und beliebten Politiker hervorzubringen, der vom Volk gewählt werden würde. Obwohl die Nationalhymne des Landes, „Limba noastră“ (Unsere Sprache), von der Bedeutung der rumänischen Sprache für das moldauische Volk schwärmt - die Unabhängigkeitsbewegung Ende der 80er Jahre machte die Anerkennung dieser zu einer ihrer Hauptforderungen - so darf heute wiederum in keinem offiziellen Dokument davon als „Rumänisch“ die Rede sein. Nach der Annektierung durch die UdSSR wurde die Bevölkerung mehr als 40 Jahre gezwungen, Rumänisch mit kyrillischen Buchstaben zu schreiben; das wurde „Moldawisch“ genannt. Die kommunistische Regierung der Republik Moldau, die bis heute nahezu alle sowjetisch-kommunistischen Feiertage begeht, hat nach ihrer Wahl erneut diese Regelung eingeführt, wenn auch nur noch in Transnistrien das Rumänische nach wie vor auf Grundlage des kyrillischen Alphabets geschrieben wird.

In den 15 Jahren seiner Unabhängigkeit ist Moldau vor allem durch seine wirtschaftlichen Probleme bekannt geworden - in den Statistiken wird es seit Jahren als das ärmste Land Europas ausgewiesen - und belegte vor nicht allzu langer Zeit in einem UN-Bericht den zweiten Platz unter den Ländern, die von den Überweisungen der ins Ausland emigrierten Bevölkerung abhängig sind. Bedingt durch den wirtschaftlichen Einbruch im Agrarbereich, dem wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes, haben seit der Unabhängigkeit deutlich über eine halbe Millionen Menschen - andere Schätzungen sprechen von bis zu einer Million - das Land verlassen und arbeiten zum großen Teil illegal in Italien oder Russland. Bekannt ist das Problem des ausgedehnten Menschenhandels mit jungen Frauen, die überwiegend in der Türkei und arabischen Staaten sexuell ausgebeutet werden. Heute sind ganze Dörfer in der ehemals dicht besiedelten Sowjetrepublik fast ausgestorben oder werden nur noch von Alten und Kindern bewohnt, deren Eltern sie häufig seit vielen Jahren nicht mehr gesehen haben. Die miese wirtschaftliche Lage ist dabei nicht nur die Folge von Entwicklungen vieler Jahre, die man bisher nicht bekämpfen konnte, sondern ebenso von konkreten, aktuellen

Entscheidungen. Als direktes politisches Druckmittel hat Moskau seit dem Frühjahr 2006 ein Importverbot für moldauische Agrarprodukte (vor allem Wein) verhängt und damit den Ruin Dutzender Betriebe provoziert, die bis zu 90 % vom russischen Markt abhängig sind bzw. waren. Gleichzeitig hat die Regierung bisher nur halbherzig die Öffnung der Märkte der EU für ihre Produkte verfolgt.

Die Entwicklungshilfe von Seiten der EU-Staaten fällt überraschend gering aus; die deutsche Hilfe, vertreten insbesondere durch die GTZ, brennt in Europas ärmstem Land auf absoluter Sparflamme, die Arbeit wird von Deutschland aus koordiniert und innerhalb von 16 Jahren wurde in Moldau nicht einmal die Struktur aufgebaut, wie sie in anderen, vom BMZ geförderten Entwicklungsländern mit einer insgesamt besseren Wirtschaftslage existiert. Außerhalb Chişinăus existieren auch in größeren Orten Probleme mit der ständigen Trinkwasserversorgung; in Orten mit einigen zehntausenden Einwohnern haben die Menschen seit vielen Jahren häufig nur ein paar Stunden pro Tag fließend Wasser oder müssen es grundsätzlich aus mittelalterlichen Brunnen heraufholen. Zentralheizung gibt es ebenso so gut wie nirgendwo flächendeckend außerhalb der Hauptstadt. Überall existiert das Problem, wie man mit den Mengen von Plastikmüll fertig wird. Es existiert also alles in allem ein großer Bedarf im Bereich Verbesserung der Infrastruktur. Doch die GTZ, wie auch die Friedrich-Ebert-Stiftung, vertrauen in ihrer Arbeit in Moldau nur auf ein paar einheimische Angestellte, die keinerlei Deutsch beherrschen und sich mit anderen Fragen beschäftigen sollen.

Diejenigen moldauischen Immigranten, die (meistens nur für einen Besuch) zurückkommen, haben die Chancen der einheimischen Bevölkerung noch dadurch deutlich verschlechtert, dass sie mit ihren ersparten Devisen massiv insbesondere Immobilien aufkaufen oder bauen lassen - ein Bauboom neuer, moderner Gebäude ist in der Hauptstadt festzustellen - und als Konsequenz die Lebenshaltungskosten für die Normalbürger in ungeahnte Höhen haben steigen lassen. In Verbindung mit der permanenten Wirtschaftskrise hat das Geld aus dem Ausland die Korruption stark ausgebreitet, welche vor allem auch im Bildungsbereich allgegenwärtig ist.

Ob die Nähe zur EU, an die Moldau jetzt direkt angrenzt, positive wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, bleibt abzuwarten. Ein erstes Ergebnis davon sind auf jeden Fall einige Hunderttausende von Anträgen der Bevölkerung auf Erlangung der rumänischen Staatsbürgerschaft, was den kolonialistisch-nationalistischen Bestrebungen der rumänischen Regierung gelegen kommt, die gleichzeitig aber bei sich im Land die Moldauer gerne auch weiterhin auf anderer Ebene diskriminiert. In Moldau selbst müssen wahrscheinlich noch weitere 15 Jahre vergehen, bis eine positive Entwicklung die ganze Bevölkerung erreicht, die Zahl der Opfer des Überganges von Sowjetrepublik zu einem unabhängigen, lebensfähigen Staat dürfte dabei der Bevölkerungszahl einer komplett verlorenen Generation entsprechen, der es zu Sowjetzeiten vermutlich nicht nur besser, sondern vergleichsweise gut ergangen wäre. Die politischen Freiheiten und das Recht auf freie Meinungsäußerung bringen den Menschen nichts, wenn ihnen ihre auch für nationale Maßstäbe extrem niedrigen Löhne nicht die Möglichkeit geben, diese Rechte auch auszuüben.

Als Teil des ehemaligen Moldawiens sehen die Intellektuellen und Künstler in der Republik Moldau ihre Identität sowohl in der Tradition des entfernten Balkans, als auch

der slawischen Kultur, die der Region trotz allem, gewollt oder ungewollt, über lange Zeit ihren Stempel aufgedrückt hat – um das Land zu verstehen, muss man zweisprachig sein, selbst wenn dabei das Rumänische sicherlich absoluten Vorrang vor dem Russischen hat. Insbesondere moldauer Schriftsteller hoffen darauf, dass sich mit der Mitgliedschaft von Rumänien in der EU auch für sie mehr Möglichkeiten ergeben. Obwohl Moldau nicht über international bekannte Sehenswürdigkeiten verfügt, so kann auf eine Zahl von ansehnlichen alten Klöstern, auf einige in der Tat sehenswerte Naturschönheiten und Dutzende von Weinkellereien hingewiesen werden – moldauischer Wein ist für viele Osteuropäer das Erste, womit sie das Land assoziieren. Geprägt ist Moldau dementsprechend von Hügeln und flachen Ebenen. Die Hauptstadt Chişinău (sprich: *Kischinäu*; erstmals 1436 erwähnt, 700.000 Einwohner), kulturelles und politisches Zentrum des Landes, ist ein überraschend netter Ort, der vor allem unter dem Aspekt des Kennenlernens der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen interessante Begegnungen ermöglicht. Die Stadt zeichnet im Bereich der darstellenden Künste ein beachtenswertes Kulturleben aus, das neben den zehn Theatern und einer Oper besonders durch eine Reihe guter jährlicher internationaler Festivals (Moderner Tanz, Ethno-Jazz, Dokumentarfilme) trotz der erschwerten Finanzierung ein teils bemerkenswertes Niveau erreicht. Die Museen hingegen sind in einem traurigen Zustand. International bekannt ist Moldau als Geburtsort einer der wichtigsten Opernsängerinnen des 20. Jahrhunderts, MARIA CEBOTARI, und in den vergangenen Jahren durch die Eurovisions-Teilnehmer Zdob și Zdub (etwa: Knall auf Fall), und die Boy-Group O-Zone, die mit „Dragostea din tei“ einen weltweiten Top-Hit hatte. Doch während in der Hauptstadt eine Vielzahl von Möglichkeiten herrscht, geht das Leben in den Dörfern und kleinen Städten vorerst wirtschaftlich und kulturell weiter den Bach hinunter. So wurden zum Beispiel die Musik- und Malschulen für Kinder auf den Dörfern und in den kleinen Orten reihenweise geschlossen, ohne irgendwie Alternativen aufzubauen. Das spürbare Ergebnis ist schon jetzt das allmähliche Verschwinden des Nachwuchses kultivierter Bildungsbürger, beispielsweise das Heranwachsen einer Generation von jungen Menschen, deren Bildungsstand deutlich niedriger ist als der ihrer Eltern zu Sowjetzeiten war. Das deutsche Kultur-Engagement vor Ort ist gering, selbst die deutsche Botschaft in Chişinău spricht davon, dass das für Moldau zuständige Goethe-Institut in Bukarest das Land „stiefmütterlich“ behandeln würde; konkret wird von der rumänischen Hauptstadt aus nur deutsches Desinteresse an Moldau signalisiert und werden keinerlei Projekte gefördert. Das steht im deutlichen Unterschied beispielsweise zum polnischen Kulturinstitut, das auch von Bukarest aus aktiv ein attraktives kulturelles Programm für und in Moldau koordiniert und durchführt.

## Die vergessenen Krieger von Moldau

**Als Folge des Endes der Sowjetunion entstanden auf ihrem ehemaligen Gebiet drei Territorialkonflikte, die von russischsprachigen Führern heraufbeschworen wurden und deren Ziel heute die vollständige Annektierung ihrer Gebiete durch Russland ist. Doch während die Konflikte um Abchasien und Süd-Ossetien in**

**Georgien noch vergleichsweise häufig in den westeuropäischen Medien erwähnt werden, ist der bis heute ebenso ungelöste Streit um die moldauische Transnistrienrepublik weitgehend vergessen bzw. so unbekannt, wie das Land zwischen Rumänien und der Ukraine selbst es ist. 15 Jahre nach den kriegerischen Auseinandersetzungen, die die Gründung der auch als Dnjestr-Republik bezeichneten Region ausgelöst hatte, sind es vor allem die ehemaligen Soldaten, die auch von Seiten des offiziellen moldauischen Staates vergessen werden.**

Noch vor der offiziellen Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 und der Unabhängigkeitserklärung der damaligen Sowjetrepublik Moldawien gut fünf Monate vorher hatten fast ein Jahr vorher, im September 1990, Vertreter der russischen Bevölkerung auf dem Gebiet östlich des Flusses Dnjestr an der Grenze zur Ukraine ihre Souveränität erklärt. Konkret geht es dabei um einen Landstrich, der von der Fläche her etwas kleiner als Luxemburg ist, und wo heute bestenfalls noch vierhunderttausend Menschen leben, auf dem Gebiet der Republik Moldau, die etwas größer als Belgien ist und über rund drei Millionen Einwohner verfügt. Aufgrund der Wirren der damaligen Zeit, in denen sowohl Russland als auch die moldauischen Politiker handlungsunfähig waren, erstaunt es nicht, dass kriegerische Auseinandersetzungen zwischen dem moldauischen Staatszentrum in der Hauptstadt Chişinău und der abtrünnigen Region erst viele Monate später begannen. Der Transnistrienkrieg, ein Krieg zwischen der Republik Moldau und Russland, begann Anfang März 1992 und endete mit einem Waffenstillstandsabkommen, das Mitte Juli des gleichen Jahres in Moskau von dem damaligen moldauischen Präsidenten MIRCEA SNEGUR und BORIS JELZIN unterzeichnet wurde.

Neben den geschätzt insgesamt rund 1000 Toten, die auf beiden Seiten zu beklagen waren, werden die Soldaten und die Angehörigen der Gefallenen, welche für die staatliche Einheit auf Regierungsseite gekämpft haben, heute weitestgehend von den offiziellen Stellen der Republik Moldau ignoriert. Unter den Soldaten befanden sich damals gerade erst einmal 16 Jahre alte Jugendliche, die bei Kampfhandlungen Arme oder Beine verloren haben, und heute mit 40 Euro monatlich über die Runden kommen sollen.

In einem Interview der in Chişinău erscheinenden Tageszeitung „Timpul“ mit EDUARD MAICAN, dem Leiter der Nationalen Vereinigung der Veteranen des Unabhängigkeitskrieges (UNVRI), stellte dieser unlängst fest, dass seit 1997 die ehemaligen Soldaten von allen staatlichen Strukturen kaum mehr unterstützt würden. Nachdem zunächst 1992 nach Kriegsende einige Hilfsmaßnahmen ergriffen wurden, hätten die Betroffenen heute sogar weniger Anrechte als „die Straßenköter“. Die Mehrheit der Veteranen sei entweder krank, behindert oder arbeitslos, eine Beschreibung, die traditionell auf die Mehrheit ehemaliger Teilnehmer insbesondere von Bürgerkriegen in der ganzen Welt zutrifft, und an die die nachkommenden Regierungen häufig nicht mehr allzu gerne erinnert werden wollen. In der neuen staatlichen moldauischen Kommission zu Gunsten der Veteranen tauche so, ebenfalls wenig überraschend, niemand auf, der selber Veteran des Krieges sei.

Die Bewegung der ehemaligen Soldaten hat dabei deutlich dadurch an Kraft verloren, dass sie sich in verschiedenen Veteranenverbänden aufgeteilt hat. Ebenso wie bei den Opfern der Sowjetrepressionen, die durch eine Reihe sich gegenseitig behindernder Führer vertreten werden, hat das dazu geführt, dass die Veteranen nicht mehr mit einer Stimme ihren Forderungen Ausdruck geben können. Bei den verschiedenen Organisationen selbst besteht Unsicherheit, wie viele Veteranen es wirklich gibt, wie viele Mitglieder sie haben, wer wirklich gekämpft hat und damit auch die Frage betreffend, wer es eigentlich verdient hat, ein Veteran genannt zu werden und bestimmte Anrechte genießen soll. Laut MAICAN wurde von Seiten des moldauischen Staates nie der Versuch unternommen, die während des Krieges verübten Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, die exakte Zahl der Toten zu ermitteln und das Schicksal der während des Krieges und bis heute verschwundene Personen aufzuklären. In Moldau würden zusammen heute noch rund 50.000 Veteranen aller Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts leben - also des 2. Weltkrieges, des Krieges der Sowjetunion gegen Afghanistan, und schließlich Transnistrien - wobei von 30.000 überlebenden Soldaten und Polizisten des 1992 innerhalb Moldaus ausgetragenen Krieges ausgegangen werden sollte.

Sicher ist, dass von der offiziellen Regierung Moldaus die unklaren Verhältnisse nicht zuletzt dafür genutzt werden, ihr Engagement für die ehemals Staatsbediensteten weiter zu reduzieren. Seit sieben Jahren gibt es einen Konflikt um ein Gebäude in Parlamentsnähe im Stadtzentrum von Chişinău, in dem 56 Familien von Transnistrien- und Afghanistan-Kämpfern wohnen. Das siebenstöckige Wohnhaus ist eigentlich für die Abgeordneten errichtet worden, wurde dann aber von Veteranen besetzt, von denen zuvor viele offensichtlich jahrelang nur in prekären Verhältnissen hier und da untergekommen waren. Obwohl auch die Position des Staates in gewisser Weise verständlich erscheint, tragen doch seine Versuche, den Bewohnern mit Räumung zu drohen, sicherlich nicht dazu bei, die sozialen Probleme der Menschen zu lösen. Ebenso drückt sich der Staat um Hilfeleistungen für die meist rumänischsprachigen Flüchtlinge aus der umstrittenen Region, die von der transnistrischen Regierung aus ihren Heimatorten vertrieben wurden. Wahrscheinlich würde für diese Menschen noch weniger erreicht werden, hätten die Veteranenverbände in der Hauptstadt nicht der Versuchung widerstanden, eigene Parteien zu gründen, womit sie ihre Glaubwürdigkeit auch in den Augen des übrigen Volkes reduziert hätten. MAICAN ist sich der Gefahr der Politisierung seiner Organisation bewusst, wenn er meint: „[In Moldau] existieren heute bereits je drei [sich selbst so bezeichnende] liberale und demokratische Parteien, wenn wir dann auch noch eine Partei aufmachen, was bringt das noch? Die politischen Parteien [in diesem Land] haben jede Glaubwürdigkeit verloren. Alle Parteien und politischen Kräfte die heute existieren, sind die gleichen wie 1990... alle haben sie nur ihren Namen geändert.“ Einschätzungen, die von politischen Beobachtern bestätigt werden.

Neben den sozialen Problemen ärgert die ehemaligen Kämpfer auf der Regierungsseite, dass nicht deutlich ausgesprochen wird, dass es sich 1992 um einen wirklichen Krieg gehandelt hat, in dem Russland durch die 14. Garnison unter Anführung des damals auch im Westen bekannt berüchtigten Generals ALEXANDER LEBED in vorderster Linie

vertreten war. Was die Verschleierung dieser Tatsache außerhalb Moldaus, in Russland, angeht, so überrascht das nicht. Moskau hat es seit Anfang der 90er Jahre immer vermieden, seine Kriegshandlungen beim Namen zu benennen, und lässt so bis heute auch die Kriege gegen die tschetschenische Bevölkerung im offiziellen Sprachgebrauch (im Gegensatz zu den eigenen Soldaten) nur unter der Bezeichnung „Konflikte“ laufen, so, als ob es da um eine kleine Unstimmigkeit zwischen zwei Privatpersonen gegangen wäre. Chişinău hingegen, das von einer kommunistischen, pro-russischen Regierung geführt wird, scheint den Krieg aus dem Grund nicht beim Namen nennen zu wollen, weil es das Verhältnis mit Russland nicht weiter belasten will. Der PUTIN-Staat hat durch ein Importverbot moldauischer Agrarprodukte seit dem Frühjahr 2006 die wirtschaftliche Lage in dem offiziell ohnehin schon ärmsten Land Europas weiter dramatisiert, was die moldauische Regierung als eine Warnung versteht, dass auch ihr kurzerhand von Moskau die noch vorhandene Unterstützung durch ihr Volk entzogen werden könnte. Das Übergehen der ehemaligen Kämpfer für die territoriale Einheit des Landes steht dabei trotz allem im krassen Gegensatz zu dem erklärten Ziel der moldauischen Regierung, das Staatsgebiet inklusive Transnistrien zu erhalten.

Klar ist, dass erst Russlands Intervention in dem Krieg ein Ergebnis herbeigeführt hat, welches für die Bevölkerung in der betroffenen Region die denkbar schlechtesten politischen Bedingungen geschaffen hat. Die „Moldauische Republik Transnistrien“ (PMR) wird bis heute offiziell international von niemandem anerkannt, sogar von Russland nicht, eine demokratische Entwicklung wurde dort nie zugelassen. Freie Wahlen hat es nie gegeben, der selbsternannte Präsident SMIRNOV regiert ununterbrochen seit 1991 und empfängt zum Geburtstag Glückwunschschriften von dem russischen Botschafter in Chişinău, der ihm ein „langes politisches Leben“ wünscht. Moskau deckt und unterstützt das Regime in der Stadt Tiraspol bei einer Vielzahl illegaler Machenschaften und bei schweren Menschenrechtsverletzungen. Darunter fallen auch die regelmäßigen Versuche der Machthaber, die wenigen auf ihrem Territorium verbliebenen rumänischsprachigen Schulen zu schließen, wobei vor Einschüchterungen der Schüler nicht zurückgeschreckt wird. Der von Russland 1999 offiziell angekündigte Abzug seiner Soldaten innerhalb von zwei Jahren aus der Region ist bis heute nicht erfolgt; die Russische Föderation besetzt damit völkerrechtlich illegal einen souveränen Staat, was so formuliert auch in früheren Jahren von moldauischer Regierungsseite offiziell erklärt wurde. Es existieren somit heute Umstände in dem Land wie in Kolumbien, wo die Regierung nicht mehr uneingeschränkt Herr im eigenen Haus ist, und wo dem moldauischen - und wie gesagt pro-russischen - Präsidenten VORONIN 2001 von den so genannten russischen Friedenstruppen die Einreise nach Transnistrien verweigert wurde. VORONIN war bereit, Ende 2003 auf Wunsch der Besatzungsmacht Russland ein Föderalisationsprojekt zu unterzeichnen, das Tiraspols bereits existierende Selbstständigkeit anerkennt, und eine spätere totale Loslösung der „self-made republic“ vom Zentrum erleichtert hätte. Nachdem das moldauische Volk aber massiv dagegen demonstriert hatte, zog auch der Präsident seine Zustimmung kurzfristig zurück. Seitdem ist nichts mehr passiert, Putin besteht auf der Föderalisation, die Europäer wollen den Abzug der russischen Truppen, und die OSZE erreicht gar nichts.

Die Veteranen des Transnistrienkrieges, die in Chişinău wohnen, bezeichnen die Duldung des Regimes in Tiraspol, wie sie nach dem Krieg 1992 durch den moldauischen Staat stattgefunden hat, bis heute als übereilt. Doch EDUARD MAICAN, der 48jährige pro-europäische Veteranenpräsident, weiß auch, dass dort „eine neue Generation herangewachsen ist. Wenn wir damals nur den Erfolg unserer Kampfhandlungen erhofften, so müssen wir jetzt darüber nachdenken, wie wir diese von ihrem Irrweg abbringen können.“ Nichts Leichtes in einer Region, wo alle Medien der quasi-staatlichen Zensur unterstehen, gleichzeitig aber, dank russischer Hilfe, die Kosten für Strom und Gas wesentlich niedriger als im Rest Moldaus sind und es den Pensionären wirtschaftlich besser geht, und sei es nur minimal. Das heißt, wo es schwer ist, der Mehrheit der Menschen verständlich zu machen, dass sie konkret von einem demokratischeren System profitieren könnten. In dem erwähnten Interview betont der ehemalige Polizeimitarbeiter MAICAN aber auch, dass Chişinău die Bevölkerung in Transnistrien nicht vergessen und isolieren dürfe: „Das Beste, was wir tun können, ist eine Hand auszustrecken und den Dialog zu beginnen und die Bürger jenseits des Dnjestr zu unterstützen. Es muss einen Dialog zwischen der Zivilgesellschaft hier und der Zivilgesellschaft dort geben.“

Obwohl der Transnistrienkrieg, eine Mischung aus Bürgerkrieg und Krieg zweier souveräner Staaten gegeneinander, anders als im Falle des ehemaligen Jugoslawiens, relativ wenig Eingang in die moldauische Literatur, Kunst und Kultur gefunden hat, so ist doch die moldauisch-moldauisch/russische Frage in den Medien im „freien Moldau“, das von Chişinău aus regiert wird, ständig präsent. Die Verletzungen von Grundrechten in Transnistrien wird mindestens ebenso intensiv verfolgt wie es in den westdeutschen Medien die Situation in der DDR zu Zeiten des kalten Krieges war. Auch in Moskau dürfte man sich sicher sein, dass die Republik Moldau aufgrund ihres deutlich europäischen Charakters auf Dauer nicht mehr für Russland als Außenposten zu halten ist und auf (sehr) langfristige Sicht Mitglied der EU werden wird. Doch so lange will PUTIN sich Transnistrien als Druckmittel bewahren, nicht zuletzt, um damit die Europäer zu Zugeständnissen zu bewegen. Da es unwahrscheinlich ist, dass die Bevölkerung in Transnistrien freiwillig in den Schoß der Republik Moldau zurückkehrt, besteht die einzige realistische Lösung des Konfliktes darin, dass die Region - die ohnehin niemals dem historischen *Moldawien* angehört hat - Teil der Ukraine wird. Eine russische Enklave wie in Königsberg wird von Seiten des Westens nicht zugelassen werden, und es ist sogar stark zu bezweifeln, dass Moskau die erheblichen damit verbundenen Ausgaben auf Dauer will. Selbst die Tatsache, dass heute bereits eine bedeutende Zahl von Menschen in Transnistrien die russische Staatsbürgerschaft besitzt, dürfte daran nicht viel ändern. Transnistrien war historisch Teil der Ukraine, und bis heute ist die Universität in Tiraspol nicht etwa nach einem russischen, sondern einem betont ukrainischen Unabhängigkeitshelden des 19. Jahrhunderts, TARAS SCHEWTSCHENKO, benannt. Vielleicht wäre da die Einsicht in den Verlust Transnistriens schon heute für die moldauische Regierung in Chişinău der vernünftigeren Ansatz, um in internationalen Verhandlungen so wenigstens eine minimale Rückgabe der mit dem Zweiten Weltkrieg an die Ukraine verlorenen, verhältnismäßig großen Landstriche zu erreichen.

Auf die Frage, ob heute noch einmal jemand die Republik Moldau verteidigen würde angesichts der geringen Unterstützung, die ihre vergessenen Krieger erhalten, antwortet EDUARD MAICAN ohne Illusionen: „Das ist schwer zu sagen. Ich glaube, dass diejenigen, die damals patriotische Gefühle hegten und jetzt noch empfinden, wieder für diese Erde kämpfen würden, trotz aller Schwierigkeiten. Jene, die sie nie gehabt haben, sind so oder so schon vor langem ins Ausland verschwunden.“

*Anna Lena Kersting*<sup>2</sup>

## **Die politische Kultur in Ungarn und Polen. Analyse und Vergleich**

### **I. Einleitung**

Mitte September 2006 wurde Ungarn von schweren Ausschreitungen erschüttert. Die Demonstrationswelle in Budapest rückte den mittelosteuropäischen Staat schlagartig in den Blick der Weltöffentlichkeit. Hatte Ungarn bisher immer als Musterkind der Transformation gegolten, so zeigten sich nun fast bürgerkriegsähnliche Zustände<sup>3</sup>. Doch welche Rückschlüsse lassen die Demonstrationen auf die politische Kultur Ungarns zu? Handelt es sich hierbei um eine Ausnahme, motiviert durch lange angestauten Unmut der Bevölkerung, oder sind sie Ausdruck einer noch defizitären Konsolidierung der Zivilgesellschaft, einer noch nicht ausgereiften demokratischen Kultur, sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf staatlicher Ebene? Zur Beantwortung dieser Fragen ist eine detaillierte Analyse der politischen Kultur notwendig. Darüber hinaus wird interessant zu sehen sein, durch welche Erfahrungen die spezifische Kultur Ungarns geformt wurde und insbesondere welchen Einfluss der Kommunismus hatte.

Was aber ist zunächst politische Kultur? Die Politische Kultur bezeichnet die subjektive Dimension der Politik im Sinne des Verteilungsmusters aller Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System<sup>4</sup>. Über die Orientierung der Bevölkerung hinsichtlich des konkreten politischen Regimes hinaus umfasst die politische Kultur auch die Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe, die den Einstellungen zugrunde liegen<sup>5</sup>. Demnach lassen sich drei Idealtypen der politischen Kultur unterscheiden: die parochiale Kultur, in der das politische System nur wenig in Erscheinung tritt und in der das Leben der Bürger durch Strukturen der privaten Gemeinschaft dominiert ist; die Untertanenkultur, in der sich der Bürger vorwiegend als Objekt staatlichen Handelns versteht; und schließlich die

<sup>2</sup> Die Autorin studiert Politikwissenschaften an der Universität Freiburg.

<sup>3</sup> THOMAS VON AHN: Demokratie oder Straße? Fragile Stabilität in Ungarn, in: Osteuropa 2006, S. 89f.

<sup>4</sup> MARTIN GREIFFENHAGEN/SYLVA GREIFFENHAGEN: Handwörterbuch der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk. 2. Aufl. Wiesbaden 2002, S. 387.

<sup>5</sup> KARL ROHE: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, 1994, S. 1-21, S. 1.

partizipative Kultur, in der der Bürger in das politische System eingebunden ist und sich aktiv beteiligt<sup>6</sup>. Als erfolgreich und damit als Vorbild erscheint ein Mischtypus, die so genannte „civic culture“. Diese Bürgerkultur verbindet Elemente des Traditionalismus mit Modernität, Anerkennung administrativer Autorität mit kritischer Partizipation.<sup>7</sup>

Auf dieser Basis soll nun herausgearbeitet werden, inwieweit sich die politische Kultur Ungarns als eine demokratische darstellt und aufgrund welcher Erfahrungen und Mentalitäten sie sich in der spezifischen Weise herausgeformt hat. Um weiter zu ergründen, welche Ereignisse Einfluss auf die Kultur eines Staates haben, insbesondere welches Gewicht der Zeit der kommunistischen Fremdherrschaft zukommt, soll parallel zur ungarischen auch die polnische politische Kultur analysiert werden. Beide Staaten ähneln sich in ihren äußeren Rahmenbedingungen; es sind Staaten die eine lange Geschichte vorzuweisen haben und in denen die Zeit des Kommunismus und der Transformation ähnlich abgelaufen sind.

Die politische Kultur soll im Rahmen dieser Arbeit anhand der verschiedenen Kategorien zunächst analysiert und anschließend erläutert werden. Aussagen über die Einstellungen der Bürger zu Staat und politischen Institutionen lassen Rückschlüsse über den Bewertungsmaßstab und die Wahrnehmungsmuster zu. Anhand der Zufriedenheit der Gesellschaft mit der abstrakten und konkreten Funktionsweise der Demokratie und der Marktwirtschaft lässt sich erörtern, inwieweit das aktuelle Regime mit den Vorstellungen der Bürger übereinstimmt. Das Vertrauen in Institutionen kann diese Ergebnisse untermauern. Die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten sowie die zivilgesellschaftliche Organisation lassen erkennen, in welchem Maße die Bürger am politischen Geschehen partizipieren. Diese Kategorien sollen im Folgenden untersucht werden.

## II. Analyse und Vergleich der politischen Kulturen Ungarns und Polens

### 1. Einstellung der Gesellschaft gegenüber dem Staat

#### a) Ungarn

Die Einstellung der Ungarn zum Staat ist seit jeher durch Skepsis und Passivität gekennzeichnet. Die Wurzel dieser Haltung liegt in der Nationalgeschichte Ungarns, insbesondere der langen Zeit der Fremdbeherrschung und den Konflikten mit der Habsburger Dynastie. Zwar existiert ein ungarischer Nationalstaat bereits seit ca. 1100 Jahren, dieser war jedoch immer Ziel zahlreicher Angriffe; die Unabhängigkeit wurde seit der Niederlage gegen die Türken 1526 fast kontinuierlich in Frage gestellt<sup>8</sup>. Die Habsburger Herrschaft erstreckte sich über mehr als zweihundert Jahre, von 1699 bis 1918. In dieser Zeit lösten sich Widerstand und Aufstände, Unterdrückung und schließlich mit der Gründung der kaiserlich und königlichen Monarchie 1866 eine gleichberechtigte Koexistenz ab<sup>9</sup>. Während der gesamten Zeit stand die Frage der Beziehung zum Wiener Königshaus im Mittelpunkt aller politischer Aktivitäten in

<sup>6</sup> GABRIEL ALMOND/SYDNEY VERBA: *The Civic Culture Revisited*. Boston, 1980.

<sup>7</sup> GREIFFENHAGEN/GREIFFENHAGEN, S. 392f.

<sup>8</sup> RÜDIGER KIPKE: *Das politische System Ungarns*. Eine Einführung, Wiesbaden, 2005, S. 11f.

<sup>9</sup> Ebd., S. 11f.

Ungarn; diese Konfliktlinie spaltete nicht nur die Politik, sondern auch die Gesellschaft und hinterließ eine skeptische Einstellung der Gesellschaft zum Staat<sup>10</sup>.

Die Doppelmonarchie wies zwar parlamentarische Züge auf, die jedoch nicht mit entsprechenden demokratischen Elementen einhergingen, so dass die Bevölkerung vom politischen Geschehen weitestgehend ausgeschlossen war. Zwar existierten Opposition und Parteien, jedoch war die Regierungspartei dominant und stets durch administrative und politische Mittel abgesichert. Auch das Wahlrecht war stark eingeschränkt.<sup>11</sup> Somit war zwar der Weg zur Massenpolitik geöffnet, die Mobilisierung der Bevölkerung blieb jedoch beschränkt<sup>12</sup>.

Diese Charakteristika blieben auch in der Zeit zwischen 1918 und 1944 größtenteils gültig. Zwar wurde im Anschluss an den Ersten Weltkrieg das universelle Wahlrecht eingeführt, jedoch blieb das Parteiensystem beschränkt und die Regierungspartei dominant<sup>13</sup>. Soziale und wirtschaftliche Krisen, umfangreiche Gebietsverluste und mangelnde politische Konsolidierung ließen das Misstrauen und den Pessimismus der Bevölkerung weiter wachsen<sup>14</sup>.

Passivität, Pessimismus und Misstrauen stellten auch während des Kommunismus die tragenden Elemente der politischen Kultur dar und wurden weiter gefestigt. In den ersten Jahren festigten die Kommunisten ihre Macht durch die Einnahme aller Schlüsselpositionen, dem Verbot von gesellschaftlichen Organisationen und der intensiven Verstaatlichung der Wirtschaft. Ganz in der Tradition des Stalinismus wurden politische Säuberungen und Schauprozesse durchgeführt, Opposition gegen das Regime wurde mit Repression und Verfolgung beantwortet. Diese Gesellschafts- und Staatsordnung bedeutete das Ende des öffentlichen zivilen Engagements in der Bevölkerung. Wer sich nicht am Regime beteiligte, zog sich in den privaten familiären Bereich zurück, der als einziger weitgehend frei von staatlicher Kontrolle blieb. Die Zerschlagung gesellschaftlicher Gemeinschaften führte mehr und mehr zu einer Individualisierung<sup>15</sup>.

Die Unruhen und antisowjetischen Proteste nach dem Tod STALINS, motiviert durch politische und materielle Unzufriedenheit, erreichten auch Ungarn und endeten 1956 im Volksaufstand, der unter der Führung JÁNOS KÁDÁRS blutig niedergeschlagen wurde. Um dennoch die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen, führte Kádár in den folgenden Jahren zahlreiche Reformen durch, die individuelle Freiräume und die Möglichkeit eines kleinen privatwirtschaftlichen Sektors eröffneten<sup>16</sup>. Aufgrund dieser Politik entwickelte sich in Ungarn zunehmend eine „zweite Wirtschaft“, die auf familiärer Basis neben staatlichem Unternehmertum unabhängig vom Regime existierte. Dies hatte zur Folge, dass sich die Gesellschaft nun endgültig vom Staat abtrennte und völlig entpolitisiert jeglicher öffentlicher Aktivität mit Misstrauen begegnete. Die

<sup>10</sup> ANDRÁS KÖRÖSÉNYI/GÁBOR G. FODOR: Das politische System Ungarns. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen, 2. Auflage 2004, S. 359f.

<sup>11</sup> Ebd. S. 360.

<sup>12</sup> ANDRÁS KÖRÖSÉNYI: Government and Politics in Hungary. Budapest, New York, 1999, S. 3.

<sup>13</sup> KÖRÖSÉNYI, S. 4.

<sup>14</sup> KIPKE, S. 13ff.

<sup>15</sup> KÖRÖSÉNYI, S. 12.

<sup>16</sup> KIPKE, S. 21.

öffentliche und die private Sphäre existierten ohne größere Berührungspunkte nebeneinander her, es entstand gewissermaßen eine duale Gesellschaft mit einem geteilten Werte- und Verhaltenskodex<sup>17</sup>.

Diese Struktur erfuhr auch keine Änderung mit der Wende 1989. Weitgehend von der politischen Elite ausgehandelt, brachte der Demokratisierungsprozess kaum Massenmobilisierung und Massenbewegungen mit sich, so dass auch nach der Transition die Entpolitisierung der Bevölkerung ein dauerhaftes Merkmal ungarischer politischer Kultur bleibt. Auch die extreme Individualisierung der Gesellschaft besteht fort, kollektive Aktivitäten nehmen einen eher geringen Stellenwert ein<sup>18</sup>. Skepsis und Misstrauen gegenüber staatlicher Herrschaft sind ebenfalls weiterhin zentrale Punkte und wurden durch die allgemeine Enttäuschung über das politische und ökonomische Versagen des Sozialismus, aber auch durch die Ernüchterung hinsichtlich der Performanz des neuen Staatssystems, die der anfänglichen Euphorie über die Demokratisierung folgte, erneuert.

#### b) Polen

Die Einstellung der polnischen Gesellschaft gegenüber dem Staat ist seit jeher charakterisiert durch die Dichotomie „my i oni“ – „wir und sie“, die den Antagonismus der polnischen Gesellschaft zur (fremden) Obrigkeit beschreibt<sup>19</sup>. Die lange Zeit der Fremdherrschaft weckte auch bei den Polen eine tief verwurzelte politische Reserviertheit. Die grundsätzliche Abneigung gegen die Staatsgewalt wurde bereits zur Zeit der Teilungen im 18./19. Jahrhundert begründet. Sie setzte sich während der deutschen Besetzung fort und wurde während der Zeit des kommunistischen Regimes verfestigt<sup>20</sup>. Zwar verbesserte sich die Einstellung zum Staat mit der Unabhängigkeit 1918, mit dem man sich nun uneingeschränkt identifizierte, jedoch kehrten Abneigung und Misstrauen mit dem Staatsstreich 1926 zurück<sup>21</sup>. Erhalten blieb jedoch die Erkenntnis, dass die territoriale Unabhängigkeit und damit ein polnischer Staat als solcher als höchstes Gut anzusehen sind und unter allen Umständen geschützt werden müssen. Dies führte zu dem paradox anmutenden Verhalten, zwar die fremde Staatsgewalt abzulehnen, jedoch von aktivem Widerstand und Opposition abzusehen, um den Staat Polen und dessen Gesellschaft vor wiederholter Teilung und Abspaltungen zu schützen. Die vorher getrennt voneinander stehenden Subjekte Staat und Gesellschaft wurden gleichsam vereint gegen eine fremde obrigkeitliche Macht<sup>22</sup>.

In der Zeit des Kommunismus wurde diese Tradition fortgeführt. Die Machtpyramide und die Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens durch den Staat, gegen den Opposition jenseits anarchischen Verhaltens nicht möglich war, hinterließen ein Gefühl

<sup>17</sup> KÖRÖSÉNYI, S. 12f.

<sup>18</sup> KÖRÖSÉNYI/FODOR, S. 360; s. auch KÖRÖSÉNYI, S. 13, Tabelle 1.

<sup>19</sup> MARKUS MILDENBERGER: Zwischen Konsens und Polarität. Zur Entwicklung der demokratischen politischen Kultur in Polen, APuZ 1998, S. 40.

<sup>20</sup> JERRY HOLZER: Die politische Kultur Polens: Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Politik 1991, S. 393.

<sup>21</sup> HOLZER, S. 395.

<sup>22</sup> Ebd., S. 395, 399.

der Ohnmacht in der Bevölkerung, das die negative Grundeinstellung weiter verfestigte<sup>23</sup>.

Eng verknüpft mit der negativen Wahrnehmung des Staatsapparates sind das Prinzip des nationalen Widerstands und der Grundsatz nationaler Solidarität, die ihren Ausdruck vor allem in den polnischen Aufständen fanden<sup>24</sup>. Gemeint ist zum einen das Ethos des Handelns im nationalen Interesse gegen die fremde Obrigkeit, dem alle gesellschaftlichen Aktivitäten untergeordnet waren. Nationale Solidarität bezeichnet hierbei die gegenseitige Unterstützung und Loyalität der Bevölkerung untereinander angesichts der Repressalien der fremden Staatsgewalt. Auch diese Merkmale entwickelten sich während des 18./19. Jahrhunderts, erfuhren jedoch Verschärfungen in der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Intensität der Repression und des Drucks unter der deutschen Besatzungsmacht führte zu einer Verabsolutierung der Grundsätze des Widerstands und der Solidarität, die in einer Art Verpflichtung zur Opferbereitschaft gipfelte<sup>25</sup>.

Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten trat, motiviert durch die Kriegserfahrungen, an die Stelle des vorher so wichtigen nationalen Kampfes zunächst Nüchternheit und der Wille zur Vermeidung von Blutvergießen<sup>26</sup>. Eine Aktualisierung erfuhren diese Grundsätze jedoch zur Zeit des gesellschaftlichen Protestes unter der Solidarność mit dem erneuten Versuch, die Gesellschaft von unten her gegen das fremde Regime zu organisieren<sup>27</sup>.

An der Selbstorganisation des polnischen Volkes war maßgeblich auch die katholische Kirche beteiligt, deren Wahrnehmung von den Anfängen des polnischen Staatswesens an eine besondere Rolle in der polnischen politischen Kultur spielte. Sie ersetzte die Organisationskraft der Staatsgewalt und verhalf so der Gesellschaft zu wirkungsvollem Widerstand gegen den Staat<sup>28</sup>. Während der Teilung Polens und der deutschen Besetzung war es beispielsweise die katholische Kirche, die im Untergrund die polnische Kultur weiterhin pflegte und ihr ein Forum ermöglichte<sup>29</sup>. Auch während des Kommunismus behielt die katholische Kirche weitestgehend ihre Unabhängigkeit bei und durfte ihre Lehre weiterhin frei verkünden. Daher blieb sie im Bewusstsein der Bevölkerung präsent und bildete ein bedeutendes Element politischer Kultur<sup>30</sup>. Sie trug schließlich auch entscheidend zu Bildung und Erfolg des Runden Tisches sowie der Einführung der Demokratie bei<sup>31</sup>.

Der neue soziopolitische Rahmen bereitete der Kirche jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Sie verlor trotz zahlreicher Bemühungen weitestgehend ihre Stellung

<sup>23</sup> Ebd., S. 398.

<sup>24</sup> RUDOLF JAWORSKI/NORA KOESTLER: Der historische Imperativ in der politischen Kultur Polens. In: GERD MEYER/ FRANCISZEK RYSZKA (Hrsg.): Die politische Kultur Polens. Tübingen, 1989; S. 61.

<sup>25</sup> HOLZER, S. 393f, 396f.

<sup>26</sup> Ebd., S. 400.

<sup>27</sup> MILDENBERGER, S. 40.

<sup>28</sup> GERD MEYER: Einleitung: Die politische Kultur Polens in den 80er Jahren – ein Überblick, in: GERD MEYER/ FRANCISZEK RYSZKA (Hrsg.): Die politische Kultur Polens, Tübingen, 1989, S. 5.

<sup>29</sup> ALBERT VOGEL: Politische Kultur in Polen. Zur Entwicklung politischer Einstellungsmuster bis zur „Danzig-Krise“ 1980/81, Frankfurt/Main, 1984, S. 198.

<sup>30</sup> HOLZER, S. 398f.

<sup>31</sup> KLAUS ZIEMER: Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren. in: ApuZ 1998, S. 36; vgl. auch Vogel, S. 204.

als politische Macht. Insbesondere bei den brisanten Themen Religionsunterricht und Abtreibungsverbot hat sich gezeigt, dass offener Katholizismus eher desintegrierend wirkt. Damit hat sich dessen Rolle ins Negative verkehrt<sup>32</sup>. Auch innerlich zersplitterte die Kirche; polarisierend trat insbesondere die fundamentalistische und national-klerikale Gruppe um „Radio Maryja“ an die Öffentlichkeit<sup>33</sup>. Die (erfolgreiche) Unterstützung der Kaczyńskis im Wahlkampf 2005 brachte dem Gründer TADEUSZ RYDZYK und diesem Flügel der Kirche politischen Auftrieb, so dass „Radio Maryja“ einer Stellung als Staatsmedium entgegenstrebt und eine breite Öffentlichkeit erreicht<sup>34</sup>. Jedoch zeigen sich auch fortschrittliche Tendenzen, besondere Beachtung fand die nach langer Zeit der Vorbehalte positive Äußerung einer Bischofsdelegation zum EU-Beitritt Polens 1997<sup>35</sup>. Insgesamt hat die Bedeutung der katholischen Kirche jedoch stark nachgelassen.

Abschließend bleibt noch auf den polnischen Nationalismus einzugehen. Er gewann im 19. Jahrhundert, wie generell in Europa, auch im geteilten Polen einen immer stärkeren Einfluss auf die politische Kultur. Die Wiedererrichtung eines Nationalstaates und die Wahrung der polnischen Kultur war ein zentrales Thema innerhalb der unterdrückten Gesellschaft<sup>36</sup>. Zwar besänftigte die Unabhängigkeit 1919 die Forderungen nach der völligen Unterordnung der Einzelinteressen unter die objektiven Interessen der Nation, eine Abmilderung des Nationalismus verband sich damit jedoch nicht. Mehr und mehr setzte sich das Ideal eines monolithischen Nationalstaates durch, in dessen Folge verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Polen und den ukrainischen und deutschen Minderheiten drastisch<sup>37</sup>.

Die erneute Teilung Polens und die nationalsozialistische Vernichtungspolitik führten zu einer Verabsolutierung der bereits erwähnten Bereitschaft zu Widerstand und nationalem Kampf und führten zu einer breiten Widerstandsbewegung, die sich freilich auf den polnischen Teil der Bevölkerung beschränkte. Aufgrund des ausgeprägten Misstrauens und des unterschiedlichen Verhältnisses der verschiedenen Ethnien zur Besatzermacht erhöhten sich die Spannungen und ließen 1943 schließlich den polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg ausbrechen.

Diese kollektiven Erfahrungen reichten bis in den Kommunismus hinein und prägten das politische Denken und Handeln in erheblichem Maße. Die Symbole und Rhetorik des romantischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts wurden wieder aufgegriffen und zur Legitimation der kommunistischen Herrschaft instrumentalisiert. Insofern verfestigte sich der bereits im Zweiten Weltkrieg angelegte Wandel von einem defensiv verstandenen zu einem aggressiven Nationalismus<sup>38</sup>. Das Anti-Deutschtum steigerte sich bis ins Groteske<sup>39</sup>.

<sup>32</sup> HOLZER, S. 404.

<sup>33</sup> ZIEMER, S. 36.

<sup>34</sup> ULRIKE KIND: Der Kurs der Zwillinge. Polen nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, in: Herder Korrespondenz 2006, S. 105f.

<sup>35</sup> ZIEMER, S. 37.

<sup>36</sup> PHILIP THER: Nationalismus in der politischen Kultur Polens 1945-1956, in: WERNER BRAMKE (Hrsg.): Politische Kultur in Ostmittel- und Südosteuropa, Leipzig, 1999, S. 163.

<sup>37</sup> Ebd., S. 163f.

<sup>38</sup> HOLZER, S. 399.

<sup>39</sup> S. hierzu THER, S. 170f., 161.

Mit dem Ende des Stalinismus kehrte sich der Nationalismus wieder nach innen, so dass nun mit besonderer Heftigkeit der Antisemitismus ausbrach. In Folge dessen verließen dann die meisten Juden, die den Holocaust überlebt hatten, Polen<sup>40</sup>. Damit war der Nationalismus seines Gegenpols beraubt, so dass er letztlich an Bedeutung verlor<sup>41</sup>.

Der neue sozioökonomische Rahmen nach der Wende bietet dem tief verwurzelten Nationalismus jedoch neuen Nährboden. Zwar verbesserte sich aufgrund beidseitiger Bemühungen das Verhältnis zu Deutschland, jedoch hinterlassen die Enttäuschung über die Auswirkungen der Demokratisierung, soziale Unsicherheit und der Einfluss fremden Kapitals auf dem polnischen Markt ein Gefühl der Angst vor Fremdem und Neuem, das sich zunehmend in Regionalismus ausdrückt<sup>42</sup>. Hinzu kommt der zur Nationalstaatsbildung gegenläufige Prozess der Europäisierung, der erneut ein Gefühl der Bedrohung auslöst<sup>43</sup>. Dieser Trend zeigt sich auch in der Wahl der konservativen PiS mit den KACZYŃSKI-Brüdern an der Spitze, deren nationale Linie polarisierend wirkt und die eine betont reservierte Stellung zur EU einnehmen<sup>44</sup>.

## 2. Vertrauen in Institutionen und Zufriedenheit/Unterstützung für Demokratie und Marktwirtschaft

### a) Ungarn

Das Vertrauen der Gesellschaft in die politischen Institutionen ist in Ungarn gering. Genossen die meisten Institutionen direkt nach der Wende noch überwiegend das Vertrauen der Bürger, so sank deren Zahl mit den Jahren kontinuierlich. 1991 besaßen so gut wie alle wichtigen politischen Einrichtungen das Vertrauen von mehr als der Hälfte der Bürger, die sie repräsentierten. Der Durchschnitt lag bei 60 %. Diese Zahl hat sich bis 2001 um gut 10 % verschlechtert<sup>45</sup>. Auffällig ist, dass, je näher sich die betroffene Institution am tagespolitischen Geschehen befindet, desto niedriger das Vertrauen in sie ist<sup>46</sup>. 2001 hatten so zum Beispiel knapp 70 % Zutrauen zu Staatspräsident und Verfassungsgericht, aber nur 32 %, bzw. 37 % Vertrauen zu Gewerkschaften bzw. Parteien<sup>47</sup>. Zwar ist das Vertrauensniveau für solche Institutionen seit dem Tief Mitte der 1990er Jahre wieder am steigen, es hat allerdings nach wie vor nicht das Niveau von kurz nach der Transition erreicht.

Ähnlich schlecht steht es um die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie und Marktwirtschaft in Ungarn. Nur weniger als ein Drittel zeigte sich von der konkreten Arbeitsweise überzeugt<sup>48</sup>. Diese Werte haben sich seit der Wende nicht geändert. Allerdings ist die abstrakte Unterstützung für Demokratie und Marktwirtschaft ungebrochen hoch<sup>49</sup>.

<sup>40</sup> HOLZER, S. 400.

<sup>41</sup> THER, S. 175.

<sup>42</sup> HOLZER, S. 403f.

<sup>43</sup> ANNA WOLFF-POWESKA: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften. In: WERNER WEIDENFELD (Hg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa, Bonn, 1995; S. 49.

<sup>44</sup> Vgl. KIND, S. 102, 104.

<sup>45</sup> KÖRÖSÉNYI/FODOR, S. 361, Tabelle 13.

<sup>46</sup> KÖRÖSÉNYI, S. 20.

<sup>47</sup> Ebd. Tabelle 13

<sup>48</sup> KÖRÖSÉNYI/FODOR, S. 361, Abbildung 2

<sup>49</sup> Ebd., S. 360.

Letzteres lässt sich damit erklären, dass in Ungarn, wie in allen Transformationsstaaten die Erwartungen an das neue System unrealistisch hoch waren<sup>50</sup>. Die Bevölkerung hoffte, dass sich die positiven Auswirkungen auf ihren Lebensstandard sehr bald spüren lassen würden. Mit der Erkenntnis, dass die Umsetzung mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde und vor den Früchten der Transformation erst einmal diverse Krisen überwunden werden müssen, sank auch die Unterstützung für weitere Reformen und den politischen Prozess. Für die nicht erfüllten Hoffnungen wurden die Regierungen der Reformphase verantwortlich gemacht, nicht die Machthaber des Kommunismus, die den Staat in desolater Lage hinterließen<sup>51</sup>.

Eine Erklärung für das mangelnde Vertrauen bietet die Erfahrung der Bevölkerung, dass trotz der Demokratisierung des Systems nach wie vor Korruption das tagespolitische Geschehen dominiert<sup>52</sup>. Die Erkenntnis, dass auch das neue politische System nicht in der gewünschten Art und Weise arbeitet und Erfolge erzielt, drängt sich der Bevölkerung darüber hinaus am Offensichtlichsten bei den Institutionen auf, mit denen sie tagtäglich konfrontiert wird und die sich hauptsächlich um alltägliche Probleme kümmern. Parteipolitisches Gezänk und personelle Klischees sind an der Tagesordnung und lassen das Vertrauen schwinden. Bei den hohen Staatsinstitutionen wie Verfassungsgericht und Präsident tritt der institutionelle Aspekt stärker in den Vordergrund, was sich positiv auswirkt<sup>53</sup>.

#### *b) Polen*

Auch in Polen ist das Vertrauen in die Institutionen begrenzt. Positiv werden momentan nur der Staatspräsident, die Polizei und das Militär wahrgenommen, deren Zutrauen in der Bevölkerung bei 80% bzw. knapp 70 % liegt. Starkem Misstrauen hingegen sehen sich in der Gesellschaft Sejm und Senat mit 25% bzw. 31 % Vertrauen sowie das Justizwesen mit 24 % ausgesetzt. Das Schlusslicht bilden die Gewerkschaften Solidarność mit 13 % und OPPZ mit 15 %<sup>54</sup>.

Die Akzeptanz der neuen politischen und sozioökonomischen Ordnung stellt sich ähnlich wie in Ungarn dar. Während der Großteil der Bevölkerung abstrakt Demokratie und Marktwirtschaft unterstützt, zeigten sich 2002 nur 24 % zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Polen. Lediglich 58 % betrachten die Wende 1989 positiv<sup>55</sup>.

Grund für diese schwachen Zahlen ist, wie auch in Ungarn, die Enttäuschung der Bevölkerung über die Auswirkungen der Transformation und die Wahrnehmung der politischen Eliten als primär am Eigennutz orientiert<sup>56</sup>. Hinzu kommt die bereits oben angesprochene spezifisch polnische grundsätzliche Abneigung gegen die Staatsgewalt. Das auf den ersten Blick verwundernde schlechte Image der Gewerkschaften gründet

<sup>50</sup> KIPKE, S. 42f.

<sup>51</sup> WOLFF-POWESKA, S. 44.

<sup>52</sup> KÖRÖSÉNYI/FODOR, S. 361.

<sup>53</sup> KIPKE, S. 44.

<sup>54</sup> KLAUS ZIEMER/ CLAUDIA-YVETTE MATTHES: Das politische System Polens. In: WOLFGANG ISMAYR (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen, 2. Auflage 2004; S. 234, Tabelle 11.

<sup>55</sup> Ebd., S. 233, Tabelle 10.

<sup>56</sup> Ebd., S. 232.

unter anderem darin, dass sie, mit dem Zusammenbruch des autoritären Regimes ihres Gegenspielers beraubt, nur schwer im neu entstehenden Privatsektor Fuß fassen<sup>57</sup>. Abgrenzungsschwierigkeiten insbesondere der Gewerkschaft Solidarność zum Bürgerkomitee und zur parteilich aktiven Fraktion sowie der uneinheitliche Wirkungsanspruch fügten dem Ansehen der Gewerkschaften in der Gesellschaft weiteren Schaden zu<sup>58</sup>.

### 3. Wahlbeteiligung und Wahlverhalten

#### a) Ungarn

Die Wahlbeteiligung in Ungarn in den 1990er Jahren war eher gering. Zwar stieg sie von 65% (erster Wahldurchgang) bzw. 45 % (zweiter Durchgang) 1990 bis 1994 auf 69 % bzw. 55 % 1994, jedoch fiel sie bis 1998 wieder auf 56 % bzw. 57 %<sup>59</sup>. Damit lag die Wahlbeteiligung in Ungarn deutlich unter den Zahlen der meisten westeuropäischen Staaten, aber auch hinter der Mehrheit der mittelosteuropäischen Transformationsstaaten<sup>60</sup>.

Hinter diesen Zahlen stehen verschiedene Motive. Eine wichtige Rolle spielt die lange Tradition der Entpolitisierung der Gesellschaft, die durch die starke Beschneidung der demokratischen Bürgerrechte während des österreichisch-ungarischen Parlamentarismus und den folgenden kürzeren Regierungssystemen 1867 bis 1939 begründet, und durch die Demobilisierungs- und Depolitisierungsperiode des KÁDÁR-Regimes 1957 bis 1988 verfestigt wurde<sup>61</sup>. Diese Passivität der Ungarn erfuhr auch durch den Transformationsprozess keine Änderung. Während in Polen das autokratische System unter dem Druck von Massenbewegungen der Bevölkerung zusammenbrach, stellte sich der Systemwechsel in Ungarn als Produkt eines Verhandlungsprozesses der politischen Eliten dar<sup>62</sup>. Eng mit diesen beiden Punkten verbunden ist der bereits erwähnte steigende Trend zur Individualisierung. All dies führte zu einer niedrigen politischen Partizipation der Bevölkerung, die sich nicht nur in niedriger Wahlbeteiligung niederschlug, sondern auch andere Bereiche der politischen Aktivität, z. B. Boykotte, Demonstrationen und Streiks, erfasste.

Durch dieses niedrige Niveau motiviert, entwickelten die politischen Akteure zur Wahl 2002 eine Mobilisierungsstrategie mit Massenversammlungen, direkter Ansprache der Wählerschaft durch die Parteien und die Mittel symbolischer Politik, in deren Folge die Wahlbeteiligung ein sensationelles Hoch von 71 % im ersten Durchgang und 73,4 % im zweiten Durchgang erreichte<sup>63</sup>. Zu der Mobilisierungsstrategie hinzu kam die Angst der Bevölkerung vor einer Destabilisierung, ausgelöst durch den „entgleisten“ Wahlkampf, der sich zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die politische Richtung entwickelte, und die Furcht vor dem Aufblühen rechtspopulistischer

<sup>57</sup> ZIEMER, S. 35.

<sup>58</sup> ZIEMER, S. 35.

<sup>59</sup> KÖRÖSÉNYI/FODOR, S. 346..

<sup>60</sup> KÖRÖSÉNYI, S. 21.

<sup>61</sup> Ebd., S. 23f.

<sup>62</sup> Ebd., S. 23.

<sup>63</sup> GERHARD SCHÜSSELBAUER: Ungarns langer Weg zurück zur demokratischen Kultur. In: Südosteuropamitteilungen 2002, S. 78.

Tendenzen, die von der rechtsradikalen MIÉP auf die konservative FIDESZ überzugreifen schienen<sup>64</sup>. Die Wahlen 2006 bestätigten den Trend, die Beteiligung lag nun bei 65 %<sup>65</sup>.

Ein weiteres wichtiges Merkmal des Wahlverhaltens ist die eher schwach ausgeprägte Parteibindung und der hohe Anteil an Wechselwählern. Die Wähler reagieren zumeist auf kurzfristige Faktoren wie Persönlichkeiten und Wahlkampagnen<sup>66</sup>. Jedoch hat die Wiederwahl der sozial-liberalen Koalition 2006 gezeigt, dass die ungeschriebene Regel „They never come back“<sup>67</sup> für Ungarn doch nicht gilt. Das Wahlergebnis spricht für das Ende der Transformationsphase in Bezug auf politische Parteien und für eine Stabilisierung der Parteienlandschaft und des Wahlverhaltens<sup>68</sup>. Demnach scheint sich in Ungarn eine Parteienlandschaft zu konsolidieren, die aus zwei großen Volksparteien (MSZP und FIDESZ) sowie zwei kleineren „Zünglein an der Waage“, dem SZDSZ und dem MDF, besteht<sup>69</sup>. Das Verhalten der Wähler orientiert sich stärker an Inhalten und richtet sich an den Gegensätzen Zentrum/Peripherie sowie national/kosmopolitisch aus<sup>70</sup>.

#### b) Polen

Das Wahlverhalten der polnischen Bevölkerung zeichnet sich durch eine kontinuierlich hohe Wahlabstinenz aus. Fast ein Drittel der Wahlberechtigten geht nie zur Wahl. Selbst bei den Wahlen von 1989, die eine extrem hohe Mobilisierungswirkung auf die Bevölkerung ausübte und die schließlich zum Systemwechsel führte, gingen nur 48 % zur Urne<sup>71</sup>. Die Wahlbeteiligung zu den Parlamentswahlen 1991 bis 2001 lag konstant bei ca. 50 %<sup>72</sup>, sie sank 2005 jedoch wieder auf 40,5 %<sup>73</sup> und ist damit im internationalen Vergleich eine der niedrigsten<sup>74</sup>.

Die Gründe hierfür sind vielfältig und spiegeln größtenteils die allgemeinen Probleme der Transformationsstaaten wider. Der soziale Abstieg vieler im Sozialismus führender Berufsgruppen, die hohe Arbeitslosigkeit, die wachsende Diskrepanz der Einkommen und die für die breiten Bevölkerungsschichten unverständlichen Konflikte um politische Persönlichkeiten ziehen Desorientierung und Unsicherheit der Gesellschaft nach sich<sup>75</sup>. Den Befürwortern und Gegnern des Systems steht zum Teil eine ambivalent eingestellte Gruppe gegenüber, zum Teil aber auch ein politisch völlig desinteressierter Personenkreis, der sich gänzlich in sein Privatleben zurückgezogen hat<sup>76</sup>. Auf die Ideologisierung des politischen Lebens reagiert diese Gruppe mit Passivität und

<sup>64</sup> SCHÜSSELBAUER, S. 78.

<sup>65</sup> ERVIN CSIZMADIA: Ungarn sucht den Superstar. Die ungarischen Parlamentswahlen 2006, in: Osteuropa 2006, S. 75.

<sup>66</sup> KÖRÖSÉNYI/FODOR, S. 346.

<sup>67</sup> SCHÜSSELBAUER, S. 77, in Bezug darauf, dass es für Regierungen keine Wiederwahl geben kann.

<sup>68</sup> JÜRGEN DIERINGER: Ungarn nach den Wahlen. In: Schweizer Monatshefte 2006, S. 7.

<sup>69</sup> DIERINGER, S. 7.

<sup>70</sup> Ebd., S. 9.

<sup>71</sup> MILDENBERGER, S. 39.

<sup>72</sup> ZIEMER/MATTHES, S. 205, Tabelle 4.

<sup>73</sup> National Electoral Commission: Elections 2005, unter: <http://www.wybory2005.pkw.gov.pl/>. [Stand: 06. 04. 2007]

<sup>74</sup> ZIEMER/MATTHES, S. 218.

<sup>75</sup> Ebd.

<sup>76</sup> Ebd., S. 232.

politischer Entfremdung. Das tägliche Leben wird auf einen kleinen apolitischen Raum beschränkt<sup>77</sup>. Diese Haltung knüpft an den bereits genannten polnischen Antagonismus des „my i oni“ an, der nach wie vor in der Gesellschaft verwurzelt ist<sup>78</sup>.

Trotz der hohen Wahlabstinz ist das polnische Wahlverhalten durch Stabilität gekennzeichnet, die sich in einer zunehmenden Konstanz der regionalen Stimmverteilung ausdrückt<sup>79</sup>. Während der wirtschaftlich weiter entwickelte Westen, mit Ausnahme der Solidarność-Hochburg Danzig, eher links, also SLD-orientiert ist, ist der ärmere Süden und Südosten eher konservativ eingestellt<sup>80</sup>. Doch auch trotz dieser Annäherung an westliche Strukturen bleibt die extrem niedrige Parteiidentifizierung negativ anzumerken<sup>81</sup>.

#### 4. Zivilgesellschaftliche Organisation und bürgerliches Engagement

##### a) Ungarn

Die Zivilgesellschaft in Ungarn ist eher „still“. Im Vordergrund der ungarischen Bevölkerung stehen wie bereits beschrieben eher Partikularinteressen. Dennoch hat der Demokratisierungsprozess auch das zivilgesellschaftliche Engagement gefördert und ihm einen neuen Aktionsraum eröffnet<sup>82</sup>. Die Grundstrukturen für zivile Aktivitäten waren bereits während des Kádár-Regimes vorhanden. Sie waren jedoch von autoritären politischen Bedingungen geprägt, die öffentliches Engagement unmöglich machten. Daher entwickelte sich parallel zu der dualen Gesellschaft auch eine zweite Öffentlichkeit, in der sich informelle Bewegungen und Subkulturen ansiedelten. Aufgrund der Unterdrückung durch den Parteienstaat konnten diese Organisationen jedoch nur einen geringen Anteil der Bevölkerung ansprechen<sup>83</sup>.

Im Rahmen der Demokratisierung erfolgte dann eine Reaktivierung der Öffentlichkeit, der Diskurs in der Gesellschaft wurde belebt. Die Dynamik der Bewegung und Gegenbewegung zeigte sich in Ungarn besonders deutlich anlässlich der Konflikte um das Abtreibungsverbot, die staatliche Unterstützung der Kirchen und den Religionsunterricht in den Schulen<sup>84</sup>. Jedoch stellte die Veränderung der Rahmenbedingungen die zivilen Aktivitäten vor Probleme. Bereits existierende Bewegungen agieren heute zumeist auf der politischen Ebene und gehören somit nicht mehr zum zivilen Bereich. Die Bewegungen, die ihre zivile Organisation beibehalten haben, sind aufgrund aktueller Fragen häufig in Randbereiche verdrängt worden; die ehemals zentralen Fragen spielen kaum noch eine Rolle. Sie durchlaufen auf der Suche nach einer neuen Identität schwierige Krisen und Konflikte im Hinblick auf Führung, Organisation und Aktionsform<sup>85</sup>.

<sup>77</sup> MILDENBERGER, S. 41.

<sup>78</sup> Ebd., S. 40.

<sup>79</sup> ZIEMER, S. 37f.

<sup>80</sup> ZIEMER/MATTHES, S. 219.

<sup>81</sup> FRITZ PLASSER/PETER A. ULRAM/ HARALD WALDRAUCH (Hrsg.): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen, 1997, S. 173ff., Tabellen 36-41.

<sup>82</sup> MÁTÉ SZABÓ: Die Zivilgesellschaft in Ungarn vor und nach der Wende, in: APuZ 1998, 21, S. 26f.

<sup>83</sup> Ebd., S. 21f.

<sup>84</sup> Ebd., S. 24.

<sup>85</sup> Ebd., S. 26.

*b) Polen*

Im Gegensatz zu Ungarn war ziviles Engagement als Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem Staat in Polen schon immer ein wesentlicher Bestandteil der Kultur. Während des Kommunismus war hierfür insbesondere die Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) 1976 von Bedeutung. Dieses ermöglichte den legalen Aufbau der Gewerkschaft Solidarność 1980, die wesentlich für die Verhandlungen am Runden Tisch und die Demokratisierung verantwortlich war<sup>86</sup>.

Trotz des Erfolges des Solidarność 1989 stieß der Aufbau ziviler Strukturen nach der Wende auf beträchtliche Probleme. War das Engagement bisher darauf ausgerichtet, die Gesellschaft vor dem (kommunistischen) Staat zu schützen, so musste man sich nun auf den Schutz des Staates und die Kooperation ausrichten<sup>87</sup>. Das Durcheinander, das bei der Beseitigung der alten Wirtschaftsordnung entstand, schaffte Verwirrung und hemmte die Entwicklung wirksamer Interessenvertretung in Polen<sup>88</sup>. Insbesondere die Solidarność hatte mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Da mit der Demokratisierung das lange verfolgte Ziel erreicht war, wurde eine Neudefinition ihres Selbstverständnisses notwendig. Als problematisch erwiesen sich hierbei Führungsfragen insbesondere für den Flügel, der weiterhin als zivile Bewegung fortbestand, da er seine führenden Köpfe an den politisch tätigen Teil hatte abgeben müssen<sup>89</sup>. Aber auch die Definition eines neuen Wirkungsbereiches erscheint schwierig, unter anderem auch deshalb, weil die gegnerischen Arbeitgeber nur unzureichend organisiert sind<sup>90</sup>. Auch ist das Organisationsniveau der Arbeitnehmer seit der Wende stark gesunken; es hat sich bei 7,5 % eingependelt<sup>91</sup>. Dies hängt auch mit der bereits angesprochenen Individualisierung der Gesellschaft und dem aufkeimenden sozialen Egoismus zusammen, die bereits in der kommunistischen Mangelwirtschaft entstanden und sich nun durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und die soziale Unsicherheit verfestigen<sup>92</sup>.

### III. Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die politische Kultur in Polen und Ungarn in ihrer nach außen tretenden Gestalt ähneln. Die zugrunde liegenden Motive sind jedoch unterschiedlich. Beide Staaten weisen eine geringe Zufriedenheit mit der Funktionsweise von Demokratie und Marktwirtschaft auf. Es herrscht Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen sowie eine momentan eher niedrige Beteiligung der Gesellschaft am politischen Geschehen vor.

Dies ist – neben anderen Ursachen – sowohl in Ungarn als auch in Polen hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass eine lange dualistische Tradition zwischen Gesellschaft und staatlicher Obrigkeit besteht; dass sich also neben der öffentlichen Gesellschaft eine private, vom Staat losgelöste zweite Gesellschaft herausgebildet hat. Jedoch erfüllen

<sup>86</sup> ZIEMER, S. 29.

<sup>87</sup> Ebd., S. 35.

<sup>88</sup> HOLZER, S. 403.

<sup>89</sup> ZIEMER/MATTHES, S. 228.

<sup>90</sup> Ebd., S. 227.

<sup>91</sup> Ebd., S. 229.

<sup>92</sup> MILDENBERGER, S. 41.

diese im jeweiligen Staat völlig unterschiedliche Funktionen, dementsprechend liegen den – nach außen ähnlichen politischen Kulturen – ganz andere Motive zugrunde. Während sich in Polen die zweite Gesellschaft unter der vereinigenden Kraft der katholischen Kirche zur Verteidigung nationaler Interessen gegen die als feindlich empfundene staatliche Obrigkeit entwickelte und damit über die Dynamik von Aktion und Reaktion mit dem Staat stets verbunden blieb, entstand die private Gesellschaft in Ungarn in den staatsfreien Bereichen, innerhalb der Familie und dem im „Gulaschkommunismus“ entwickelten privatwirtschaftlichen Sektor losgelöst vom bzw. „versteckt“ vor dem Staat und abgewandt von politischen Fragen.

Somit kann man trotz der niedrigen zivilen Beteiligung an politischen Fragen in Polen von einer partizipativ ausgerichteten politischen Kultur sprechen. Diese bezieht sich jedoch auf das spezielle Selbstverständnis der polnischen Gesellschaft, die zum einen die Kontrolle der Obrigkeit und zum anderen den Schutz des National- und Kulturstaates Polen als wichtigste Aufgabe begreift. Zwar hat dieses Verständnis mit der Demokratisierung an Wirkungskraft verloren, es besteht jedoch nach wie vor in der Gesellschaft fort.

Dagegen kann man in Ungarn eher von einer Untertanenkultur sprechen<sup>93</sup>, wobei die Mobilisierungskampagnen von 2002 anscheinend einen positiven Trend in Gang gesetzt haben. Dieser Einstufung widersprechen auch die Geschehnisse im September 2006 nicht. Zwar waren diese Demonstrationen durch den Unmut der Bevölkerung über die Regierung motiviert, jedoch ist nicht zu verkennen, dass sich die gewalttätigen Ausschreitungen in erster Linie auf Anhänger rechtsradikaler Gruppen und einschlägig bekannte Hooligans beschränkten, die die Demonstrationen nur zum Anlass nahmen, um zu randalieren<sup>94</sup>.

Der Kommunismus hatte in beiden Staaten einen entscheidenden Einfluss auf die politische Kultur, er verfestigte bereits vorhandene Verhaltensmuster und entfremdete die Gesellschaft nachhaltig von der Politik. Die Demokratisierung konnte diesbezüglich keine große Änderung bewirken, da nach anfänglicher Euphorie zunächst Ernüchterung hinsichtlich der als schlecht empfundenen Performanz von Demokratie und Marktwirtschaft vorherrscht. Demokratisches Verhalten fällt der Gesellschaft und auch der politischen Elite<sup>95</sup> nach wie vor schwer. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass sowohl in Polen als auch in Ungarn zwar stets das Streben nach der Selbstbestimmung durch das Volk und nach Unabhängigkeit von fremden Mächten im Vordergrund stand, jedoch tatsächlich nur wenig Erfahrung im Umgang mit der Demokratie besteht. Es herrscht – überspitzt formuliert – „Demokratie ohne demokratische Kultur“<sup>96</sup>.

Abschließend stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese mangelhafte demokratische Kultur auf die Demokratien in Polen und Ungarn haben wird. Ein Zurück zu autoritären Strukturen erscheint ausgeschlossen, diesbezüglich ist die Konsolidierung schon zu weit fortgeschritten. Allerdings ist zu befürchten, dass sich die niedrige Partizipation in beiden Staaten längerfristig auf die Legitimation des Systems

<sup>93</sup> KÖRÖSÉNYI, S. 14.

<sup>94</sup> VON AHN, S. 94.

<sup>95</sup> S. hierzu u. a. bzgl. Ungarn SCHÜSSELBAUER; VON AHN, S. 95ff.; bzgl. Polen MILDENBERGER, S. 42ff.

<sup>96</sup> WOLFF-POWESKA, S. 48.

auswirkt<sup>97</sup>. Jedoch sollte die negative Stimmung in den Gesellschaften auch mit der nötigen Distanz betrachtet werden. Veränderungen des politischen Systems bewirken stets, dass die negativen Konsequenzen sofort bemerkbar werden, während die Vorteile erst nach längerer Zeit zutage treten<sup>98</sup>. Schon Goethe erkannte 1827: „Die Demokratie rennt nicht, sondern schreitet gemessen zum Ziel.

---

<sup>97</sup> Ebd., S. 51.

<sup>98</sup> Ebd., S. 38.

*Katalin Falusi, Alexandra Pleier, Zsolt Simon, Rita Werle*

Studierende der Corvinus Universität Budapest

## **QUO VADIS EUROPA?**

### **Einführung**

Als Europa, die wunderschöne Tochter des phönizischen Königs der Verführung des griechischen Hauptgottes Zeus nachgab, und sich auf die Reise auf dem Rücken des Stiers einließ, ahnte sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht im geringsten, dass sie dem für sie unbekanntem Land später ihren Namen verleihen wird. Dem Mythos nach lief jedoch die Beziehung zwischen ihr und Zeus so wunderbar, dass der Kontinent fortan ihren Namen tragen sollte.

Dieser Mythos ist uns dank der alten Griechen überliefert, die auch die ersten demokratischen Institutionen unseres Kontinents entwickelt haben, auf denen die politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen der meisten europäischen Länder auch heutzutage basieren. Zum Glück jedenfalls. Denn für lange Jahrhunderte wurde Europa von Zwiespalt und blutigen Kriegen geprägt, die die reizvollen Landschaften in Schlacht- und die verlockenden Städte in Trümmerfelder verwandelt haben.

Die wunderschöne Königin verdiente jedoch etwas wesentlich Besseres. Die verschiedenen Völker, die zum Teil über eine mehr als ein tausend Jahre alte Geschichte verfügen, sollten auf Grund ihrer Erfahrungen in der Lage sein, das friedliche Zusammenleben und die wirtschaftliche Prosperität auf unserem Kontinent zu gewährleisten. Dessen waren sich auch die verantwortungsvoll denkenden Politiker der Nachkriegszeit bewusst und sie haben sich vorgenommen, durch enge Zusammenarbeit auf gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ebene diesen edlen Wunsch zu erfüllen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrscht Frieden auf unserem Kontinent. Das ist in erheblichem Maße der Tatsache zu verdanken, dass die Europäische Union existiert. Die Europäischen Gemeinschaften waren für lange Zeit vor allem auf Grund des faszinierenden Wirtschaftswachstums und der daraus resultierenden rasanten Wohlstandssteigerung in den vom Krieg heimgesuchten und verwüsteten Ländern unumstritten eine Erfolgsgeschichte. Der Gemeinschaft sind im Laufe der Zeit allmählich viele europäische Länder beigetreten, die sich von diesem Beitritt positive Veränderungen erhofften. Heute besteht die 1993 als Europäische Union umgetaufte Gemeinschaft aus 27 Mitgliedsstaaten und die weitere Expansion ist in absehbarer Zeit zu erwarten. Die Erweiterungspolitik hat jedoch nicht alle vollkommen begeistert. Die Euroskepsis wächst und die scharfe Kritik an den Institutionen und der Politik der EU ist heutzutage in immer größerem Umfang an der Tagesordnung. Zur gleichen Zeit müsste die EU in einer globalisierten Welt ihren Mann stehen und die neuen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen meistern. In welche Richtung entwickelt sich weiter unser Kontinent? Quo vadis Europa?

Die phönizische Königin setzte sich vergnügt auf den Rücken des Stiers und schmückte ihn mit Blumen, als er mit ihr in die Wellen des tosenden Meeres sprang.

Würden wir die im Titel unseres Aufsatzes stehende Frage heute den EU-Bürgern und Bürgerinnen stellen, käme dann die gleiche Zuversicht heraus? Können wir eigentlich zuversichtlich sein? Wie wird die Zukunft unseres Kontinentes aussehen?

Angesichts der Tatsache, dass die alten Griechen auf der Bühne der Geschichte ihren Akt schon längst zu Ende gespielt haben, bietet sich uns nicht mehr die Möglichkeit, uns an die Hellseherin von Delphi zu wenden und die im dichtem Dunst rätselhaft verfassten Wörter in unsere Ohren flüstern zu lassen. Wir müssen uns Instrumente anderer Art bedienen.

Bei der Beantwortung dieser Frage können wir nicht den Anspruch erheben, die Zukunft unseres Kontinentes genau vorherzusagen. Es kann immer ein Stier aus dem Meer hervorspringen. Unser Aufsatz versucht hingegen, eine mehr oder weniger detaillierte Analyse zu erstellen, die sich damit befasst, die vor unseren Kontinent gestellten Herausforderungen und Aufgaben zu schildern, sowie mögliche Lösungsmöglichkeiten zu präsentieren. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Entscheidungen, die bestimmen, was für eine Zukunft auf uns zukommt, von uns getroffen werden. Wir haben unser Schicksal in der Hand. Wenn der gemeinsame politische Wille vorhanden ist und die richtigen Entscheidungen getroffen werden, ist die traditionelle Zuversicht Europas durchaus berechtigt. Denn die alten Zeiten, als Europas Schicksal von der Laune eines wilden Stiers abhängig war, sind endgültig vorbei.

Mit den Worten der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, jetzige Ratpräsidentin der EU, ist das seinen 50. Geburtstag feiernde Europa zum großen Teil bereits ein „...Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands.“<sup>1</sup>

Ist das wirklich so? Ist die Europäische Union tatsächlich von Vorteil für uns? Was bietet die Gemeinschaft ihren Bürgern? Und was wird sie ihren Bürgern in den nächsten 20 bis 50 Jahren anbieten können? Quo vadis Europa?

Wir sehen in der Gegenwart und in der Zukunft vier Ebenen, die die Herausforderungen der Europäischen Union darstellen:

- I. Die politische Rolle und Aufgabe der EU in der Welt
- II. Der Haushalt der Union
- III. Die Zukunft der Migrationspolitik der Europäischen Union
- IV. Die Erweiterung der EU

Wir möchten in jedem Abschnitt ein Bild anbieten, wo wir auch die EU befürwortende und die euroskeptische Annäherung unter die Lupe nehmen. Danach werfen wir einen Blick auf die Aussichten der EU-Erweiterung in der Zukunft, letztendlich folgen daraus unsere Schlussfolgerungen.

## **I. Die politische Rolle und Aufgabe der EU in der Welt – EU: Supermacht der Zukunft?**

### ***Supranationalismus und Nationalstaat***

Die Union ist ein Gebilde von (seit Beginn dieses Jahres) 27 Mitgliedstaaten, die einen Teil ihrer Souveränität aufgaben, oder besser gesagt auf eine supranationale Ebene

<sup>1</sup> ANGELA MERKEL, Das Parlament - Nr. 10, 5. März 2007.

überleiteten. Dennoch kann man nicht von der Kommission als einer supranationalen Regierung sprechen, wie auch die EU selbst nicht als eine Institution, die über Staaten steht, betrachtet werden kann. Die Mitglieder haben das entscheidende Wort und bestimmen die Richtung – zusammen. Die Entscheidungen werden von 27 Staaten getroffen – gemeinsam. Diese Charakteristik wird oft als die Schwäche (aber eigentlich auch als die Stärke) der Integration gesehen.

Man muss den kritischen Stimmen nachgeben, denn ein *gemeinsamer Standpunkt* ist meistens nur durch den Kreuzweg von Kompromissen der gegenseitigen Interessen erreichbar. Das heißt, in einer Krisensituation ist die EU ein langsamer Riese. Nehmen wir zum Beispiel den Krieg im Irak. Bis heute haben die Mitgliedsländer keine einheitliche Stellung dazu bezogen.

### ***Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – ein Mythos?***

Die Gestaltung der GASP gelingt auch nicht besser. Sie funktioniert nur dann effizient, falls auf nationalstaatlicher Ebene Einigkeit erzielt werden kann. Dies ist aber überwiegend nicht der Fall.

Ein anderes Beispiel ist die Situation in Kosovo im Jahre 1998 und 1999. Dort kam es zu einem Krieg zwischen der Befreiungs-Armee des Kosovo und der Bundesrepublik Jugoslawien, was in einem Eingriff der NATO endete. Das Schauspiel der Kämpfe ist geographisch gesehen Teil Europas. Und politisch gesehen? Die Europäische Union ist ein Raum des Friedens. Sollte das nicht für ganz Europa so sein? Hätte sich die EU neben den Vereinten Nationen (VN) nicht für das Ende des Blutvergießens einsetzen sollen?

Natürlich ist die Rolle der VN umstritten, vor allem ihre Reaktionszeit wird oft kritisiert, wie auch die Berechtigung des Eingriffs der NATO (ohne VN-Mandat). So kann man die Frage auch nicht eindeutig beantworten.

Doch eines steht fest: Falls sich die EU überhaupt einsetzen *wollte, konnte* sie das nicht ohne Soldaten. Warum? Weil es keine „europäische Armee“ gibt.

Wir haben zwar eine Anzahl von schnellen Eingreiftruppen oder mobilen Kampftruppen, aber falls die Situation ernst wird, laufen wir zu „Big Brother“, und überlassen der NATO (und den amerikanischen Soldaten) die Klärung der Krise. Ist die EU ohne eine Armee wirklich ernst zu nehmen?

Wir sehen die Union, als eine Garantie des Friedens. Sie hat auch eine „Waffe“ in der Politik: das Verfahren der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten, oder aber auch ein solches Versprechen. Es verlangt Stabilität, Demokratie und vor allem Frieden.

### ***USA – unser Vorbild?***

Natürlich möchten wir als Bürger unser Europa als eine führende Macht in der Weltpolitik und -wirtschaft sehen und nicht als eine unsichere Konstellation. Wir messen uns mit dem Weltführer, den Vereinigten Staaten von Amerika, und betrachten sie als den größten Gegner auf dem Spielfeld. Wir beneiden ihre Position und möchten an die Stelle der USA treten, als eine (und einzige) Supermacht der Welt. Ist diese Vision realistisch? Ist das überhaupt so? Oder wollen wir nicht zugeben, dass wir die

USA aus dem Sattel werfen möchten? Sollen wir uns überhaupt darum bemühen, oder liegen unsere Werte und Ziele anderswo?

***Kampf um die führende Rolle – und gegeneinander***

Unserer Hypothese nach wird die Europäische Union keine Supermacht in den nächsten 50 Jahren werden.

Eigentlich haben wir uns schon noch am Anfang dieses Jahrtausends fest entschlossen, die dynamischste, kreativste und wachstumsfreundlichste Wirtschaft der Welt zu werden. Das steht in der Lissabon-Strategie, welche quantifizierte Ziele an die Spitze der EU setzt, die bis 2010 erreicht werden sollen. Bis jetzt sehen die Ergebnisse nicht sehr vielversprechend aus.

Während der Konferenz im GESW wurde schon mehrmals betont, dass Wachstum nur durch den technischen Fortschritt gefördert werden kann. In den USA und Japan werden ca. 3% des BIP für Forschung und Entwicklung F&E verwendet. In Europa liegt der entsprechende Wert bei 2%. Dass wir 42,7 Mrd. Euro des EU-Haushaltes für die Gemeinsame Agrarpolitik ausgeben, im Gegensatz zu den 5,5 Milliarden für F&E, wird uns nicht weiterhelfen. Eine Reform, die Einsicht und Einverständnis der Mitgliedstaaten über die Prioritäten der Auszahlungen fördert, aber schon. Und hier stoßen wir auf das „Grundproblem“ der Union: es ist eine intergouvernementale Organisation, welche aus einzelnen Staaten besteht. Deren (europäische) Nationalbürger werden von keiner Regierung annehmen, dass ihr Geld anderswo landet. Würden wir dulden, dass unsere Landwirte weniger Subventionen erhalten, währenddessen durch unsere Einzahlungen eigentlich Forschung in einem anderen Land finanziert wird? Selbst falls es mittels eines Durchbruchs gelänge, welcher der Produktivität und somit der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums Anstoß geben würde? Falls davon unser Land nicht direkt profitieren könnte, wahrscheinlich nicht. Und doch wissen wir, dass die gemeinsame europäische Forschungsgemeinschaft unsere beste „Waffe“ gegen die USA wäre. Wissen wir – oder der Alltagsbürger – das überhaupt? Sind wir bereit für eine solche Zusammenarbeit? Werden wir einsehen, dass wir gemeinsam am stärksten sind? Wird es vielleicht gerade unsere Generation sein, die sich dafür einsetzt wird?

***Globale Macht und Verantwortung***

Unsere Landsleute von heute betonen, dass die EU eine solche Gemeinschaft ist, welche ihren Mitgliedern in dem gemeinsamen Behandeln von grenzüberschreitenden Problemen Raum bietet. Solche sind die illegale Migration, die internationalen Sicherheitsfragen, der Umweltschutz, der globale Handel, usw., also Fragen des „global governance“.

Ein gutes Beispiel ist das Protokoll von Kyoto, welches unter anderem von der EU unterzeichnet wurde. Das heißt, wir müssen unsere CO<sub>2</sub> Emission bis 2010 um 8% verringern, im Vergleich zum Niveau von 1990. Die USA, das für ein Viertel der Emission verantwortlich sind, haben das Protokoll nicht unterzeichnet. Andererseits hat sich die EU (freiwillig) dafür entschlossen, bis 2020 eine Senkung von 20% zu erreichen. Vielleicht werden wir keine Supermacht sein – aber wir sollen auch nicht in die Rolle der USA treten! Vielleicht werden wir keine Weltmacht sein, aber wir sind ein

verantwortungsvoller globaler Akteur, ein Befürworter der nachhaltigen Entwicklung. Vielleicht werden wir keine Armee haben, aber unsere Wirtschaft basiert nicht auf Kriegsindustrie, sondern auf Handel. Vielleicht werden wir noch lange Diskussionen über die europäische Redistribution führen... Ja, wir sind anders und vielfältig – aber das ist unsere Stärke.

## II. Der Haushalt der Union – Finanzrahmen 2007-2013

Die europäische Integration hat von Anfang an eine wirtschaftsdominante Logik, Wirtschaftsinteressen stehen an erster Stelle, erst danach kommen politische Fragen.

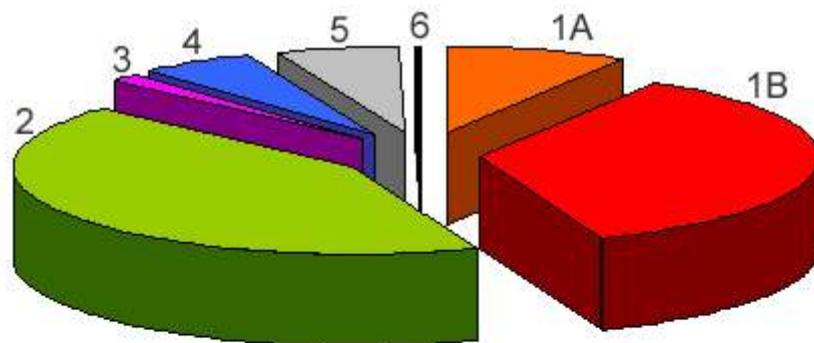
Jose Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, ist davon überzeugt, „dass der europäische Weg die richtige Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist. Das Zusammenspiel von dynamischen Märkten, sozialem Zusammenhalt und verantwortlichem Umgang mit der Umwelt birgt ein einzigartiges Potenzial, das der sicherste Weg zu Wachstum und Beschäftigung in Europa ist.“ Die Grundlagen von einem innovativeren und attraktiveren Europa bildet vor allem die dynamische Wirtschaft.

Der nächste Finanzrahmen, der die wirtschaftliche Zukunft Europas für die kommenden sieben Jahre bestimmt, wurde 2006 verabschiedet. Die Prioritäten sind nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung des Erfolgs in der letzten Erweiterungsrunde, die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, damit die europäische Wirtschaft in Gang gebracht und angekurbelt werden kann. Denn kürzlich war die wirtschaftliche Leistung in der EU mittelmäßig, und die hoch fliegenden Zielsetzungen der Lissabon-Strategie sind fehlgeschlagen.

Daneben soll die internationale Rolle der Union gestärkt und das Konzept der Unionsbürgerschaft mit Inhalt gefüllt werden. Durch die Maßnahmen der nächsten Finanzperiode soll der europäische Wirtschaftsraum in die Lage versetzt werden, besser mit den anderen großen Wirtschaftsblöcken zu konkurrieren.

Insgesamt kann eine Summe von 1.025 Mrd € unter den einzelnen Rubriken aufgeteilt werden. Diese sind:

- Nachhaltiges Wachstum
  - ⊕ Wettbewerbsfähigkeit
  - ⊕ Kohäsion
- Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen
- Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht
- EU als globaler Partner
- Verwaltung



- 1A Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung : 8,6 %
- 1B Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung : 35,6%
- 2 Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen : 43%
- 3 A Freiheit, Sicherheit und Recht : 0,8 %  
B Unionsbürgerschaft : 0,5%
- 4 EU als globaler Akteur (ohne EEF) 5,7%
- 5 Verwaltung insgesamt : 5,8%
- 6 Ausgleichszahlungen BR/RO : 0,1%

Auseinandersetzungen um die EU-Finzen gab es immer, bei jeder Haushaltsdebatte war eine Art Bündnisbildung zu beobachten, die hauptsächlich auf wirtschaftlichen Interessen beruhte. Interessengegensätze innerhalb der EU gibt es nicht nur zwischen den alten und neuen Mitgliedern, sondern innerhalb der „alten“ EU (15) auch, politisch betrachtet steht ein relativ großer Handlungsspielraum zur Verfügung. Oftmals sind nationale Regierungschefs zwar bereit, für mehr Integration zusammenzuarbeiten, aber wenn die Zeit des Handelns ruft, scheinen die wohlklingenden Aussagen von nationalen Interessen und von wichtigen Interessengruppen in großem Maße beeinflusst zu sein.

Die Kommission und die Empfängerländer fordern die Ausweitung des Budgets, die Nettozahler und diejenigen, die weniger Beihilfen aus den Töpfen der Struktur- und Agrarpolitik bekommen, sind selbstverständlich dagegen. Kritik am bisherigen System gibt es sowohl von der Einnahmenseite als auch der Ausgabenseite. Mit zunehmender Zahl der Mitgliedstaaten wird es immer schwieriger, eine einstimmige Entscheidung zu treffen, Reformen auf verschiedensten Ebenen sind unvermeidlich. Die umstrittene Einführung einer EU-Steuer könnte zum Beispiel dazu beitragen, die Finanzmittel der EU zu erhöhen. Laut der Vorstellung würde diese direkte Steuer auf internationale Finanztransaktionen, CO<sub>2</sub>-Emission, Tabakwaren, Alkohol sowie auf das Absenden von SMS und E-mails erhoben werden. Die Europasteuer würde die nationale und die europäische Ebene nicht aufspalten, sondern ein föderales Projekt verwirklichen, das den EU-Organen mehr Autonomie und auch mehr gemeinsame Verantwortung sichern würde.

### III. Die Zukunft der Migrationspolitik der Europäischen Union

„Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen“<sup>2</sup>

#### Ist die europäische Zuwanderungspolitik langfristig aufrechtzuerhalten?

Migration selbst ist kein neues Phänomen in der Geschichte der Europäischen Union. Wenn man heutzutage versucht, während einer `Eurotour` einem typischen Einwohner von Westeuropa auf den Straßen zu begegnen, kann man das echte Gefühl von Multikulturalität erleben. Multikulturalität selbst ist doch kein Problem, wenn es bewusst behandelt ist, wenn man sowohl auf die Ausländer als auch die Einwohner eines EU-Landes Rücksicht nimmt.

Das Feindbild von Zuwanderern, die auf einmal die Grenzen der Union übertreten und in Massen die westeuropäischen Arbeitsmärkte angreifen, wurde in den meisten europäischen Ländern von den Medien intensiv vermittelt. Trotz der negativen Erwartungen ist das europäische Modell nicht zusammengebrochen, und die Arbeitsmärkte von den mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten sind noch immer relativ wettbewerbsfähig.

Die Bekämpfung von illegaler Migration und die Behandlung von legaler Zuwanderung sind einige der größten Herausforderungen der EU, die schnell und effektiv bestanden werden sollte. Solche Aufgaben können nur mit bewusster Sozialpolitik der EU-Mitgliedsländer gelöst werden. Bevor wir aber mit verschiedenen Zaubertricks experimentieren, bleibt eine Frage zu beantworten: Sollen wir eigentlich Angst davor haben, dass die hohe Zahl von Zuwanderern der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft in der Zukunft wirklich schadet?

#### *Westlicher Wohlfahrtsstaat – haltbares Familienmodell?*

Die Wurzel des Problems von Zuwanderung ist in der nahen Vergangenheit zu finden. Das westeuropäische Modell von Sozialer Marktwirtschaft förderte Eigenständigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft. Das Modell führte zu einem solchen Familienmodell, in dem Kindererziehung keine große Rolle mehr spielte. Die sinkende Zahl von geborenen Kindern ist ein demographisches Problem geworden und die ausfallende Arbeitskraft in etlichen Sektoren erforderte eine Nachfrage nach billigen und ungelerten Arbeitskräften aus Staaten, die nicht Mitglied der EU waren. Der Bevölkerungsrückgang in der „alten“ EU (15), der sowohl die Wirtschaft, als auch das System der sozialen Sicherung in größte Schwierigkeiten brachte, wurde in erster Linie durch Zuwanderung gelöst. Auf der anderen Seite wurden soziale und kulturelle Unterschiede zu einem solchen gesamteuropäischen Problem, mit dem wir uns in der Zukunft unbedingt beschäftigen sollen, um die Einheit in Vielfalt Europas aufrechtzuerhalten.

In dem neuen Europa (27) sollen zwei Aspekte von Migration berücksichtigt werden, die verschieden angegangen werden müssen. Mit der Osterweiterung von 2004 und 2007 wurden migrationspolitischen Probleme teilweise im EU-Gesamtdenken

<sup>2</sup> Zitat von MAX FRISCH

internalisiert, aber die illegale und legale Zuwanderung aus Drittländern ist noch nicht auf gesamteuropäischem Niveau analysiert worden.

### ***Die Osterweiterung und ihre Bilanz***

Die schreckliche Vision der europäischen Erweiterung, vermittelt von den Medien, prognostizierte eine Massenzuwanderung aus den MOE-Staaten, die Lohn- und Sozialdumping verursachen würde und das soziale Sicherheitssystem der Zielländer einfach zerstöre. Die Katastrophe ist nicht zur Realität geworden, jedes EU-Land konnte sich selbst entscheiden, ob sie ihre Arbeitsmärkte offen oder geschlossen halten. Deutschland und Österreich, die zwei wichtigsten Zielländer der ost- und mitteleuropäischen Arbeiter, waren gegen die sofortige Arbeitnehmerfreizügigkeit für die MOE-Staaten. Großbritannien, Irland und Schweden forderten beispielweise eine sofortige Eröffnung. Die Folgen der vermutlichen Migration werden erst nach dem Jahre 2011 ersichtlich, wenn alle Mitgliedsländer ihre Arbeitsmärkte für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der EU öffnen müssen.

Die Voraussetzungen für eine gelungene Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in der EU liegen bei der Angleichung der Einkommensunterschiede zwischen dem östlichen und westlichen Teil des Kontinents. Solange das nicht passiert, ist zu befürchten, dass sich Arbeiter aus MOE entscheiden, ihr weiteres Leben in dem reicheren Segment Europas zu verbringen, und damit die Anreizkräfte ihres Heimatlandes wegnehmen. Die asymmetrische Zuwanderung zusammen mit den ernsthaften demographischen Problemen wird zu einer solchen Krise führen, die sowohl die westliche als auch die östliche Wirtschaft und Sozialmodelle in Gefahr bringen werden. Ohne die Dämpfung der Asymmetrie ist es unmöglich, eine gesamteuropäische Zusammenarbeit oder die Verwirklichung der `vier Freiheiten` zu betonen, die allen Eurobürgern gegenseitige Vorteile bringen. Eine entscheidende Rolle spielen auch die Medien, die ein wichtiges Mittel gegen die Vermittlung von Feindbildern, Stereotypen und Missverständnissen sind.

### ***Von Gastarbeitern zu Zuwanderern – Migration aus Drittländern***

Ein anderer Aspekt der Migration ist die ständig zunehmende Zuwanderung aus Drittländern, nämlich aus Ländern, die keine Mitglieder der EU in der nahen Zukunft werden. Die aus ärmeren Regionen stammenden `Gastarbeiter` wurden damals mit großer Freude willkommen, die zweimillionste Gastarbeiterin aus dem ehemaligen Jugoslawien wurde vor kurzem mit Blumen begrüßt. Die `Arbeitsemigranten`, dann die `Zuwanderer`<sup>3</sup> wurden während der Dekade eher zur Belastung der Europäischen Union, die Zugewanderten brachten ihre eigenen kulturellen und zivilisatorischen Probleme in die EU mit, die zu solchen Konflikten führten wie die Ermordung von Theo van Gogh im Jahre 2004 oder die Unruhe in den `Banlieus` von Paris im Jahre 2005. Diese Ereignisse zeigen, dass eine hektisch ausgedachte Integrationspolitik nur zu mangelhaften Integrationsversuchen führen kann, die in der Zukunft auch andere gefährliche Konflikte verursachen kann. Heutzutage verfügt die EU nur über reine

<sup>3</sup> So hat sich die Bezeichnung von Migranten während des Jahres in Deutschland verändert.©

Aktionspläne und Richtlinien gegen Massenzuwanderung, die noch nicht in Kraft getreten sind. Die Überwindung von Integrationsdefiziten und die Vertiefung von Synergieeffekten sollten als die wichtigsten migrationspolitischen Herausforderungen der Europäischen Union anerkannt werden.

Die erfolgreiche Erarbeitung eines Konzepts für die bewusste Behandlung von illegaler und legaler Zuwanderung aus Drittländern vermindert den Mangel an gesamteuropäischer Zusammenarbeit. Das Subsidiaritätsprinzip der Mitgliedsländer beschränkt die Kompetenzen der Europäischen Union, um eine gemeinsame Integration oder Arbeitsmarktpolitik auszuarbeiten. Außerdem gibt es keine klare gemeinsame Definition des Begriffs 'Migrant' in der Europäischen Union; jedes Mitgliedsland hat seine eigene Definition, die nach eigener Erfahrungen gestaltet wurde. Mit solchen Eigenschaften ist es keine Überraschung, dass es keine gesamteuropäische Strategie für die Behandlung der Massenzuwanderung gibt.

In dem zukünftigen Europa werden auch andere heiße Themen auftauchen, die schon heute im Brennpunkt stehen. Die Frage der Familienzusammenführung von Zuwanderern muss beantwortet werden, dadurch kann ein wichtiges demographisches und integrationspolitisches Problem gelöst werden. Bis zum Jahre 2003 gab es keine Beschränkung für die Familienzahl, Kinder oder andere Familienangehörige, die auch in die EU zuwandern wollten. Die jetzige Beschränkung hätte früher in Kraft treten sollen. Zu dieser Zeit beträgt die Zahl schon rund 60 Prozent der bis heute in die EU Zugewanderten, die auch ihre Familienangehörige nachgezogen haben.<sup>4</sup> Die anfängliche Liberalisierung ist in erster Linie verantwortlich für die 'Überzuwanderung', die in den westeuropäischen Ländern zu bemerken ist. Mit dieser strengeren Regelung sind die Probleme der Familienangehörige schon in der Sozialpolitik internalisiert, die sowohl den Binnenmarkt als auch die Sozialpolitik vor andere Herausforderungen stellen.

### ***Die 'Hausaufgabe' eines multikulturellen Europa***

Um zukünftige Probleme der illegalen Migration zu verhindern, ist es dringend geboten, ein Kooperationsdreieck zwischen Herkunftsländern, Transitländern und Zielländern auszuarbeiten. Dazu dienen Medien und Denkfabriken, die zuverlässige Information vermitteln, und Politiker auf die vorsehbaren Konsequenzen der Zuwanderung aufmerksam machen. Außerdem sollten die Bürger der Europäischen Union ihre Feindbilder und Stereotypen gegen Zuwanderer loswerden. Eine gut ausgedachte Siedlungspolitik ist auch ein Schlüsselpunkt für das friedliche Zusammenleben der multikulturellen Generationen des zukünftigen Europa. Multikulturalität ist ein fantastisches Schlagwort, wenn seine wirkliche Bedeutung vor Auge geführt wird. Solange Stereotypen von Afrikanern existieren, die auf Schiffe nach Spanien oder nach Sizilien transportiert werden, kann man nicht mit vollem Herzen die Idee von einem multikulturellen Europa richtig vermitteln. Und solange Zuwanderer isoliert von der Bevölkerung in 'Parallelgesellschaften' oder getrennt in Subkulturen leben, ist es keine Überraschung, dass sie zur Gewalt greifen, weil ihnen nichts anderes in der europäischen Gesellschaft übrig geblieben ist. Es muss endlich anerkannt werden, dass

<sup>4</sup> Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

das europäische Modell des Wohlfahrtsstaats ohne die ungelerten Arbeitskräfte, die sich aus den Zuwanderer speisen, unhaltbar ist. Es muss aber auch anerkannt werden, dass Isolierung und Diskriminierung keine Lösung ist; es wird nur zu offenen Konflikten führen, wodurch die gesamteuropäische Identität weiter bedroht wird.

#### **IV. Erweiterung der Union**

Wenn wir darüber nachdenken, wie Europa in der Zukunft aussehen wird, scheint es plausibel zu sein, einen Blick auf die zukünftige Karte der EU werfen. Mit welchen weiteren Beitrittsländern ist zu rechnen sowie vor welche Herausforderung wird die Erweiterung die EU stellen.

##### ***Staaten, die die EU nicht attraktiv finden***

Es gibt vier Staaten, Island, Lichtenstein, Norwegen und die Schweiz, bei denen die EU-Mitgliedschaft trotz anwesender und mehr oder weniger erfolgreicher pro-europäischer Politik durch führende politische Kräfte in der nahen Zukunft eher unwahrscheinlich scheint. Auf alle diese vier Länder, jedoch in unterschiedlichem Umfang, trifft zu, dass ihr Handelspartner Nummer Eins die EU ist (Lichtenstein ist selbstverständlich auch mit der Schweiz eng verflochten), auf wirtschaftlicher Ebene profitieren sie viel auch von der jetzigen Situation, und vor allem die zwangsläufigen Richtlinien Harmonisierung und die Bedenken, die wegen der Souveränitätsbeschränkung jeglicher Art gehegt werden, sind Faktoren, die eine EU-Vollmitgliedschaft kurzfristig eher unwahrscheinlich erscheinen lassen.

##### ***Ein großes Unterfangen – die Erweiterungsdiskussion mit der Türkei***

Ganz anders verhält sich die Situation im Falle der Türkei, mit der schon die Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden sind. Die EU-Erweiterung mit der Türkei ist weitgehend umstritten und wird auf allen Foren von der EU-Kommission bis zu den einfachsten Leuten der Bevölkerung heftig diskutiert, deswegen halten wir es für unvermeidlich, in einem Aufsatz über die Zukunft Europas uns mit dieser Frage etwas eingehender auseinanderzusetzen.

Man plädiert mit zahlreichen Argumenten für und gegen den Beitritt der Türkei. Die Frage stellt sich auf zwei Ebenen. Einerseits soll geklärt werden, ob die EU bereit ist, die Türkei aufzunehmen, andererseits aber müssen die Türken auch eindeutig Stellung beziehen.

Zuerst muss man darauf hinweisen, dass die Türkei in vielerlei Hinsicht gar nicht so weit entfernt von der EU und Europa ist, wie manche glauben. Ganz im Gegenteil. Als Kemal Atatürk nach dem Ersten Weltkrieg die Republik schuf und die moderne Türkei gründete, hat er sich eindeutig für eine Politik ausgesprochen, die im Gegensatz zu dem von ihm für rückständig gehaltenen Osten nach dem Westen orientiert sein sollte.

Dann würde die Türkei bereits 1952 NATO-Mitglied, ist seit 1963 mit der EG assoziiert und obwohl der erste türkische Antrag auf eine EG Mitgliedschaft abgelehnt wurde, bildet die Türkei seit 1996 mit der EU eine Zollunion.

Obwohl die Schwächen der demokratischen Institutionen in vielerlei Hinsicht klar auf der Hand liegen, hat die Kommission 2004 beschlossen, auf Grund einer Reihe von

Verfassungsänderungen, die von der Regierung von RECEP TAYYIP ERDOGAN seit 2002 vorgenommen wurden, die Türkei zu belohnen, indem mittlerweile Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden.

In der Türkei sind die Meinungen über den Beitritt anscheinend weniger kontrovers als in der EU. Die Regierungspartei und die zweitstärkste politische Kraft, die Linkspartei, sind beide pro-europäisch. Gegen einen Beitritt plädiert die rechtsnationalistische Partei, die jedoch auf der politischen Bühne keine bedeutende Rolle spielt.

Wie stehen aber die Leute zu dieser Frage, die die Zukunft Europas weitgehend bestimmen wird? Es gibt einige, die denken, die EU werde bestimmte Forderungen an die Türkei richten, um das Land zu schwächen. Für andere, die die Türkei als Nachfolgerin des Osmanischen Reiches betrachten, wäre es nicht leicht zu verkraften, dass sogar bei Entscheidungen, die das eigene Land betreffen, Ausländer auch mitsprechen können. Einen Teil der vor ungefähr 80 Jahren blutig erkämpften Souveränität aufzugeben, das wäre ein durchaus heikles Thema.

Laut Umfragen glauben hingegen mehr als die Hälfte der Türken, dass der EU-Beitritt positive Auswirkungen auf ihr Land in verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens mit sich bringen würde. Im Gegensatz zu vielen in den neuen Beitrittsländern, die sich positive Auswirkungen der Mitgliedschaft lediglich von dem in ihr Land strömendem Kapital erhofften, erwarten die meisten Türken von dem EU-Beitritt positive Veränderungen auch ganz anderer Art. Mit der Übernahme der EU-Richtlinien in der Rechtssprechung und dank dem Monitoring-System, die ständige Überwachung der Einhaltung der EU-Regeln und Richtlinien hoffen viele darauf, dass das gesellschaftliche Klima immer freier wird, die Menschenrechtsverletzungen sich verringern und dass man auch andere Probleme, wie der große politische Einfluss des Militärs und die Diskriminierung vieler Art in den Griff bekommt. Aus diesen Gründen setzte sich sogar die christliche Kirche, die übrigens große Schwierigkeiten mit der Regierung hatte, für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ein.

Aber eben diese Probleme sind der Grund dafür, warum viele in der EU eine türkische Mitgliedschaft für völlig ausgeschlossen halten. Eine große Gefahr birgt auch das enorme Wachstum der türkischen Bevölkerung, was mit einem Sturm von Arbeitssuchenden nach Europa einhergehen und das innerhalb der EU noch nicht im geringsten gelöste Problem der Integration der Migranten noch mehr verschärfen könnte.

Wenn wir auch den wirtschaftlichen Aspekt mit einbeziehen, wird das Bild noch bunter. Das am schlagkräftigsten scheinende Argument gegen die Aufnahme der Türkei besteht ohne Zweifel in der nötigen Milliardenhilfe, um die Türkei auf das Niveau anderer EU-Staaten zu bringen. Jährlich sollte die jetzige EU-Bevölkerung zwischen 16 und 28 Mrd. Euro in die Türkei fließen lassen<sup>5</sup>. Wegen der Zollunion, die heute bereits existiert, scheint das Argument, die Mitgliedschaft der Türkei sei für die exportorientierte Wirtschaft der EU-Mitglieder eine vorzügliche Möglichkeit für weitere Investitionen, nicht zuzutreffen, obwohl wir die Tatsache bedenken müssen, dass eine nach EU-Norm

<sup>5</sup> Das Parlament, 56. Jahrgang, Nr 13

ausgestattete gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Einrichtung noch mehr Investoren anlocken würde.

Wir dürfen den sicherheitspolitischen Gesichtspunkt auf keinen Fall außer acht lassen. Würde die Türkei der EU beitreten, hätten wir eine gemeinsame Grenze mit Syrien, dem Irak und dem Iran. Das birgt zwar Gefahren in sich, aber auch die Möglichkeit, dass sich die Chancen der EU auf eine Supermachtstellung in der Welt verbessern könnten. In einem positiven Szenario könnte die türkische Mitgliedschaft dazu führen, dass die EU tatsächlich als Supermacht wahrgenommen wird und bei Fragen im Nahen und Mittleren Osten mit einer größeren Aussicht auf Durchsetzung der eigenen Interessen mitsprechen kann. Als muslimischer Staat könnte die Türkei auch dabei mitwirken, beim westlich-arabischen Konflikt als Brücke zu dienen, was den Weltfrieden langfristig sichern könnte.

Es ist jedoch zu befürchten, dass dieses Gedankenspiel bloß eine äußerst naive Vorstellung ist und der Realität widerspricht. Es gibt Indizien dafür, dass Ankara in vielen Fällen andere Interessen hat und sich nicht nachgiebig erweisen und an die Seite der EU stellen wird. Die Bemühungen der EU um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wären nach einem Beitritt der Türkei aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einfacher.

### ***Haben wir eine gesamteuropäische Identität?***

Die weitere EU-Osterweiterung wirft die gleichen Befürchtungen hervor, die man auch vor dem 1. Mai 2004 hatte. Wenn wir sie aus der Sicht des Durchschnittswesteuropäers unter die Lupe nehmen, können wir die Behauptung aufstellen, man hat große soziale Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes in Folge des unaufhaltsamen Zustroms von Migranten, und man beklagt sich als Bürger eines Nettozahlers darüber, dass Steuern in Höhe von Milliarden an die rückständigen osteuropäischen Länder als finanzielle Unterstützung gegeben werden. Was haben denn ein Franzose und ein Serbe gemeinsam? Warum sollte der eine mit dem Geld des anderen gefördert werden?

Die gleiche Frage, nämlich die der europäischen Identität stellt sich auch dann, wenn wir untersuchen, welches Argument die meisten von denen anführen, die sich für die Verweigerung eines EU-Beitritts der Türkei einsetzen. Die Türkei sei nicht europatauglich, weil sie allzu sehr von den europäischen Völkern abweiche, sie hätte eine andere Religion, sogar den heutzutage in vielen Erschrockenheit erregenden Islam, ebenso verfügten sie über völlig andere Sitten, Traditionen, Vorstellungen, die nicht in das europäische Identitätsbild hineinpassen würden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die EU eine solche Identität, ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl besitzt, das die oben erwähnten Zweifel zu überwinden vermag?

Viele haben schon versucht, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen, jedoch mit wenig Erfolg. Die begeisterten EU-Befürworter hätten die Frage sofort bejaht, hätten aber einige schwerwiegende Gründe der Euroskeptiker und Pessimisten außer acht gelassen. Es gibt tatsächlich gemeinsame Werte, auf denen fast jedes europäische Land beruht, gemeinsame Tradition und Geschichte, die unter anderem auf die Wichtigkeit der friedlichen Zusammenarbeit verweist. Ebenfalls können wir Beispiele aus der Vergangenheit anführen, als sich ganz Europa auf supranationaler Ebene

zusammenschloss. Das beste Beispiel dafür ist die gesamteuropäische Kooperation im Interesse der Verteidigung des Christentums gerade gegen die Türken, mit denen jetzt Beitrittsverhandlungen geführt werden. All diese Gründe scheinen hingegen weitaus stichhaltiger und überzeugender zu wirken, wenn in Europa Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität herrschen. Wenn die zu verteilenden Gelder jedoch knapp sind und die Gefahr besteht, dass die EU Länder nicht mehr in der Lage sind, ihre Lebensstandards weiter auf dem heutigen Niveau aufrecht zu erhalten, kommen die nationalen Interessen immer mehr zum Vorschein, und der daraus resultierende Zwiespalt kann der ganzen EU zum Verhängnis werden.

Sind die Völker Europas bereit, egal ob gut begründeten wirtschaftlichen Interessen folgend oder dank dem aus der europäischen Identität abgeleiteten Zusammengehörigkeitsgefühl auf supranationaler Ebene zusammenzuarbeiten, gemeinsame Ziele zu verfolgen und auch in Kauf zu nehmen, zum Zweck des gemeinsamen Erfolges auf kurzfristige eigene Interessen zu verzichten?

Es ist durchaus gefährlich, wenn Europa ausschließlich durch wirtschaftliche Interessen seinen Zusammenhalt erfährt. Wenn die EU-Politiker nur darum bemüht sind, einen möglichst großen Teil aus dem Kuchen für das eigene Land zu erhalten, wird die Europäische Union einer ziemlich kurzen Zukunft entgegenblicken.

Quo vadis Europa? Die verschiedenen Institutionen müssen beweisen, dass sie geeignet sind, den Frieden und den Wohlstand auf unserem Kontinent trotz all der oben erwähnten Schwierigkeiten zu gewährleisten. Denn das ist, was Europa sowohl als Kontinent als auch die wunderschöne Königstochter verdienen.

## Berichte

*Andrzej Szplit*<sup>1</sup>

### **XV. Wissenschaftliches Seminar in Vlotho**

Vom 14. bis 28. August 2006 fand im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho zum 15. Mal ein Seminar zum Thema „Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und die europäische Integration“ statt. Im Rahmen dieses Seminars war ein Tag, der 25. August 2006, einem wissenschaftlichen Symposium unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft und die Herausforderungen der Gegenwart“ gewidmet. Dr. H. F. WÜNSCHE, Dr. P. PYSZ, Prof. R. SCHARFF, Prof. Z. SADOWSKI, Prof. E. MAĆZYŃSKA, Prof. H. GODLEWSKA-MAJKOWSKA sowie Prof. W. GRZYWACZ trugen in diesem Zusammenhang Referate vor, deren Kurzfassungen hier präsentiert werden.

H. F. WÜNSCHE referierte zu folgendem Thema: LUDWIG ERHARDS Ablehnung der keynesianischen Konjunkturpolitik und sein Plädoyer für keynesianisches Krisenmanagement. Zunächst beschrieb der Referent die in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 1950er Jahre geführten Kontroversen im Hinblick auf die Dilemmata, die mit den Problemen des Konjunkturzyklus verbunden waren. Nach zehn Jahren schien es, dass der Konflikt beigelegt sei und dass die Anhänger der keynesianischen Theorie des Konjunkturzyklus obsiegt hätten. Aber es dauerte nicht lange und es traten Zweifel auf, ob man wirklich den richtigen Weg gewählt hatte. Nach Auffassung des Referenten wurden diese Zweifel bis heute noch nicht ausgeräumt. Vieles spricht für die Konzeption von KEYNES, die auf eine Stärkung der Nachfrage ausgerichtet ist, aber vieles spricht auch gegen diese Theorie.

Um die Ansichten Erhards zum Thema der Theorie von KEYNES zu erklären, beschrieb Dr. Wünsche die politisch-konjunkturellen Initiativen der 1950er Jahre, um in Anschluss daran die Konzeption ERHARDS vorzustellen: Stabilisierungspolitik statt Krisenmanagement. Er verwies auf die großen Probleme der ersten Nachkriegsjahre, die erst im Jahre 1948 mit der Wirtschafts- und Währungsreform gelöst wurden. Der Erfolg stellte sich schnell ein und man begann vom deutschen Wirtschaftswunder zu sprechen. Wünsche hob jedoch hervor, dass mit dem Begriff „Wunder“ auch die Unklarheit im Hinblick auf die Erklärung des Wesens der Entwicklung und die Unsicherheit hinsichtlich ihrer zukünftigen Stabilität verbunden war. Um dies zu untermauern, führte der Referent aus, dass nach den Kriegsjahren von 1939 bis 1945 und nach den Hungerjahren von 1945 bis zur Einführung der Wirtschafts- und Währungsreform im Jahre 1948 die Nachfrage befriedigt wurde und Probleme beim Warenverkauf und der Ausnutzung der Produktionsfähigkeit entstanden. Nach dem Wirtschaftswunder mit seiner hohen Wachstumsrate, mit Vollbeschäftigung und sozialer Zufriedenheit schloss sich zwangsläufig eine Periode der Überproduktion, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit bei der Allokation der Produktionsmittel an. Die Auffassung Erhards war eindeutig:

---

<sup>1</sup> Der Autor ist in Kielce Professor für Volkswirtschaftslehre.

Wirtschaftswachstum sei sehr erwünscht, in einer freien Gesellschaft entstehe Wirtschaftswachstum aber deshalb, damit die Bürger selbst entscheiden können, ob sie mehr arbeiten oder mehr ausruhen wollen. Hinsichtlich einer Politik des Konjunkturzyklus verwies Erhard auf die begrenzten Möglichkeiten des Staates, weil der Staat die Löhne nicht vom Zustand der Konjunktur abhängig machen könne, während die Staatsausgaben in der Regel auf Parlamentsbeschlüssen beruhen. Des weiteren stellte der Referent ERHARDS Konzeption „Stabilisierungspolitik statt Krisenmanagement“ vor. In dieser Konzeption wandte sich ERHARD prinzipiell gegen die politisch-konjunkturellen Initiativen der FDP und der SPD. Dies war angesichts der Tatsache, dass er politisch-konjunkturelle Maßnahmen für notwendig hielt, durchaus erstaunlich. Es muss auch hervorgehoben werden, dass ERHARD eine Rezession nicht fürchtete, im Gegenteil, er hielt eine Überhitzung der Konjunktur und die damit verbundene Inflation für sehr gefährlich. Er meinte also, dass die Ursache der Krise in der heranziehenden Hochkonjunktur liege. Um eine Krise zu verhindern, müsse die Wirtschaftsentwicklung deshalb während des Aufschwunges gezügelt werden. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank gelang es ERHARD während seiner Tätigkeit als Wirtschaftsminister und Bundeskanzler das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren. Interessanterweise war er damit aber nie vollends zufrieden, vielmehr beklagte er, dass die Gewerkschaften mit dem Konjunkturanstieg zu sehr auf die Löhne drückten und die Arbeitgeber allzu oft nachgaben. ERHARD traf bei der Umsetzung seiner Konzeption auf große Widerstände. Schließlich wurde er am 30. November 1966 von seinem Amt abberufen. Seine Gegner bezeichneten diese Tatsache als Ende der Sozialen Marktwirtschaft. Die neue Konzeption hatte auf den „Segnungen von KEYNES“ zu beruhen, die mit einer neuen Wirtschaftspolitik eine krisenfreie Wirtschaftsentwicklung garantieren sollten. Dr. WÜNSCHE erinnerte in diesem Kontext an den Misserfolg dieser Politik, der im Jahre 1972 mit dem Rücktritt KARL SCHILLERS als Wirtschaftsminister besiegelt wurde. Im Anschluss daran beschrieb der Referent die Ansichten ERHARDS hinsichtlich des Keynesianismus. Nach Meinung von Dr. WÜNSCHE lehnte ERHARD in den 1950er Jahren die keynesianische Konjunkturpolitik vor allem aus weltanschaulichen Gründen ab. Er befürwortete weder die ökonomischen Konzeptionen von KEYNES noch die damit verbundenen gesetzlichen Regulierungen. Ungeachtet dessen hielt Erhard die keynesianischen Vorschläge einer Geld- und Kreditpolitik, mit der die Wirtschaftskrise bekämpft werden sollte, für nützlich. Gleichzeitig behauptete er aber, dass sich diese Vorschläge nicht für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung eignen würden.

In dem Referat von Z. SADOWSKI wurden einige Reflexionen über die Rolle des Staates in der Wirtschaft vorgestellt. Zunächst erinnerte der Referent an die Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Rolle des Staates und bestätigte die Ansicht B. RUSSELS über die Bedeutung des Staates, der einen Faktor des Ausgleichs zwischen den individuellen Aktivitäten der Menschen und ihren gemeinsamen Interessen darstelle. Die Regierung habe sich um zwei grundsätzliche Dinge, um Sicherheit und Gerechtigkeit, zu kümmern. Der Referent polemisierte mit der These A. SMITHS, dass Gerechtigkeit automatisch durch die Aktivitäten der „unsichtbaren Hand“ verwirklicht werde und dass die durch den Staat zu gewährende Sicherheit auf den Schutz des Privateigentums zu reduzieren sei,

was dem Konzept des „Nachwächterstaats“ entspreche. Anschließend führte der Referent eine genaue Diagnose im Hinblick auf die hohe Staatsquote der OECD-Staaten im Verhältnis zu ihrem BIP (gegenwärtig fast 50 Prozent) durch. Hierfür machte er fünf grundsätzliche Faktoren verantwortlich: die negativen sozialen Konsequenzen der Marktwirtschaft, die zyklischen Konjunkturschwankungen, das Problem der unterentwickelten Länder, den Übergang zur Informationsgesellschaft sowie die Gefährdungen für die zukünftige globale Entwicklung. Als Antidotum, das diese Gefährdungen verringern könnte, schlug der Referent die Existenz effektiver und miteinander kooperierender staatlicher Organismen vor. Nach Auffassung des Referenten dürfe es in Polen als einem die Systemtransformation vollziehenden Land nicht nur um einen ausschließlich von der Wirtschaft abhängigen Staat gehen, vielmehr müsse gerade die Fähigkeit des Staates gestärkt werden, bei der Entwicklung des Landes eine aktive Rolle zu spielen. Hierbei sollte die Marktwirtschaft unterstützt werden, keinesfalls dürfe es um die Substitution ihrer Aktivitäten gehen.

Das Referat von P. PYSZ trug den Titel „Der Ordoliberalismus als sozioökonomische Konzeption und ihr Einfluss auf die Soziale Marktwirtschaft“. Der Referent stellte die ordoliberalen Konzeption der Wirtschaftspolitik vor, also die Rolle von Staat und Wirtschaftsordnung und konzentrierte sich dabei auf drei Probleme:

1. Das Staatsversagen
2. Das Marktversagen
3. Das Versagen des Individuums

Vor diesem Hintergrund erinnerte der Referent daran, dass ausgehend vom Begriff „Ordo“ die Schöpfer des Ordoliberalismus sich nicht nur auf das beschränken wollten, was für den traditionellen Liberalismus charakteristisch ist, also auf den Kampf um die Freiheit der Wirtschaftssubjekte und ein freies Funktionieren des Marktes. Sie hielten es vielmehr für notwendig, den Kampf der Liberalen um Freiheit und freien Markt um eine staatlich zu gestaltende Politik einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu ergänzen. Um dies zu untermauern, stellte der Referent die Ansichten eines herausragenden Vertreters dieser Strömung, W. EUCKEN, über die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Grundbegriffen – dem Wirtschaftsprozess und der Wirtschaftsordnung – vor. Diese Vorstellungen finden sich auch in den Veröffentlichungen L. ERHARDS. Der Referent stellte fest, dass ERHARD ein Ordoliberaler war, der aufgrund seiner politischen Position die Chance hatte, eine auf dem Wettbewerb beruhende Wirtschaftsordnung zu verwirklichen. Die entscheidende Bedeutung, die Erhard der Wettbewerbsordnung und dem Wettbewerb beimaß, wird an folgender Aussage deutlich: Wohlstand für alle und Wohlstand durch Wettbewerb. PYSZ stellte dann die Möglichkeiten des Ordoliberalismus in der heutigen Welt vor. In diesem sehr interessanten Fragment seines Referats erinnerte er daran, dass sich der Ordoliberalismus auch gegenwärtig auf Institutionen des Wirtschaftslebens wie Unternehmen und Haushalte, die in den typischen Rollen des Verkäufers und des Konsumenten auf dem Markt auftreten, konzentrierte, während die Politik der Sozialen Marktwirtschaft auf das menschliche Individuum abhebe. Der Referent hob hervor, dass die bisherigen Errungenschaften des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft allmählich von der Staatsebene auf die internationale und globale Ebene übertragen und

weiter entwickelt werden sollten. Dadurch sollte auch das notwendige soziale und moralische Fundament der Wettbewerbsordnung gestärkt werden.

Das Referat von E. MAĆZYŃSKA trug folgenden Titel: „Der zivilisatorische Umbruch und die Wirtschaftsordnung“. Die Referentin ging davon aus, dass sich die für das Industriezeitalter typischen Modelle der Wirtschaftsordnung unter den Bedingungen des zivilisatorischen Umbruchs als ineffektiv erweisen. Daher die Notwendigkeit, sich an die neuen Herausforderungen anzupassen, die sich aus dem Ausklingen der Industrieepoche ergeben. Eines der hierfür geeigneten Modelle sei das Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Zwar sei die Idee der Sozialen Marktwirtschaft nicht neu, aber die Gegenwart scheint ihre Gültigkeit immer stärker zu bestätigen. Des Weiteren stellte die Referentin fest, dass im Unterschied zu ausgesprochen liberalen Konzeptionen das Modell der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Aspekte berücksichtige, was zur Abschwächung wirtschaftlicher Ungleichgewichte und sozialer Spannungen beitrage. Schließlich hob die Referentin hervor, dass auch bei diesem Modell erforderlich sei, dass man sich an die sich unter dem Einfluss der Globalisierung verändernden machtausübenden und Entscheidungen treffenden Institutionen anzupassen habe.

R. SCHARFF stellte ein interessantes Referat unter dem Titel „Usbekistan. Sonderwege der Transformation“ vor. Zu Beginn machte der Referent auf eine Reihe mit der Transformation verbundener Probleme aufmerksam:

- die wachsende Armut der Gesellschaft
- den Rückschritt im Bildungs- und Gesundheitswesen
- die Arbeitsmigration
- die Korruption

Anschließend nannte der Referent Daten, die die sozioökonomische Situation im Lande wiedergeben: die Höhe des erreichten BIP sowie die demographische Entwicklung von 1992 bis 2003 und verglich die grundlegenden ökonomischen Indikatoren Usbekistans mit denen solcher Länder wie Russland, Polen und Kasachstan. Zahlreiche Beispiele belegen, dass die Wirtschaftstätigkeit in Usbekistan folgender These entspricht: „Asian economies seem to accept the informal system of regulation more readily than Anglo-Saxon and European economies“. Auffällig ist die bedeutende Rolle postkommunistischer Eliten bei gleichzeitig geringer Bedeutung öffentlicher Institutionen, ein stark ausgeprägter staatlicher Interventionismus, vor allem im Handel sowie bei der Festlegung der Produktionsziele in Industrie und Landwirtschaft. Zu beobachten sind auch einzelne, besonders einflussreiche Gruppen, Clans, die ihre Interessen durchsetzen, zentral gesteuerte soziale Gruppen, die ein Konglomerat aus Clans, Familienstrukturen und islamischen Institutionen bilden. Der Referent stellte fest, dass Usbekistan das beste Beispiel für eine Wirtschaftsreform darstelle, die nicht auf Grundlage des sog. „Washington Consensus“ (Wachstum und Effizienz) durchgeführt wurde. Er hob des Weiteren hervor, dass die Regierung eine abgestufte Transformation in Gang gesetzt habe, die Stabilisierung und Gleichheit zum Ziel habe. Es scheint, dass der Schlüssel für die Wirtschaftserfolge der Regierung KARIMOVs auf der Kontrolle über die Uran- und Goldvorkommen, den Baumwollexport und die Preise beruhe. Eine bedeutende Rolle spiele weiterhin die Landwirtschaft, die mit einem Drittel zum

Gesamtwachstum beitrage, wobei der Handel und andere Dienstleistungen einen im Vergleich zu anderen Ländern überaus hohen Anteil repräsentieren.

H. GODLESKA-MAJKOWSKA referierte zum Thema „Freiheit und Verantwortung als Prinzipien der Arbeitsmarktpolitik in Polen“. Zunächst hob die Referentin die große Rolle von Freiheit und Verantwortung hervor. Als Ziel ihres Beitrag bezeichnete die die Beantwortung der Frage, ob es in Polen mit Hilfe staatlicher Institutionen in Sachen Beschäftigung zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft komme. Die Referentin bezog sich hierbei auf die staatlichen Dienststellen in den Kreisen, den Wojewodschaften sowie im Ministerium für Arbeit. Vor diesem Hintergrund analysierte sie die Effizienz der Hauptinstrumente bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Polen, unter anderem auch die Finanzmittel, die hauptsächlich aus dem Arbeitsfonds stammen. Auf Grundlage der präsentierten Analyse verdeutlichte die Referentin, dass die Arbeitsmarktpolitik in Polen auf den Idealen der Freiheit und Verantwortung basiere. Dies belegen die diskutierten Instrumente im Bereich der Wirtschaftstätigkeit (z. B. die Hilfen bei Selbstständigkeit und bei Genossenschaftsgründungen) oder auch Konzepte, die den sich rasch verändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten das Humankapital entsprechend unterstützen (Schulungen, Kredite zur Hebung der Qualifikation von Arbeitslosen). Weiterhin berichtete die Referentin, dass vier Fünftel der im Fonds für Arbeitslose bereitgestellten Mittel zur Finanzierung der Implementierung und Fortführung weiterer Aktivitäten eingesetzt werden. Allerdings – so die Referentin – sei die Hilfe, die den einzelnen Arbeitslosen in Polen gewährt werde, nicht ausreichend.

Schließlich das abschließende Referat von W. GRZYWACZ unter dem Titel „Notwendigkeit einer Neudefinition der Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft unter den sich verändernden Bedingungen“. Hier wurde auf die permanente Bewegung, die Turbulenzen im Umfeld, die Instabilität und das Fehlen eines absoluten Optimums abgehoben. Der Referent beschäftigte sich intensiv mit der Globalisierung, dem Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung und mit der Rolle des Staates. Er unterschied dabei die äußeren und inneren ökonomischen und finanziellen Funktionen des Staates. Danach ging er auf drei Konzeptionen staatlicher Wirtschaftspolitik, den Monetarismus, den Fiskalismus und den keynesianischen Interventionismus ein und erörterte deren wechselseitige Beziehungen. Der Referent stellte fest, dass man aufgrund der Neudefinition des Ziels der Sozialen Marktwirtschaft man die sich auf die Landesebene beziehenden Maxime ERHARDS „Wohlstand für alle“ auf die internationale bzw. globale Ebene übertragen müsse. Nach seiner Auffassung sei dies die einzige Garantie, um in der zeitgenössischen Welt soziale Ordnung zu garantieren. Um Solidarität zu unterstützen, müssten immer mehr private Mittel zum Einsatz kommen. Dagegen werde der Prozess der Stabilisierung und Entwicklung durch Etatismus, überzogenen Fiskalismus und eine aufgeblähte Umverteilung des BIP zugunsten der ständig wachsenden Ansprüche der StaatsbürgerInnen gefährdet.

Beate Nieke / Zbigniew Wilkiewicz<sup>1</sup>

## Seminarbericht zur Multiplikatoren-tagung „Praxis und Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare (22. –24 .02. 2007)“

### *Zielgruppe und Zielsetzung*

Das Seminar fand als Kooperationsveranstaltung des DPJW und des GESW statt und richtete sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren des deutsch-polnischen Schüleraustauschs aus Polen und aus Deutschland. Um eine optimale Verständigung zu gewährleisten, wurde während der gesamten Tagung konsekutiv übersetzt. Unser besonderer Dank gilt deshalb den beiden Übersetzenden: Frau ANETA GANSLER (Münster) und Herrn JACEK JEREMICZ (Gorzów). Der Verlauf und die Ergebnisse der Tagung wurden in der lokalen Presse und im Sachbericht an das DPJW dokumentiert.



Das Seminar diente dem Erfahrungsaustausch sowie der Vorstellung von Projekten und Methoden, die bei deutsch-polnischen Begegnungen zum Einsatz kommen. Möglichst neue, aber auch bewährte Projekte wurden in Workshops präsentiert, diskutiert und ergänzt. Darüber hinaus beschäftigten wir uns mit Organisations- und Finanzierungsfragen. Dieser Part wurde von Frau NATALIA HOFFMANN vom DPJW aus Warschau übernommen.

Insgesamt waren es 30 Teilnehmende, 21 deutsche und neun polnische Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die im zweiten Teil des Seminars mit Hilfe eines von HUBERT LUSZCZYNSKI vorgestellten Projektberichts in gemischtnationalen Workshops ihre Erwartungen, Wünsche und Ziele formulierten. Dabei lag ein unterschiedliches Organisations- und Erfahrungswissen vor, sodass ein reger Wissenstransfer gewährleistet war.

<sup>1</sup> Der vorliegende Seminarbericht basiert auf einer Mitschrift von BEATE NIEKE (Paderborn). Er wurde von ZBIGNIEW WILKIEWICZ überarbeitet und für den Druck vorbereitet. Es wurden nicht alle Beiträge berücksichtigt, sondern eine Auswahl getroffen. Der Vortrag von HUBERT LUSZCZYNSKI („Wie aus Fremden Freunde wurden“) wird als Beitrag in der vorliegenden Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ in Gänze dokumentiert.

## ***Neuralgische Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen (19. u. 20. Jh.)***

### **Einleitung**

Der Seminarleiter, Dr. ZBIGNIEW WILKIEWICZ, stellte eingangs eine Power-Point-Präsentation vor, die bei deutsch-polnischen Begegnungsseminaren regelmäßig eingesetzt wird. In ihr gehe es nicht darum, historische Ereignisse chronologisch zu rekonstruieren, vielmehr soll auf einige wichtige neuralgische Punkte in den deutsch-polnischen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts eingegangen werden, um deutlich zu machen, wie sich die wechselseitigen schwierigen und leidvollen Beziehungen besonders seit der Wende der Jahre 1989/90 zum Besseren gewendet haben. Den Hintergrund und Zielhorizont für diese kompakte Rekonstruktion stelle dabei der europäische Einigungsprozess und die Zugehörigkeit beider Staaten zur EU dar.

### **Polnische Teilungen und Folgen**

Bei polnischen und deutschen Jugendlichen sind ganz unterschiedliche Geschichtsbilder vorhanden. Die polnischen Jugendlichen kennen ihre Nationalgeschichte relativ gut, die deutschen sind in der Regel nicht mit ihrer eigenen Nationalgeschichte und schon gar nicht mit der polnischen gut vertraut.

Deshalb ist es sinnvoll, auf den Komplex der polnischen Teilungen einzugehen, weil sich aus ihnen weitreichende Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ergaben und bis zum Ersten Weltkrieg für die klare Dominanz Deutschlands gegenüber Polen standen.

Hier ergibt sich auch die Möglichkeit, zeitversetzt eine Parallele zum Trauma der deutschen Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen. Angestrebt wird dabei, von einer ausschließlich nationalen zu einer beziehungsgeschichtlichen Darstellungsweise zu gelangen. Im Idealfall sollen die TN dazu angeregt werden, Verständnis und Empathie für die andere Seite zu entwickeln und eventuell auch einen Perspektivwechsel vorzunehmen.

### **Deutschland und Polen 1919 – 1939**

Hervorgehoben werden sollte die Unversöhnlichkeit des Deutschen Reiches gegenüber Polen, das man als selbstständigen Staat keinesfalls langfristig anerkennen wollte. Gleichzeitig wird aber auch auf die kompromisslose Minderheitenpolitik der II. Republik Polen hingewiesen. Dadurch soll verdeutlicht werden, dass übersteigter Nationalismus zu absolut extremen Entwicklungen führen kann, was mit der Entstehung des Nationalsozialismus und der Machtergreifung Hitlers in Deutschland auf drastische Weise bestätigt wurde.

Wie die eingesetzten Folien zu diesem Thema verdeutlichen, wird im GESW im Zusammenhang mit gegenseitigen Konflikten, Vorurteilen und Ressentiments gezielt mit Karikaturen gearbeitet. Karikaturen erweisen sich für Jugendliche, aber auch für Erwachsene in der Regel attraktiver als lange Texte, allerdings muss den TN ihr besonderer Charakter erläutert werden, damit es zu keinen Missverständnissen kommt.

Bei den im GESW durchgeführten Begegnungsseminaren werden in einem Workshop regelmäßig deutsch-polnische Karikaturen und Comics gezeichnet und am Ende des Seminars präsentiert.

### **Deutsche Besatzungspolitik**

In dieser Einheit sollte hervorgehoben werden, dass es neben dem an den Juden verübten Holocaust auch eine gezielte Verfolgung und Vernichtung polnischer Bevölkerung gab. Die Erinnerung an die Brutalität der deutschen Besatzungspolitik in Polen mit weitreichenden Umsiedlungsplänen und der Ideologie von den „slawischen Untermenschen“ spielt im kollektiven Bewusstsein der Polen auch heute noch eine erhebliche Rolle. Insofern sollten diese Fakten auch den deutschen TN, die sie in der Regel nicht kennen, in Ansätzen vermittelt werden. Umso mehr als sie bei ihren Besuchen in Polen immer wieder mit entsprechenden Erinnerungsorten konfrontiert werden.

### **Deutschland und Polen nach 1945**

Das Problem von Vertreibung und Umsiedlung ist bis heute noch virulent und wird unterschiedlich bewertet. Wichtig scheint zu sein, dass die Fakten auf beiden Seiten benannt, keinesfalls beschwiegen werden sollten. Hierzu gehört natürlich auch die von den deutschen Besatzern brutal umgesetzte Zwangsumsiedlung und Vertreibung zahlreicher Polen sowie deren erzwungener Einsatz in der deutschen Rüstungsindustrie. Die von polnischer Seite ebenfalls brutal durchgeführte Vertreibung der Deutschen sollte in ihrem historischen Kontext und kausalen Zusammenhang referiert werden.

In zahlreichen deutsch-polnischen Begegnungsseminaren wurde in diesem Kontext festgestellt, dass die polnischen TN über die Art und das Ausmaß der Vertreibung und Umsiedlung deutscher Bevölkerung nur wenig informiert sind.

An diese Einheit kann sich eine Diskussion über die Problematik von Opfer- und Täterstatus anschließen. Dabei wird deutlich, dass es hier sehr unterschiedliche, individuelle Perspektiven geben kann. Während in Polen bis heute das Selbstverständnis dominiert, fast ausschließlich Opfer gewesen zu sein, wird die deutsche Täterrolle in Deutschland in der Regel angenommen, allerdings verstehen sich zahlreiche deutsche Vertriebene und ihre Nachkommen ebenfalls als Opfer des Zweiten Weltkriegs.

### **Kalter Krieg**

In diesem Abschnitt steht die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands im Mittelpunkt; von Bedeutung sind hier auch die unterschiedlichen Beziehungen der Volksrepublik Polen zur BRD und zur DDR.

Dabei sollte auch die gegenseitige politische Propaganda, die ein verzerrtes Bild beider Länder lieferte, entsprechend gewürdigt werden.

Die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD stellte für zahlreiche Polen, die in den nunmehr polnischen Westgebieten des Landes angesiedelt wurden, ein weiteres Trauma dar, denn der neue Lebensraum wurde über lange Zeit als Provisorium betrachtet. Parallel hierzu erlebten die Deutschen ebenfalls die Spaltung ihres Landes als traumatische Erfahrung.

### **Grußwort der polnischen Bischöfe und Ostpolitik WILLY BRANDTS**

Durch das Grußwort der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ wurde 1965 ein langjähriges, zähes Schweigen durchbrochen. Die Kirchen beider Länder initiierten somit den schwierigen Versöhnungsprozess.

Der Kniefall WILLY BRANDTS vor dem Denkmal für die Aufständischen des Warschauer Ghettos stellte ein weiteres wichtiges Versöhnungssymbol dar, auf das während des Vortrags intensiv eingegangen wird.

Durch die zwischen 1970 und 1974 eingeleitete Ostpolitik der sozialliberalen Koalition kam es zu Annäherung und Austausch zwischen Westdeutschen und Polen sowie zur vorläufigen Anerkennung der deutschen Ostgrenze.

### **Deutschland und Polen seit 1980/81**

Durch die seit den 1970er Jahren erfolgte Westöffnung Polens war es zu vermehrten deutsch-polnischen Kontakten und zu einem stärkeren gegenseitigen Verstehen gekommen. Die Gewerkschaft und Bürgerbewegung „Solidarność“ war auch in der Bundesrepublik Deutschland sehr populär. Nach der Niederschlagung der Solidarność-Bewegung und der Ausrufung des Kriegsrechts leisteten die Westdeutschen enorme humanitäre Hilfe für die notleidende polnische Bevölkerung. Dies veränderte das Bild Westdeutschlands und der Westdeutschen in der polnischen Gesellschaft nachhaltig. Insgesamt sollte erarbeitet werden, dass der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa durch den zivilen Widerstand des „Solidarność“ und die Aktivitäten des polnischen Papstes JOHANNES PAULS II. maßgeblich beschleunigt wurde.

### **Deutschland und Polen in den 1990er Jahren**

Der Zusammenbruch des Ostblocks ermöglichte den Systemwechsel in Polen und die Vereinigung Deutschlands. Durch den Abschluss der deutsch – polnischen Verträge von 1990 und 1991 erfolgte die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Deutschland wurde hinsichtlich des EU- und NATO-Beitritts Polens zu dessen Anwalt in Europa. Dafür stand die Versöhnungsgeste von HELMUT KOHL und TADEUSZ MAZOWIECKI in Kreisau, die den Beginn einer historisch betrachtet einzigartigen Interessengemeinschaft und Partnerschaft ankündigte. Es sollte deutlich werden, dass die deutsch-polnischen Beziehungen noch nie so gut waren wie zu diesem Zeitpunkt.

### **Deutsche und polnische Ängste**

Trotzdem bleiben auf beiden Seiten hartnäckige Stereotype und Ängste bestehen.

In Polen gibt es noch immer die Angst vor dem deutschen Revisionismus, der deutschen Überheblichkeit und dem Ausverkauf polnischer Erde.

Auf deutscher Seite fürchtet man eine massive polnische Zuwanderung und die Konkurrenz in zahlreichen Dienstleistungsbereichen, inklusive Verlegung von Produktionsstätten ins kostengünstigere Polen.

Die Grenzöffnung und die Erweiterung der EU um Polen wird deshalb nicht von allen Deutschen positiv betrachtet. Gerade im deutsch-polnischen Grenzgebiet gibt es trotz

erfolgreicher Kooperation in zahlreichen Bereichen weiterhin noch viel Misstrauen und ein durch wechselseitige negative Erfahrungen geprägte Wahrnehmung.

Gerade die in den letzten Jahren deutlich spürbare Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen verdeutlicht, dass das deutsch-polnische Verhältnis wohl auch in Zukunft ein besonderes bleiben wird, an dessen Verbesserung weiter gearbeitet werden muss.

### **Partnerschaft und Aussöhnung**

Partnerschaft und Aussöhnung sind Prozesse, die sich besonders auf mittlerer und unterer Ebene vollziehen. Von vorrangiger Bedeutung sind hier zivilgesellschaftliche Initiativen und Begegnungen, wie z. B. die zahlreichen deutsch-polnischen Städte- und Schulpartnerschaften, woraus sich recht häufig intensive persönliche Kontakte ergaben und ergeben. Deshalb sollte deren völkerverbindende und den Frieden unterstützende Funktion deutlich gemacht werden. Den deutschen und polnischen TN sollte klar werden, dass sie mit ihrem Begegnungsseminar und Projekt im GESW ganz aktiv zum Versöhnungsprozess und zur Überwindung einer dunklen und grausamen Vergangenheit beitragen.

Der Zielhorizont der EU steht dabei für die Stärkung der europäischen Integration und die Sicherung des europäischen Friedens und bestimmt als positiv formuliertes Zukunftsprogramm weitgehend den weiteren Verlauf des Seminars.

### ***Die Rolle von Spielen und Medieneinsatz***

Jörg Stemmer (GESW) ging in seinem Vortrag auf die Funktion von Spielen und auf deren Anwendung bei deutsch-polnischen Begegnungsseminaren ein. Unter anderem erläuterte er unterschiedliche Formen von Icebreaking Activities, die im GESW zu Beginn eines Seminars regelmäßig zum Einsatz kommen und wies auf einige Spiele hin, die sich besonders gut für den Einsatz in deutsch-polnischen Begegnungsseminaren eignen.

- **Reise nach Jerusalem** (mal anders), keine Ausgrenzung, sondern „Stapelung“ der Jugendlichen auf den Stühlen, die noch verbleiben...
- **Weißes Socken Spiel:** alle, die weiße Socken haben, setzen sich um...
- **Gordische Knoten Spiel:** ein Verkettungs-, Verknotungs- und Entknotungsspiel, bei dem es um das Herstellen von Vertrauen geht...

Danach berichtete Stemmer über den Einsatz von Podcasts, durch den die TN eingeladen werden, selbst Akteure in der Medienlandschaft zu sein. Sie gestalten und veröffentlichen ihre Ergebnisse und werden so zu Produzenten, anstatt nur Konsumenten zu bleiben. Angestrebt werden:

- Partizipation (Beteiligung am gemeinsamen Projekt)
- Demokratie lernen (gemeinsame Absprachen treffen)
- e-Learning (Lernen mit Medien umzugehen)
- Festigung des Erlernten (Nacherzählung im Blog)

Erläuterungen:

Podcast: Verbreitung von Audiosendungen über das Internet

Blog: Kunstwort aus Weblog und Logbuch. Blogs dienen als Internettagebücher oder Notizzettel und dem Austausch von Neuigkeiten im Internet. Weltweit gibt es ca. 11 Millionen Blogs und davon in Deutschland schätzungsweise 200.000.

RSS-Feeds: Really Simple Syndication (Wirklich Einfache Verbreitung). Diese Technik ermöglicht es dem Nutzer, Seiten oder Beiträge von Internetseiten zu abonnieren.

Die Voraussetzungen hierfür sind:

Eine Domain mit folgenden technischen Möglichkeiten

- PHP Server
- MySQL Datenbank
- Speicherplatz
- Mikrophone

Software

- Blogsoftware (z. B. Wordpress)
- Podcast Server Software (z. B. Loudblog)
- Ein Programm zum Aufzeichnen (z. B. Audacity)
- Die Programme sind als freeware zu bekommen

### ***Die Aktivitäten des DPJW***

NATALIA HOFFMANN (DPJW Warschau) stellte den vom DPJW produzierten Film „Geschichte eines Kusses, Begegnung mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk vor“, den man in Zukunft beim DPJW wird ausleihen können.

Danach erläuterte sie die Arbeitsteilung im DPJW (Potsdam: Außerschulischer Austausch, Warschau: Schüleraustausch, Sportbegegnungen, Lehrerfortbildung).

Im Anschluss hieran ging die Referentin darauf ein, was alles gefördert werden könne:

- Begegnungen zwischen jungen Deutschen und Polen (4 – 26 Tage)
- Praktika (bis zu 3 Monate)
- Fortbildungsveranstaltungen (wie die derzeitige)
- Gedenkstättenfahrten
- Publikationen, Medien etc.

Überdies verteilte Frau Hoffmann Broschüren des DPJW mit einem Blatt, in dem die aktuellen Änderungen hinsichtlich der Förderungsbedingungen zusammengefasst sind.

### **Bezuschussung von Projekten**

Zuschüsse zu den Programmkosten gibt es für die Gastgeber, Reisekosten werden nur den polnischen Teilnehmern erstattet. Allerdings gibt es keinen Taschengeldzuschuss mehr, vielmehr wird dieser in die Maßnahme hineingerechnet.

Bei den Festbeträgen (Stand 01.01.2007) ist von Zuschüssen zu den Programmkosten in Höhe von 40 PLN (12 Euro) als maximalem Betrag pro Person und Tag auszugehen.

Bei Unterbringung in Herbergen, Internaten, Zeltlagern, Hotels ist von einem Maximalbetrag von 60 PLN oder 18 Euro. pro Person und Tag auszugehen. Bei der Unterbringung in einer Bildungsstätte von 100 PLN oder 30 Euro.

### **Kontaktbörse**

Das DPJW vermittelt Partnerschaften zwischen Institutionen, Schulen, Vereinen und Einzelpersonen. Zur Zeit gibt es ca. 90 polnische Schulen, die eine deutsche Partnerschule suchen. Frau Hoffmann bittet darum, diese Information weiter zu leiten. Es werden jährlich ca. 4.000 Anträge in beiden Büros gestellt.

### **Projekte des DPJW**

#### Interkulturelle Bildung

- Austausch
- Gemeinsame Unterrichtsstunde: in Seminaren sind Materialien entwickelt worden
- Projekt als Form internationaler Jugendarbeit

#### Interkulturelle Kommunikation

- Neue Medien im Schüleraustausch
- Deutsch-polnischer Tandemsprachkurs
- Dialog: Deutsch-polnisch-französische Seminare; für deren Beantragung es spezielle Formulare gibt
- Partnertagungen, die von den Partnerschulen selbst organisiert werden können. Die größte Veranstaltung, gleichsam das Flaggschiff des DPJW, ist die Sommerakademie für LehrerInnen. Hierbei geht es um die Suche nach einer gemeinsamen Herangehensweise hinsichtlich eines historischen deutsch-polnischen Themas ( zum Beispiel: deutsche und polnische Schulbücher, Vorbereitung von gemeinsamen Gedenkstättenfahrten, Gemeinsames Lernen in Auschwitz)

### **Publikationen**

Hilfen für alle, die etwas mehr über Polen und Polnisch wissen wollen:

„Versuch's auf Polnisch!“, „Niemieckie ABC“, „Polnisches ABC“.

Wenn man selbst eine Handreichung zur Methodik publizieren möchte, sollte man beim DPJW nachfragen, ob dies möglich und realisierbar ist.

### **Fragen zur Bezuschussung**

- Für die Bezuschussung ist entscheidend, wie viele Programmtage vorliegen.
- In der Regel wird der Höchstsatz nicht bezahlt.
- Wenn eine Maßnahme nicht ohne Zuschüsse stattfinden kann, sollte noch einmal beim DPJW nachgefragt werden.
- Sicherlich werden auch Sportveranstaltungen gefördert, allerdings darf es sich nicht ausschließlich um einen sportlichen Wettbewerb handeln.
- Aus den Anträgen müsse klar hervorgehen, was man mit dem Programm erreichen möchte.
- Die Beantragung der Maßnahme sollte acht bis zwölf Monate vor Maßnahmebeginn erfolgen.

Im Jahre 2006 gab es Probleme mit dem Haushalt des DPJW. So durfte das Budget auf keinen Fall überschritten werden und es wurde nur noch monatlich bewilligt. Es gab viele Anträge auf der Warteliste, was nicht mit einer Absage gleichzusetzen ist. Derzeit sind noch 180 Anträge auf der Warteliste. Diesbezüglich sollte man in jedem Fall noch einmal nachfragen.

Für 2007 ist der Haushalt immer noch nicht bestätigt worden, allerdings hat es von polnischer Seite eine mündliche Zusage gegeben, dass die Bestätigung in Kürze erfolgen soll.

Für 2007 rechnet das DPJW mit einer ähnlichen Budgethöhe wie im Jahr 2006.

Der Zuschuss richtet sich nach der Unterbringungsart, für Maßnahmen in einer Bildungsstätte fällt er höher aus als für die Unterbringung in einer Familie.

## ***Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse***

### **AG 1**

#### **Wie begegnet man Schwierigkeiten bei der Durchführung von Begegnungen?**

Herr Hegemann (Gesamtschule Löhne, Partnerschaft seit 2003) erläuterte das Problem, dass man nur recht wenig SchülerInnen aus Deutschland motivieren könne mitzufahren; auf polnischer Seite besteht dieses Problem hingegen nicht. Das Verhältnis betrage ca. sieben Deutsche gegenüber 20 bis 30 interessierten TN aus Polen

Als Ursachen benannte HEGEMANN die unglückliche Initiierung des Projekts, finanzielle Engpässe sowie den Zeitraum, da die Hälfte des Austauschs in der Ferienzeit liege.

Auch stünden nur wenige Jahrgangsstufen zur Verfügung und nur ein kleiner Teil des Kollegiums sei bislang eingebunden.

Die von Herrn REITH (HS Duisburg, Partnerschaft seit 1990) geschilderten Erfahrungen und Strategieansätze lassen sich wie folgt zusammenfassen. Die Gruppengrößen seien konstant, das Problem bestehe nur darin, wieder eine neue Gruppe zu finden. In Duisburg werden bei der Planung des Programms außerschulische Institutionen (Kirchen, Betriebe) mit eingebunden. Die TN kommen zunächst für zwei Tage in eine Jugendherberge, erst anschließend gehen sie in die Familien.

- Man sollte dafür sorgen, dass auch neue Lehrkräfte die Partnerschaft mit tragen.
- Um Kosten zu senken, chartert Duisburg einen polnischen Bus für den Transfer.
- Der Förderverein tritt ein, wenn ein TN das Geld für den Austausch nicht aufbringen kann.
- Es wird manchmal schon zwei Jahre vor der Maßnahme Geld in kleinen Raten eingesammelt

Ideen:

- Bei bestehenden Städtepartnerschaften organisiert man die Schulpartnerschaft mit Hilfe des Partnerschaftsvereins der jeweiligen Kommune.
- Einbindung des GESW mit zwei- bis dreitägigen einführenden Seminaren für den Austausch.

Fragen:

1. Wie könnte, insbesondere für die polnische Seite, ein Lehreraustausch oder eine Lehrerbegegnung organisiert und finanziert werden?
2. Ist über das Programm "Lifelong learning" eine Comeniusförderung möglich?
3. Besteht die Bedingung, dass eine Förderung durch das DPJW nur erfolgt, wenn der Aufenthalt zehn Tage dauert?
4. Wie könnte ein trinationaler Austausch organisiert werden? Sollte man einen Antrag bei Mid-Ost über das Programm „Junge Wege in Europa“ stellen?

#### **AG 2:**

##### **Belebung der Schulpartnerschaft**

Herr ORTMANN (Haupt- und Realschule in Hagen a. Teutoburger Wald) erläuterte, dass die Schulpartnerschaft zwischen der Schule in Hagen und dem Gymnasium in Barczewo neu belebt werden soll. In der AG wurde dementsprechend das gemeinsame Programm bis 2008 geplant.

Bislang handelte es sich um eine deutsch-polnische Schulpartnerschaft, zukünftig solle es sich um einen Austausch zwischen einer Schule in Deutschland und Polen in einem erweiterten Europa handeln. Es werde deshalb ein entsprechender EU-Antrag gestellt.

#### **AG 3:**

##### **Projekt Windkrafträder**

Frau UBER berichtete, dass die Schulpartnerschaft zwischen dem Berufskolleg in Detmold und der Berufsbildenden Schule in Chodzież (bei Posen) seit 2005 bestehe. Bislang habe es nur zwei Begegnungen gegeben. Es gebe allerdings eine starke Unterstützung seitens der jeweiligen Schulleiter und der Landräte. Im Vordergrund der Projektarbeit steht die Informations- und Kommunikationstechnologie. Dabei war „Unsere kleine Welt“ ein Thema, das bisher gemeinsam erarbeitet wurde.

In der AG wurden die Vorhaben für die kommenden zwei Jahre geplant. So sollen im Bereich der polnischen Partnerschule zwei Windkrafträder gebaut werden. Da es im Kreis Lippe bereits Windkrafträder und dementsprechende Erfahrungen gibt, sollen in beiden Orten Befragungen zu diesem Thema durchgeführt werden. Die Auswertungen werden dann in einer Pressekonferenz vorgestellt. Ein entsprechender Antrag sei im Rahmen von „Comenius“ formuliert worden, wobei sich die Antragstellung allerdings als schwierig erwiesen habe.

#### **AG 4:**

##### **Bewährte oder neue Wege gehen?**

Herr Dr. KOPMANN (Celle) referierte, dass der Schüleraustausch zwischen dem Gymnasium in Celle und dem Lyzeum in Konin bereits seit 16 Jahren bestehe. In der AG sei kontrovers diskutiert worden, ob man wie gewohnt weiter machen oder neue Wege gehen sollte.

Es wurden zunächst die bestehenden Probleme analysiert: so das mangelnde Interesse bei den deutschen SchülerInnen. Etliche deutsche Familien seien überdies nicht mehr bereit, polnische Gäste aufzunehmen.

Die Deutschkenntnisse der polnischen TN haben abgenommen, so dass die Verständigung erschwert sei, zum Teil nur noch in auf Englisch ablaufe. Der Reiz des Neuen sei verloren gegangen, auch weil es zahlreiche konkurrierende Angebote gebe.

Den Zielen, die Herr LUSZCZYNSKI herausgearbeitet habe, wurde ausdrücklich zugestimmt: es gehe um die Suche nach und die Arbeit an Gemeinsamkeiten.

Probleme:

Die Frage, welches Konzept verfolgt werden sollte, blieb offen. Ein Kollege wollte beim alten Konzept bleiben, ein anderer Schülerbegegnung im Rahmen von Seminaren durchführen, ein dritter sprach sich für eine Kombination beider Konzepte aus.

#### **AG 5:**

##### **„Meine Stadt“ als zukünftiges Projekt**

Frau HARPENAU und Frau RUDZKA berichteten, dass die Partnerschaft zwischen den Schulen in Steinfeld und Jastrowie erst seit zwei Jahren bestehe. Die AG hat für ihr Projekt die Anregungen aus dem Vortrag von Herrn LUSZCZYNSKI für das Jahr 2008 aufgenommen. Die im Jahr 2007 geplanten Austauschbegegnungen werden wie geplant durchgeführt. Die AG möchte im Jahr 2008 allerdings das Programm „Meine Stadt“ in Deutschland und in Polen durchführen. Es sollen Filme gedreht werden, die dann den potentiellen TN der kommenden Jahre im Vorfeld gezeigt werden können. Geplant ist auch eine Lehrerfortbildung. In diesem Zusammenhang wird mit der AG 4, die eine solche Fortbildung auch plant, Kontakt aufgenommen.

#### **AG 6:**

##### **Berufsschulpartnerschaft Northeim - Brzeg Dolny**

Frau CHOLAWO und Herr KROHN referierten, dass es bisher keine offizielle Schulpartnerschaft zwischen ihren Schulen gebe und für ihre Kooperation Organisationsprobleme typisch seien, die sich aus dem dualen System der Ausbildung in Deutschland ergeben. Es sei nicht einfach, die TN freigestellt zu bekommen. Einerseits finde man relativ leicht themenbezogene Projekte für den Austausch, was die Vorbereitung erleichtere, andererseits bestehe die Aufgabe darin, den Austausch möglichst attraktiv zu gestalten. Man plane deshalb ein Projekt, in dem die TN möglichst selbstständig stadtbezogene Materialien erarbeiten sollen. Die Informationen sollten jugendgerecht bearbeitet und präsentiert werden. Der Arbeitsauftrag lautet: „Sucht nach Highlights in eurer Stadt.“ In deutsch-polnischen Kleingruppen werden eine Power Point Präsentation oder ein Flyer hergestellt, wobei wirtschaftliche Aspekte besonders berücksichtigt werden sollen, schon alleine deshalb, weil die TN dem gewerblichen Schulzweig angehören.

Zukünftiges Ziel seien trinationale Begegnungen, wobei man eventuell tschechische Partner ins Boot holen möchte. Es gibt zwar schon Kontakte, die konkreten Planungen erweisen sich aber als schwierig. Mit einer litauischen Schule werde es zukünftig wohl eine Partnerschaft geben.

**Arbeitsgruppe 7:****Kooperationen mit dem GESW**

Herr THURM (LAG für Ostkunde in NRW) und Frau BERGFELD berichteten von einem im GESW durchgeführten Begegnungsseminar zwischen den Schulen in Bergkamen und Piecki, die sich mit dem Thema: „JOHANNES PAUL II., der Friedenspapst“ befassten. Als besonders wichtig erwies sich in diesem Kontext die Arbeit mit zwei Zeitzeugen.

Während der Planung des Austauschs gab es allerdings Probleme. Da in Bergkamen nicht alle polnischen Gäste untergebracht werden konnten, erwies es sich als hilfreich, dass man den ersten Teil der Begegnung im GESW gestalten konnte. Die Arbeitsergebnisse wurden dokumentiert und in Bergkamen der Presse vorgestellt. Im Anschluss daran wurde eine binationale Sportveranstaltung durchgeführt.

Herr GEHRMANN arbeitet an einer berufsbildenden Schule in Magdeburg. In seinem Beitrag verwies er auf die Schwierigkeit, ostdeutsche Jugendliche für eine Begegnung mit Polen zu motivieren. Außerdem beschrieb er die organisatorischen Schwierigkeiten im Bereich der beruflichen Bildung. So müssen sich die TN zum Beispiel Urlaub nehmen, um an einem Austausch teilnehmen zu können.

Frau AUST berichtete von ihrem Projekt mit den Förderschulen in Kalletal und Lwówek Śląski. Da sich die Unterbringung der polnischen TN in Familien als sehr schwierig bzw. unmöglich erweise, sei die Nähe zum GESW, das als Anlaufstelle fungiere, besonders hilfreich. Der Austausch erfolge mit den 9ten Klassen. Wenn die deutschen TN dann in der 10ten Klasse sind, fahren sie nach Polen. Problematisch bleibe immer die Finanzierung. Man versuche deshalb von Jahr zu Jahr neue Sponsoren zu finden. Sehr hilfreich sei hier die vom DPJW erwiesene Unterstützung, da es an der Schule keinen Förderverein gebe. Da es sich um eine kleine Schule handele, sei es schwierig, Lehrkräfte für die Austauschmaßnahmen freizustellen. Man wisse deshalb nicht, wie es mit dem Austausch weiter gehen werde.

Zbigniew Wilkiewicz

## Wohin strebt die Russische Föderation?

Seminar mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im GESW (31. 05. bis 02. 06. 2007)



In der Vorstellungsrunde der mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Tagung wurde die Erwartungshaltung der zwanzig Teilnehmenden (TN) abgefragt. Zum überwiegenden Teil handelte es sich bei den TN um Lehrerinnen und Lehrer, die entweder einen Schüleraustausch mit russischen Schulen unterhalten oder einen

solchen aufbauen wollen. Von der Tagung wurde übereinstimmend erwartet, möglichst intensiv und professionell über die aktuelle politische, wirtschaftlich und soziale Situation in Russland informiert zu werden.

Einen weiteren erwünschten Schwerpunkt bildete die Diskussion der Menschenrechtssituation in der RF. Hierzu hatte der Seminarleiter AXEL SCHÄFER (MdB) eingeladen, der sich als europapolitischer Sprecher der SPD auch intensiv mit der Lage der Menschenrechte in der RF beschäftigt.

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der deutsch-russischen Schüleraustausches, der für die Zielgruppe ein zentrales Thema darstellt, erhoffte man sich, von Mathias Burghart (Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch) intensiv informiert zu werden. Vom Vortrag von Dr. Rudolf Mark von der Helmut Schmidt Universität in Hamburg erwartete man schließlich, die Fundamente der russischen Außenpolitik unter Putin vermittelt zu bekommen.

Eingeleitet wurde die Tagung durch einen interaktiven Vortrag des Seminarleiters zum sog. Putinismus. Dr. ZBIGNIEW WILKIEWICZ beschrieb die Entwicklung zur sog. „Demokratie“ in der RF, die erneute Zentralisierung des Landes, die wirkungsvolle Ausschaltung der Opposition und der kritischen Medien und analysierte die immer stärker werdenden autokratischen Züge des Regimes. Des weiteren wies er auf die verstärkte Durchsetzung der Führung durch Vertreter des Militärs und des Geheimdienstes hin. Das Resultat sei die Entwicklung zu einem Machtstaat, in dem Demokratie und Partizipation der Gesellschaft eine untergeordnete Rolle spielen, während die Sicherung der Staatsmacht und die wirtschaftliche Konsolidierung an erster Stelle stehen. Dies führe neben den unbestreitbaren Konsolidierungserfolgen unter Putin, besonders auf dem staatskapitalistischen Energiesektor, zu einer weiteren Atomisierung der Gesellschaft. Russland wende sich deshalb immer stärker vom Modell einer westlichen Zivilgesellschaft ab.

In der lebhaft geführten Diskussion wurde auf die historischen Bedingtheiten und die diesbezüglichen Kontinuitäten in der russischen und sowjetischen Geschichte hingewiesen. Es wurde auch die Meinung vertreten, dass Russland nicht die

Voraussetzungen für eine Demokratisierung im westlichen Sinne habe. Ein solcher Prozess werde überdies noch ganze Generationen andauern und habe zur Voraussetzung, dass sich die wirtschaftliche Situation der Mehrheit der russischen Bevölkerung entscheidend verbessern müsse. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, ob der Westen, besonders die USA, das moralische Recht haben, ihr Modell politischer Kultur anzupreisen und davon auszugehen, dass es auf andere Kulturen und Staaten übertragbar sei.

Dr. GERHARD SCHÜSSELBAUER ging in dem sich anschließenden Beitrag auf die aktuelle wirtschaftliche Situation in der RF und die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ein: ab 2003 gebe es einen Wirtschaftsaufschwung und ein Wachstum des Realen BIP um etwa 6%; allerdings sei erst 2006 das BIP-Niveau von 1989 erreicht worden. Gestiegen seien in den letzten Jahren die Reallöhne und der private Konsum, wobei es aber zu einer enormen Spreizung der Einkommen gekommen sei. Sehr ausgeprägt bleiben hierbei allerdings die regionalen Unterschiede zwischen solchen Zentren wie Moskau und St. Petersburg und peripheren Regionen. Die Kapitalflucht ins Ausland habe abgenommen, Russland sei gegenüber dem Ausland nunmehr Netto-Gläubiger. Was die deutsch-russischen Handelsbeziehungen angeht, so exportierte Russland 2006 Grundstoffe im Wert von 29 Mrd. Euro nach Deutschland, während Deutschland High-Tech-Produkte im Wert von 23 Mrd. Euro nach Russland ausführte. Allerdings liege die RF als Handelspartner Deutschlands noch immer hinter solchen Staaten wie Polen oder Österreich. Immerhin haben sich die russischen Importe von 2000 bis 2006 verdreifacht. Wachstumsbranchen mit deutscher Beteiligung sind u.a. Maschinenbau, Bauwirtschaft, Transport und Logistik. Der russische Binnenmarkt ist für Lebensmittel- und Möbelindustrie sowie für Kosmetika und Heimwerker (OBI) attraktiv. Die wichtigsten Projekte sind die Ostsee-Gaspipeline sowie die Mautautobahn Moskau-St. Petersburg, die bis 2010 fertiggestellt werden soll.

Kritisch zu bemerken sei, dass die russische Wirtschaft kaum modernisiert werde und die Korruption weiterhin weit verbreitet sei.

MATHIAS BURGHART fragte zu Beginn seiner Seminareinheit zunächst sowohl nach dem persönlichen Russlandbild der TN als auch danach, wie sie die deutsche Berichterstattung über die RF bewerten. Es ergab sich ein überaus differenziertes, zum Teil widersprüchliches Gesamtbild. Gemeinsamer Tenor war, dass es sich um ein Land der absoluten Gegensätze handle, dass die Russen in der Tat „anders“ seien, diese Andersartigkeit anziehend wirken, aber auch Ablehnung hervorrufen könne. Allen TN war allerdings gemeinsam, dass sie für Land und Leute große Sympathie hegen, aber die Haltung einer mitfühlenden beobachtenden Distanz einnehmen.

Im Anschluss daran referierte Burghart den Aufbau und die Ziele der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, die im Oktober 2006 in Hamburg ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Geldgeber sind das BMFSFJ, das Land Hamburg, die Robert-Bosch-Stiftung und der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die russische Seite hat zwar ein entsprechendes Abkommen partnerschaftlicher Zusammenarbeit und Finanzierung unterzeichnet, allerdings gebe es weiterhin erhebliche organisatorische und finanzielle

Defizite. Von der Stiftung werden vor allem Schüler- und Jugendbegegnungen bezuschusst, aber auch Sprach- und Kulturprogramme. Dabei spielt Information und Werbung natürlich eine wichtige Rolle. Gegenwärtig werde gerade die „Russisch kommt!-Box“ entwickelt, von der man einen erheblichen PR-Effekt erwarte. Bisher seien bei der Stiftung 154 Anträge für Begegnungen eingegangen. Es dominieren zwar Austauschmaßnahmen mit den russischen Metropolen Moskau und St. Petersburg, allerdings kommen auch zunehmend periphere Regionen mit ins Spiel.

Danach erläuterte BURGHART im Detail, welche Austauschmaßnahmen und Projekte von der Stiftung gefördert werden können. Der Referent stellte den TN entsprechende Informationsmaterialien zur Verfügung, darunter auch das von „Novosti“ herausgegebene Lexikon „Russland von A bis Z“, das alle TN erhielten.

In der lebhaft geführten Diskussion ging es um deutsch-russische Vorurteile und Stereotype, die Frage nach dem Stellenwert des Unterrichtsfachs Russisch an deutschen weiterbildenden Schulen und um die Aktualität deutscher Russischlehrbücher. Insgesamt wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, wie man das Unterrichtsfach, die Sprache und das Land in Deutschland attraktiver und interessanter präsentieren könne.

AXEL SCHÄFER, Mitglied des Deutschen Bundestags und europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hob in seinem Vortrag zur Menschenrechtssituation in der RF zunächst hervor, dass die Beziehungen zu Russland angesichts der deutschen Ratspräsidentschaft für Deutschland und Europa einen sehr hohen Stellenwert haben. Allerdings sei für Russland weiterhin eine mangelnde Rechtsstaatskultur und ein niedriger Stellenwert der Menschenrechte feststellbar. Auch entstehe der Eindruck, dass die Terrorismusbekämpfung nicht selten den Vorwand für überaus hartes staatliches Vorgehen darstelle.

Danach stellte der Referent die wichtigsten Fakten im Zusammenhang mit Menschenrechtsverstößen in der RF vor:

1. Der Europäische Gerichtshof mahnte in seinem 2005 veröffentlichten Bericht u.a. die Praktiken im Strafvollzug und die mangelnde Pressefreiheit in der RF an. Bekanntlich habe die Duma das Menschenrechtsprotokoll nicht unterzeichnet. Insgesamt seien beim EGH 90.000 Verfahren anhängig, davon stammten alleine 50% aus Russland.
2. Die Pressefreiheit werde drastisch eingeschränkt. So dürfe die Führung des Landes in den Medien nicht angegriffen werden. In den letzten 15 Jahren seien in der RF 246 Journalisten und Journalistinnen ermordet worden. Der Mord an POLITKOVSKAJA sei nur der prominenteste Fall.
3. Das 2006 verabschiedete NGO-Gesetz diskriminiere u.a. auch deutsche Stiftungen. Vertreter von NGO, die willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen ausgesetzt seien, werden öffentlich als „Handlanger ausländischer Geheimdienste“ und „Feinde des Russischen Volkes“ angeprangert.
4. Weiterhin werde zwischen der EU und der RF ein sehr konfliktträchtiger Diskurs über die Rechte von Lesben und Schwulen ausgetragen. Die jüngsten Ereignisse um den Grünen-Politiker VOLKER BECK bestätigen, dass die Positionen hier sehr weit auseinander liegen.

5. Katastrophal seien die Verhältnisse in russischen Kasernen und auf U-Booten. Hier gebe es zahlreiche ungeahndete Vergehen. Alleine im Jahre 2007 seien 139 Soldaten im Dienst zu Tode gekommen, wobei die Selbstmordrate erschreckend hoch sei.

6. In Tschetschenien habe man es mit einem frozen conflict zu tun. Hier komme es zu schweren Eingriffen und Vergehen der russischen Einheiten, die vollkommen inakzeptabel seien. Allerdings werden diese Fakten von russischen Militärs in der Regel geleugnet. Auch verweise man in diesem Kontext gerne auf die Menschenrechtsverstöße der USA, z. B. auf Guantanamo.

Trotz aller enttäuschten Hoffnungen sei es aber wichtig, weiterhin den Dialog mit der RF zu suchen und dazu alle möglichen Kontakte zu nutzen. Obschon der wirtschaftlichen Kooperation mit der RF eine bedeutende Rolle zukomme, müsse die Frage der Menschenrechte immer wieder kritisch aufgegriffen werden.

In der sich anschließenden Diskussion ging es um das Verhältnis von Russland zu Europa, wurden ethische Probleme der (wirtschaftlichen) Kooperation mit der RF erörtert und die These vom „Wandel durch Verflechtung“ hinterfragt. Auch wurde in Frage gestellt, ob es angesichts eines weltweit verbreiteten Zynismus der Machthabenden überhaupt noch einen Sinn mache, die Einhaltung von Menschenrechten einzuklagen. Der Referent zeigte sich in dieser Hinsicht allerdings verhalten optimistisch und vertrat die Ansicht, dass sich auch in der RF die Demokratie auf lange Sicht durchsetzen werde. Allerdings sei dies ein langwieriger Prozess, bei dem nicht mit kurzfristigen Erfolgen gerechnet werden könne.

In seinem Vortrag „Die russische Außenpolitik unter Putin“ hob Dr. RUDOLF MARK hervor, dass die Rückkehr der RF als Großmacht unverkennbar sei. Russland trete unter Putin immer selbstbewusster als Großmacht auf. Ursachen seien die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes sowie die Stärkung der Staatsgewalt durch Rezentralisierung. Die von den USA betriebene unipolare Weltordnung werde durch eine multipolare Neuordnung abgelöst, bei der Russland auf internationaler Ebene als gleichberechtigter Partner agieren könne. Dabei werde sich die RF amerikanischen Hegemonialinteressen entgegenstellen und sich in erster Linie auf die Beziehungen mit den Staaten der GUS und des EU-Raums konzentrieren. Keineswegs werde die RF eine offene Konfrontation oder gar einen Rückfall in den Kalten Krieg riskieren.

In der Diskussion ging es in erster Linie um das Verhältnis der RF zu Europa, um die jüngsten Irritationen auf dem Samara-Gipfel und um die Konflikte der RF mit Estland und Polen. Dabei wurde auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines amerikanischen Raketenabwehrschildes in Tschechien und Polen aufgeworfen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Energiepolitik des Landes sowie die politische Instrumentalisierung der Energieabhängigkeit solcher Staaten wie Belarus und der Ukraine.

Die TN waren gut informiert, sehr engagiert und diskussionsfreudig. Einige waren ausgesprochene Russland-Experten, die entweder in der UdSSR, der RF oder der GUS aufgewachsen waren oder mehrere Jahre in der RF studiert oder gearbeitet hatten. Besonders kontrovers diskutiert wurden die Beiträge von Dr. WILKIEWICZ und AXEL

SCHÄFER, da es sich hier um eine ausgesprochene Werteproblematik handelte, wobei je nach politischem Standort und Weltbild (Pragmatiker, Idealisten) sehr unterschiedliche Meinungen artikuliert wurden. So gab es TN, die für PUTINS Politik in Richtung Demokratie das größte Verständnis aufbrachten, während andere sie scharf verurteilten. Allerdings überwog eine Haltung kritischer Distanz, wobei gleichzeitig hervorgehoben wurde, dass es zu Dialog und Zusammenarbeit mit der RF keine Alternative gebe. Die Methodenvielfalt sowie die Professionalität der Referierenden wurde in der Seminauswertung positiv hervorgehoben, ebenso die Organisation und Leitung der Veranstaltung.

## Rezensionen

### **György Dalos: 1956. Der Aufstand in Ungarn. C. H. Beck. München 2006, 246 S.**

Aus Anlass des 50. Jahrestags des Ungarn-Aufstands hat der bekannte ungarische Schriftsteller GYÖRGI DALOS dieses in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Buch veröffentlicht. Hierbei handelt es sich nicht um eine historische Rekonstruktion im Sinne moderner deskriptiver und/oder analytischer Geschichtswissenschaft, sondern um die aus zahlreichen Perspektiven beschriebene Geschichte von Ereignissen, die vor über 50 Jahren die Welt erschütterten. Die Volksaufstände in Polen (Poznań) und Ungarn waren bekanntlich ein Ergebnis der Entstalinisierung des Sowjet-Blocks und kündigten ein bis dahin nicht für möglich gehaltenes Tauwetter an. Während sich die Reformkräfte in Polen nach blutigen Auseinandersetzungen allerdings zunächst durchsetzen konnten, endete die spontane Revolte der Ungarn tragisch, da nach den blutigen Kämpfen zwischen Freischärlern und sowjetischen Besatzungstruppen und dem Abzug der Sowjets eine Entwicklung in Richtung Demokratie, Mehrparteiensystem und Teilsouveränität zunächst möglich schien. Der zweite Einmarsch der Sowjets und die Hinrichtung von IMRE NAGY



zerstörten allerdings all diese Hoffnungen. Mit der Einsetzung von JÁNOS KÁDÁR setzte in dem gebeutelten Land eine langanhaltende Friedhofsruhe ein. Bis dahin waren Zehntausende aus dem Land geflüchtet und verstärkten die Reihen der im Westen lebenden Ostblock-Dissidenten.

DALOS, der zum Zeitpunkt des Aufstands dreizehn Jahre alt war, verbindet die historischen Ereignisse mit seinen persönlichen Reflexionen, so etwa im Verhältnis zu den von Intellektuellen und Studenten aufgestellten radikalen 14 Forderungen, in denen auch „unmögliche Dinge“ eingeklagt wurden. (S. 17)

In seinem „Rückblick“ beschreibt der Autor in erster Linie den politischen Terror des Systems, der allgemeines Misstrauen und Unsicherheit auslöste.

Diese kollektive Neurose zu Beginn der 1950er Jahre wurde in dem bekannten Gedicht des Dichters GYULA ILLYÉS „Ein Satz über die Tyrannei“ treffend wieder gegeben. Dalos zitiert dieses beeindruckende Dokument in Gänze. (S. 27-29)

Den Machtkämpfen zwischen RÁKOSI, NAGY, GERÖ und KÁDÁR widmet der Autor im Folgenden sein Hauptaugenmerk. Subtil beschreibt er, wie sich die alten Angstmechanismen Mitte der 1950er Jahre auch in der veröffentlichten Meinung der Volksrepublik aufzulösen schienen.

In „Genesis eines Kriegszustandes“ schildert DALOS, wie stark sich die offizielle, propagandistische Berichterstattung aus dem amtlichen Weißbuch der Volksrepublik Ungarn, in der den Aufständischen ein planmäßiges, kaltblütiges Vorgehen unterstellt wurde, von den sich in Wirklichkeit spontan und tumultuarisch vollziehenden Vorgängen unterschied. Die Konstruktion einer konterrevolutionären Verschwörung

musste – wie bei ähnlichen Entwicklungen in der DDR, der ČSSR und der Volksrepublik Polen - als Legitimation für das brutale Durchgreifen und die Aburteilung der Unruhestifter erhalten.

Dass die ungarische Führung angesichts der Volkserhebung und der Bitte um sowjetische Hilfe geradezu kopflos handelte, veranschaulicht der Abschnitt unter dem Titel „Das blutige Patt“. (S. 63-81)

Im Abschnitt über den „Aufstand der Namenlosen“ zeigt der Autor auf, dass die Aufständischen keiner politischen Partei oder Richtung zuzuordnen waren. Was sie für eine kurze Zeit vereinte, war die Ablehnung der sowjetischen Intervention und eine antikommunistische Haltung. (S. 96) Dies belegt DALOS mit Hilfe des Lebenswegs einiger junger Ungarn, die als Führer der Aufständischen galten und einer harten Bestrafung durch die Staatsmacht entgegensehen mussten.

Dass die ungarische Regierung sich zunächst einmal den Wünschen des Volkes ergab, war eine Folge der Unentschlossenheit der kommunistischen Führung sowie ein Ergebnis der undurchsichtigen, chaotischen Verhältnisse. Ein gutes Beispiel hierfür liefern die wiederholten Amnestieangebote an die Aufständischen, die der Autor in ihren unterschiedlichsten Varianten zitiert. Es wird deutlich, dass die ungarische Führung immer stärker unter den Druck des sowjetischen Politbüros geriet, das angesichts der Weltpresse und der anstehenden Debatten in der UNO die Position von IMRE NAGY zunächst tolerierte. Dieser hatte in einer seiner Ansprachen versichert, dass die Regierung es ablehne, die „gewaltige Volksbewegung als Konterrevolution zu betrachten“. (S.119)

Weiterhin beschreibt DALOS die Integration der Aufständischen in die nationalen Streitkräfte und die damit verbundenen massiven Abgrenzungs- und Kompetenzprobleme sowie die Umstände, die zum Scheinrückzug der Sowjets führten. An das Wunder, dass die Russen Budapest tatsächlich verlassen würden, schienen Teile der ungarischen Führung und Bevölkerung tatsächlich zu glauben. Die in den Westen gesetzten Hoffnungen der Ungarn erfüllten sich schon aufgrund der militärischen Einmischung der westlichen Großmächte in die Suez-Krise nicht.

Die von der Regierung NAGY angekündigte Aufhebung des Einparteien-Systems und die Neugründung von Parteien, die sich während der kurzen Gnadenfrist (29. 10. bis 4. 11. 1956) vor dem zweiten Einmarsch der Sowjets zu vollziehen begann, blieb in ihren Ansätzen stecken. Während NAGY und KÁDÁR sich am 31. Oktober 1956 noch an die ungarische Öffentlichkeit wandten, wobei die Frage des Austritts Ungarns aus dem Warschauer Pakt angesprochen wurde, war die militärische und politische Unterdrückung des Aufstands schon in vollem Gange. (S. 158) Die Nachfolgefrage hinsichtlich der Ablösung von NAGY wurde von der sowjetischen Führung zugunsten von JÁNOS KÁDÁR entschieden. Zuvor hatte es Gespräche mit der jugoslawischen und chinesischen Führung gegeben, in denen die Sowjets ihr zukünftiges Vorgehen quasi absicherten. Dies bezog die spätere Entführung und das zwangsweise Exil der ungarischen Führung in Rumänien mit ein.

Die Kämpfe forderten auf ungarischer Seite 2.652 Tote und 19.926 Verletzte. Etwa 200.000 Flüchtlinge verließen das Land und ließen sich als politisch Verfolgte vor allem in Österreich und Deutschland nieder. Auf sowjetischer Seite gab es knapp 669 Tote und

1.541 Verwundete. Nach der militärischen Niederschlagung des Aufstands wurden die während der Erhebung gebildeten Arbeiterräte aufgelöst.

Die Enttäuschung darüber, dass der Westen nicht eingriff, kommentiert der Autor selbstkritisch mit dem unreifen, halbgenen und romantischen Bewusstseinsstand der Ungarn, die zwar (vom Westen) betrogen wurden, sich aber auch selbst betrogen. (S. 196)

Nach dem Aufstand – so DALOS – fühlten sich die Menschen wie unmittelbar nach Kriegsende, sie schwankten zwischen Trauer und der Lust am Weiterleben.

Auf Initiative der Sowjets sollte mit harten Bestrafungen und einigen Todesurteilen ein Exempel statuiert werden. Die neuen Führer, JÁNOS KÁDÁR und FERENC MÜNNICH, zeigten sich einverstanden und zur ideologischen Absicherung dieser Maßnahmen wurde der Aufstand nunmehr als „Konterrevolution“ bezeichnet.

Obschon während der Erhebung Straffreiheit zugesagt worden war, wurden 35.000 Gerichtsverfahren eingeleitet, 20.000 Menschen landeten in Gefängnissen, 250 bis 300 Personen wurden hingerichtet. Die Hinrichtungen bildeten den sozialen Querschnitt der ungarischen Bevölkerung ab, denn sie reichten vom ehemaligen Ministerpräsidenten bis zum fast volljährigen Lehrling. (S. 213)

Der Westen und die Weltöffentlichkeit gingen recht bald zur Tagesordnung über, die Aufmerksamkeit für Ungarn ließ nach, die süßlichen Klischees über Ungarn („Sissi“, „Ich denke oft an Piroshka“) hielten sich hartnäckig, und da sich die wirtschaftliche Lage im Lande langsam stabilisierte, konnte man unter KÁDÁR ein wenig aufatmen.

Nach der Wende des Jahres 1989 wurde die Umbettung des Leichnams von IMRE NAGY, an der etwa 200.000 Menschen teilnahmen, zu einem weltweit beachteten Ereignis. Die Aufarbeitung des Jahres 1956 setzte verstärkt ein. Es entstanden zahlreiche Organisationen, die sich mit dem Erbe des Jahres 1956 beschäftigen und sich zum Teil verbissen bekämpfen. Je nachdem gibt es also linksliberale, konservative oder auch rechtsradikale Sechsfünfer. Diese Entwicklung – so der lakonische Kommentar des Autors – entspricht durchaus dem Chaos und der Vieldeutigkeit dieses großen Volksaufstands. (S. 230)

Der uneingeschränkte Vorzug dieses Buches besteht darin, dass der Autor aus kritischer Distanz und aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts mit den zahllosen Mythen, die sich um den Ungarnaufstand von 1956 ranken und immer wieder neu belebt werden, gründlich aufräumt. Man hat nach der Lektüre dieses Textes, der im übrigen durch 16 aussagestarke Aufnahmen des Magnum-Photographen ERICH LESSING illustriert wird, den Eindruck, der historischen Wahrheit ein Stück näher gerückt zu sein.

**ZW**

## Ulrich Grochtmann: Ereignisse und Entwicklungen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1938 / März 1939. ASTA der Uni München 2004, 325 S.



Diese umfangreiche und sorgfältig erarbeitete Dokumentation des Göttinger Osteuropahistorikers ULRICH GROCHTMANN zu den Hintergründen, Ereignissen und Folgen der Münchner Konferenz des Jahres 1938, die auf eine von der „ČAPEK-Gesellschaft für Völkerverständigung und Humanismus e.V.“ organisierte Ausstellung zum Münchner Kongress zurückgeht und im Mai 2000 vom ASTA der Geschwister-SCHOLL-Universität gezeigt wurde, birgt eine Fülle von Materialien zum deutsch-tschechischen Verhältnis und versteht sich als Beitrag zur Völkerverständigung. Insofern darf es nicht wundern, dass der Band LUDWIG CZECH und EMIL STRAUß gewidmet ist, herausragenden und konsequenten Vertretern der „Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik“, die sich in ihrem politischen Wirken für ein konfliktfreies Zusammenleben zwischen Tschechen, Slowaken, Deutschen sowie anderen Nationen in der ČSR einsetzten und den Nationalsozialisten schließlich zum Opfer fielen.

Dabei erweist sich der von den deutschen Sozialdemokraten herausgegebene „Sozialdemokrat“ als die zentrale Quelle, die vom Autor für seine Darstellung intensiv ausgewertet und analysiert wurde.

Im ersten Kapitel informiert GROCHTMANN über die Entstehung der ČSR und über den enormen Enthusiasmus der Bevölkerung und der involvierten tschechischen politischen Parteien. Allerdings deutet der Autor bereits hier an, dass der neuentstandene Staat schon sehr bald mit den Aktivitäten entschiedener innerer Gegner zu rechnen hatte. Separatistische Neigungen gab es bekanntlich nicht nur in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine, sondern auch bei dem zahlenmäßig und wirtschaftlich betrachtet sehr starken deutschen Bevölkerungsteil.

Intensiv setzt sich GROCHTMANN in diesem Kontext auch mit den Aktivitäten und Einflüssen der Deutschnationalen und der sog. „böhmischen Hakenkreuzler“ auseinander. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei dem verheerenden Einfluss der „Sudetendeutschen Heimatfront“, also der späteren „Sudetendeutschen Partei“ unter KONRAD HENLEIN, die sich ganz bewusst in den Dienst des NS-Regimes stellte.

Aber auch die bürgerlichen deutschen Parteien, die in der Regel aktivistisch, demokratisch und staatsloyal agierten, standen deutschnationalen Tendenzen nicht allzu fern und „schielten über die Grenzen“.

Überdies - so die Analyse GROCHTMANN'S - beeinflussten die Henleinleute auch die deutschen Sozialdemokraten, was bekanntlich dazu beitrug, dass sich die einstige Deutsche Sozialdemokratie in der ČSR im Londoner Exil spaltete.

Ein wichtiges und vielleicht weniger bekanntes Kapitel bildet die deutsche politische Emigration in der ČSR, wobei sich das Land angesichts der existenziellen Bedrohung für deutsche Demokraten und Oppositionelle des NS-Regimes in der Tat als „Rettungsinsel“ erwies. (S. 54-68)

Im direkten, zeitnahen Zusammenhang mit den Hintergründen der Münchner Konferenz wird das Thema „Herrn HITLERS HENLEIN“ natürlich sehr ausführlich behandelt. Die Zerschlagung der ČSR im März 1939 wird aber auch im Kontext der separatistischen Entwicklungen in der Slowakei (HLINKA) und der Karpatho-Ukraine beleuchtet. (S. 79-139)

Intensiv geht der Autor in diesem Zusammenhang auf die Thematik der Vertragswerke und Bündnissysteme während der Zwischenkriegszeit ein und beschreibt deren Scheitern angesichts der aggressiven, auf Krieg ausgerichteten Diplomatie des NS-Regimes, die von Beginn an auf eine Isolation der ČSR setzte.

Ein weiteres Kapitel ist dem Nazi-Terror im Protektorat Böhmen und Mähren gewidmet. Hierin behandelt der Autor auch die Positionen des tschechischen (EDVARD BENEŠ) sowie des deutschen Exils (WENZEL JAKSCH), wobei ein gesonderter Abschnitt auch den umstrittenen BENEŠ-Dekreten gewidmet ist.

Der Band wird von einem längeren Kapitel über die jüngste Vergangenheit und die gegenseitige Beeinflussung von Politik und Publizistik abgeschlossen. Hierin setzt sich der Autor kritisch mit der braunen wissenschaftlichen Vergangenheit so prominenter Nachkriegsautoren – wie THEODOR SCHIEDER, EUGEN LEMBERG, HANS NEUWIRTH sowie vieler anderer durch die Nazizeit politisch belasteter „Ostforscher“ auseinander, die in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich an der Gründung des „Collegium Carolinum“ (1956) beteiligt waren und lange Zeit als Wortführer Sudetendeutscher Organisationen fungierten. Auch die weiteren Kapitel sind den bis in die späten 1990er Jahre reichenden Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmannschaft gewidmet, ein ganzer Abschnitt befasst sich mit den Enttäuschungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft über VÁCLAV HAVEL und schließlich wird auch ein Überblick über die Reaktionen in der tschechischen Publizistik gegeben.

Diese voluminöse, lesenswerte Dokumentation verfügt neben einer ausführlichen Auswahlbibliographie, in der einige Lesehinweise gegeben werden, über ein kurzes Verzeichnis der vom Autor und dem Ausstellungsteam benutzten Zeitschriften und Tageszeitungen, woraus hervorgeht, dass man sich auf eine breite publizistische Quellenbasis gestützt hat.

Hervorzuheben ist ebenfalls das interessante, aussagekräftige Bildmaterial, das von Fotografien und Karikaturen einzelner Persönlichkeiten über den Abdruck von Titelseiten aus einzelnen Flugschriften bis hin zu abgelichteten Primärquellen vor allem aus dem „Sozialdemokrat“ reicht.

Leider lässt die Qualität dieser mit Hilfe von Fotokopien gefertigten Reproduktionen zu wünschen übrig, was wohl der zwangsläufig preiswerten Herstellungsart dieses Bandes geschuldet ist.

Diese Dokumentation, die neben vielen bekannten Tatsachen manch unerwartete Interpretation und Einsicht zu bieten hat, ist schon deshalb zu empfehlen, weil sie ein Alternativprogramm zur gängigen Behandlung der deutsch-tschechischen Beziehungen in der deutschen Publizistik und Historiographie bietet. Wie erwähnt versteht sich der Band als ein Beitrag zur Völkerverständigung. Sicherlich bietet er deshalb so manchen Anlass zu Diskussion und Kontroverse, was man aber auch füglich als Stärke der einzelnen Texte auslegen kann. Zu bemängeln ist freilich, dass GROCHTMANN im

laufenden Text angesichts zahlreicher Zitate auf die dazugehörigen Literaturhinweise verzichtet hat.

**ZW**

**Amelie Kutter, Vera Trappmann (Hg.): Das Erbe des Beitritts – Europäisierung in Mittel- und Osteuropa. Nomos. Baden-Baden 2006, 398 S.**

Der Beitritt zur Europäischen Union ist für die mittelosteuropäischen Gesellschaften eine markante Wegmarke der postkommunistischen Transformation und zugleich Zielpunkt eines langen Beitrittsprozesses. Unter dem Titelbegriff des „Erbes“ ist dies für den vorliegenden Sammelband Anlass zu vergleichenden Analysen bestimmter Bereiche vor und nach dem Beitritt sowie zum Rückblick auf den wirkmächtigen Beitrittsprozess, in dem die EU durch explizite wirtschaftliche und politische Konditionalität – die an konkrete Bedingungen geknüpfte Beitrittsperspektive – erheblichen Einfluss ausübte.

„Das Erbe des Beitritts – Europäisierung in Mittel- und Osteuropa“ beruht dabei auf Beiträgen, die bei der gleichnamigen Veranstaltungsreihe an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder im Rahmen des Graduiertenprogramms „Europa Fellows“ und des Studienganges „Master of European Studies“ zur Diskussion gestellt wurden. Der Band widmet sich daher nach einem konzeptionellen Einführungsteil in vier empirischen Teilen einer schwerpunktmäßig politikwissenschaftlichen Betrachtung der Einflüsse des Beitrittsprozesses auf (1) kollektive Identitäten, (2) wirtschaftliche Restrukturierung sowie (3) Zivilgesellschaft und (4) Wohlfahrtsentwicklung.

Erst seit Ende der 1990er Jahre steht die „Europäisierungsforschung“, auf die im Untertitel verwiesen wird, für eine deutlich abgrenzbare Forschungsrichtung, die sich jedoch zunächst auf Mitgliedstaaten der EU beschränkte. Die Beschäftigung mit der Europäisierung von Beitrittsländern ist dagegen nicht älter als vier Jahre. Der Begriff der Europäisierung ist dabei umstritten, wird in der Literatur jedoch meist als Kürzel für den Einfluss der EU auf Nationalstaaten, also deren „domestic impact“ (Sedelmeier), verwendet. Erste vergleichende Studien sind in den letzten beiden Jahren erschienen und theoretisch ambitionierte Beiträge stellen das neue, insbesondere politologische, Forschungsfeld in den breiteren Kontext des domestic impact von internationalen Institutionen im allgemeinen. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass „Das Erbe des Beitritts“ mit seiner Konzentration auf gesellschaftliche Aspekte wie Identitäten und Zivilgesellschaft deutlich über die klassischen Analyseeinheiten der Europäisierungsforschung zu den Altmitgliedern – Strukturen, Prozesse und Inhalte (polity, politics, policy) – hinausgeht.

Im Mittelpunkt der insgesamt 17 Beiträge stehen daher verschiedene Einschätzungen der Auswirkungen des vielgestaltigen EU-Beitrittsprozesses der Jahre 1993-2004 auf die mittelosteuropäischen Gesellschaften. Unterschiedliche nationale und disziplinäre Perspektiven auf dieses Wechselverhältnis von europäischer Integration und postkommunistischer Transition kommen dabei zu Wort. Beiträge von Nachwuchswissenschaftlern nehmen dabei erfreulich breiten Raum ein.

Auch die beiden Herausgeberinnen und Autorinnen des Eingangsartikels „Das Erbe des Beitritts: Zur Analyse von Europäisierungseffekten in mittel- und osteuropäischen Gesellschaften“, der eine methodisch wie inhaltlich exponierte Stellung einnimmt, sind selbst noch „Europa-Fellows“. Ihr Artikel eröffnet den den empirischen Beiträgen vorangestellten Teil „Transformation, Erweiterung, Europäisierung“. Die Autorinnen konzipieren in dieser Bestandsaufnahme der Effekte des Beitrittsprozesses bzw. der Erweiterung auf die mittelosteuropäischen Neumitglieder sowie die EU, den Begriff des „Erbes“ als analytischen Fokus, der die Autorenbeiträge auszuwerten hilft und damit zu einer „Weiterentwicklung der Konzeptualisierung von Europäisierung in Mittel- und Osteuropa“ (S. 14) beiträgt, da er die nachhaltigen Konsequenzen der Verschränkung von Transformation und Europäisierung aufzeigt.

Dabei werfen sie die folgenden zentralen Fragen auf: Welches Erbe hat die Ära der Beitrittsvorbereitung hinterlassen? Welche Kriterien lassen sich für „Stabilisierung“ und nachhaltige Europäisierung ableiten? Welche Rolle kann die EU als Akteur in der Erweiterungspolitik einnehmen? Als Schlüssel zu einer Antwort sei – so die These der Herausgeberinnen – die Kombination von Ansätzen der Transformationsforschung, der Europäisierungsforschung und der Internationalen Beziehungen nötig, um den Einfluss der europäischen Integration auf den politischen und institutionellen Wandel („domestic impact“ BÖRZEL/RISSE 2000) in Mittel- und Osteuropa zu identifizieren.

In vier Schritten entwickeln die Autorinnen daraufhin das Wechselverhältnis von Transformation und Europäisierung, den spezifisch postkommunistischen Kontext, Bedingungen des EU-induzierten Wandels und schließlich den konkreten Einfluss der EU als Normagentur und Stabilisierungsanker. Dabei wird die Stabilisierungsthese kritisch hinterfragt und daraufhin die Frage entwickelt, ob die konstitutiven und regulativen Normen der EU prinzipiell markt- und demokratiefördernd sind, die Beitrittsbedingungen davon abgeleitet werden und ob sie im Kontext der Transformationsgesellschaften auch so wirken. Die Autorinnen fordern hier eine stärkere Verknüpfung von Europäisierungsforschung und Transformationsforschung, da letztere die Kontextgebundenheit und die Diversität des postkommunistischen Europa herausgestellt hat und „den Mythos vom institutionellen und Akteursvakuum aufdeckt“ (S. 20).

Die konkreten Einflüsse der EU durch den Anpassungsdruck der Konditionalität (Aufnahme nur bei Erfüllung des „Acquis“ bzw. der Kopenhagener Kriterien zu einem bestimmten Zeitpunkt) und die Mittel des *gate keeping*, *bench marking* und *screening* stellen die Autorinnen abschließend in den zuvor entwickelten Kontext und unterteilen dabei in drei Zeitphasen. Interessant sind hier insbesondere die Kritik an Befunden von EU-Politiken, die die Transformation nicht begünstigten (S. 32 f.) oder gar zur Verstärkung problematischer Tendenzen in postkommunistischen Gesellschaften beitragen (etwa ein „Export des Demokratiedefizits“, S. 48).

Unter zusammenfassender Berücksichtigung der anderen 16 Studien des Sammelbandes konstatieren die Autorinnen im Ergebnis insbesondere die ambivalenten Spuren des Beitrittsprozesses in den Jahren 1993-2004 (S. 33-35).

Auf diesen zentralen ersten Beitrag des Sammelbandes folgen vier weitere Aufsätze im ersten konzeptionellen und einleitenden Abschnitt „Transformation, Erweiterung,

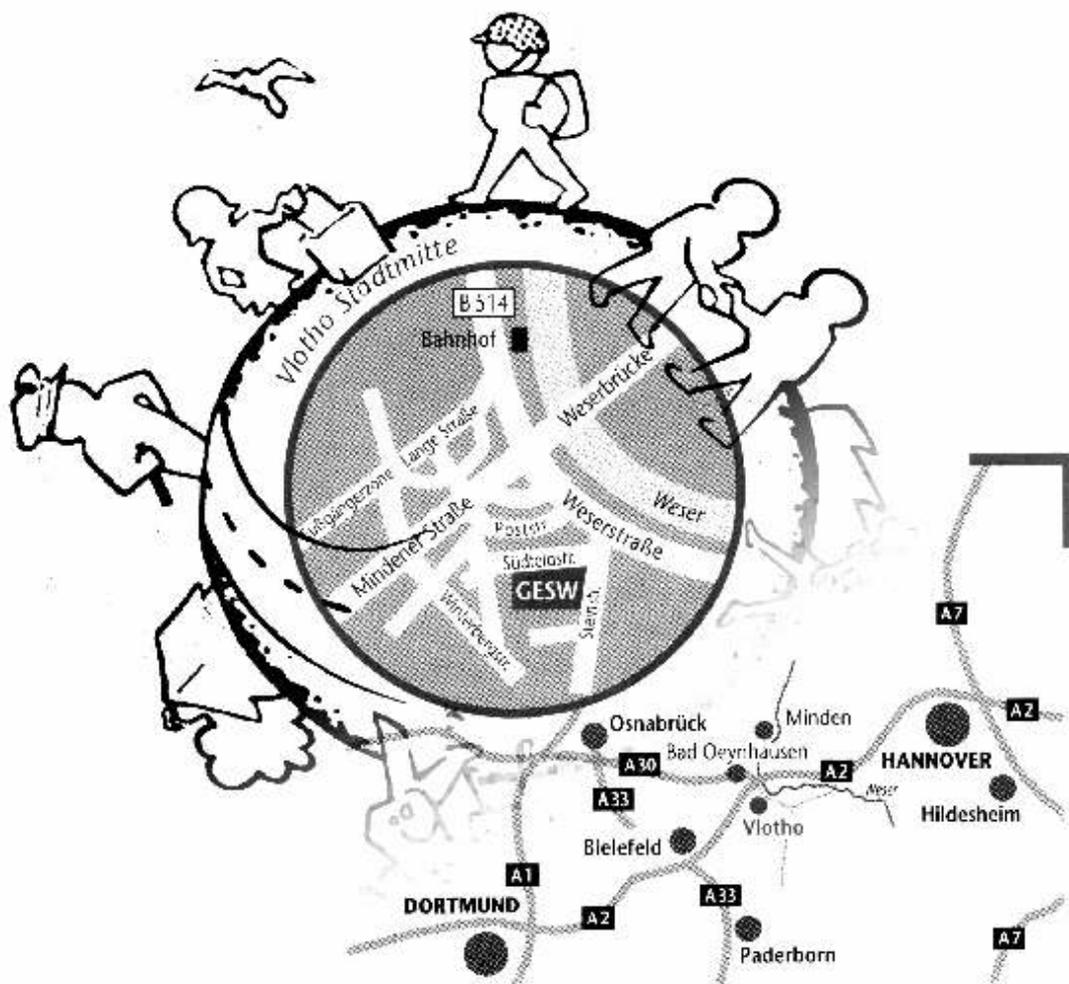
Europäisierung“. Hervorzuheben ist hier insbesondere der Beitrag von TIMM BEICHELT, der einen ergänzenden Richtungswechsel vornimmt und fragt: „Nach der Osterweiterung: Ist der Zusammenhalt der Europäischen Union gefährdet?“ Dabei analysiert er das interessante Phänomen der Kohäsion in der erweiterten Union und Machtverschiebungen durch neue Stimmverhältnisse, die insbesondere dazu führen können, dass die geringe Akzeptanz verstärkt supranational orientierter Integration von Seiten der Neumitglieder die Verhandlungsposition der auf verstärkt intergouvernementale Interaktionsformen zielenden, integrations-skeptischen Altmitglieder stärkt.

In den vier weiteren Teilen des Buches werden wie bereits erwähnt unterschiedlichste empirische Studien in den Fokus gerückt, die „für das Gelingen der postkommunistischen Transformation als entscheidend gelten“ (S. 13): Unter den Überschriften „Kollektive Identitäten“, „Restrukturierung“ – mit dem Schwerpunkt Wettbewerbspolitik und Großindustrien – „Wohlfahrt“ – Regional- und Sozialpolitik und „Zivilgesellschaft“ – insbesondere die externe Demokratieförderung der EU finden sich durchweg bemerkenswerte Forschungen, die insbesondere das sonst übliche polity-politics-policy Schema wohltuend erweitern. Dies ist Grund und Ausfluss der geforderten Verknüpfung mit den Transformationsstudien.

Damit schafft es dieser ambitionierte Sammelband nicht nur, die neue Forschungsrichtung der Analyse der (Nach)beitrittsphase unter Europäisierungsaspekten voranzutreiben, sondern insbesondere die Transformationsforschung in neue Ansätze mit einzubinden und die Analyse auf zivilgesellschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Fragestellungen auszudehnen. So vertieft und bündelt er Wissen über die Region Mittelosteuropa, die in Anbetracht neuer Beitrittsaspiranten an ihren östlichen Grenzen bereits wieder aus dem Fokus verdrängt zu werden droht. Dabei ist es gerade die systematische und weiterhin begleitende Analyse der Neumitglieder, die für die Zukunft immanently wichtige Fragen zu beantworten vermag. So etwa, ob Konditionalität als erfolgreiche Strategie der Vorbeitrittsphase auch zu dauerhafter Befolgung der EU-Standards führt, gerade wenn mit dem Beitritt die Konditionalität als Druckmittel entfällt.

**Claudia Schäfer**

# GESW – Treffpunkt EUROPA



**Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho**  
**Südfeldstr. 2 – 4**  
**32602 Vlotho**

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale  
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro  
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

[www.gesw.de](http://www.gesw.de) | [info@gesw.de](mailto:info@gesw.de)